Nr. 58. – 32. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 35 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 27. Februar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Kampfpause in Ost und West. – Gefechte in den Karpathen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 26. Februar. (W. T. B.) Der gestern nachmittag um 3 Uhr ausgegebene Tagesbericht lautet: Bei Lombaertzyde hat unsere Artillerie ein Blockhaus und Beobachtungsstellen zerstört. In der Champagne behaupteten wir unsere gestern errungenen neuen Erfolge und warfen alle Gegenangriffe zurück. Unsere Flieger warfen 60 Bomben auf Bahnhöfe, Züge und Ansammlungen. Das Bombardement, das kontrolliert werden konnte, war sehr wirksam. In den Argonnen hielten wir bei Marie Thérèse sofort einen Angriffsversuch auf. Zwischen den Argonnen und der Maas, im Walde bei Cheppy erzielten wir neue Fortschritte. Unsere schwere Artillerie zerstörte gepanzerte Unterstände. Der Feind konnte die von uns eroberten Schützengräben nicht zurückerobern. In Lothringen fand bei Parroy eine Begegnung zwischen Patrouillen statt. Die Deutschen wurden in die Flucht geschlagen.

Paris, 26 Februar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr: Im Gebiete von Lombaertzyde brachte unsere Artillerie eine feindliche Batterie zum Schweigen und beschädigte sie schwer. Auf der Front von der Lys bis zur Champagne war der Tag verhältnismäßig ruhig. Im Gebiet von Souain und Beau Séjour dauerten die Operationen unter günstigen Bedingungen für uns an; insbesondere eroberten wir ein deutsches Schanzwerk nördlich von Lemesnil und dezimierten und zerstreuten durch unser Feuer eine im Aufmarsch befindliche Kolonne. Südöstlich von Tahure erstickten wir das Feuer einer feindlichen Batterie und brachten mehrere Munitionskästen zur Explosion. In den Argonnen zerstörten wir am Meurissonsbach bei Four-de-Paris ein Blockhaus. Bei Marie Thérèse versuchten die Deutschen, in einem Angriff vorzustoßen, sie wurden aber durch unser Feuer sofort aufgehalten.

Der Berner „Bund" über die Kämpfe in der Champagne.

Bern, 26. Februar. (W. T. B.) Zu den Kämpfen in der Champagne schreibt der „Bund": Nach allem zu urteilen, versprechen sich die Franzosen hier doch noch Erfolge, denn selbst der offiziöse „Temps" umschreibt am 23. Februar die Kämpfe als eine große Schlachthandlung und sagt von ihr, daß sie für die Franzosen gut stehe. Nun hat aber eine so große Aktion keinen Sinn, wenn sie nicht mit dem Ziele eines strategischen Durchbruchs angeordnet wird. Also muß dieser glücken, um das Ergebnis mit dem Plan in Einklang zu bringen. Scheitert er, so ist nicht nur ein unter den günstigsten örtlichen Bedingungen unternommener Durchbruch stecken geblieben, sondern damit auch ein ungünstiges Prognostikon für alle weiteren Versuche in dieser Richtung gegeben. Der „Bund" stellt fest, daß die deutsche Front auch nicht örtlich durchbrochen sei und hält überhaupt einen Versuch für aussichtslos in Anbetracht des glänzend organisierten deutschen Straßennetzes hinter der Front.

Die englische Verlustliste.

London, 26 Februar. (T. U.) Die letzte englische Verlustliste umfaßt für die Offiziere die Tage vom 16. bis 18. Februar und für die Mannschaften vom 31. Dezember bis 10. Januar. Die Liste ist außerordentlich umfangreich. 33 Offiziere werden als getötet, 32 als verwundet angeführt. Ferner werden 4 Offiziere als vermißt angegeben. Sehr schwere Verluste hat das Suffolk- und das East Surrey-Regiment erlitten. Die Mannschaftsverluste sind gleichfalls außerordentlich schwer. Große Verluste an Toten haben besonders das Royal Warwickshire-Regiment, das Hampshire-Regiment, die Gardegrenadiere, das Westyorkshire-Regiment sowie das Northhamptonshire-Regiment erlitten. Diese Regimenter weisen auch eine große Anzahl Verwundeter und Vermißter auf. In den Kämpfen am Persischen Golf hat das Dorsetshire-Regiment schwere Verluste erlitten.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Der ehemalige bulgarische General Dimitriew Generalfeldmarschall.

Wien, 26. Februar. (W. T. B.) Die „Reichspost" meldet aus Sofia: Wie die „Dnewnik" aus Petersburg berichtet, ist der ehemalige bulgarische General Radko Dimitriew, Oberkommandeur der dritten russischen Armee, zum Generalfeldmarschall ernannt worden.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 26. Februar 1915. (W. T. B.)

Von beiden Kriegsschauplätzen ist nichts Wesentliches zu melden.

Oberste Heeresleitung.

Die gefangenen Heerführer der zehnten russischen Armee.

Berlin, 26. Februar. Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

In den russischen amtlichen Mitteilungen wird die Ausdehnung der Niederlage in der Winterschlacht von Masuren entweder verschwiegen oder zu verdunkeln versucht. Auf diese Ableugnungen näher einzugehen, erübrigt sich. Als Beweis der Größe der Niederlage mag nur folgende Liste der Dienststellungen der gefangenen Generale dienen.

Vom XX. Armeekorps: Der Kommandierende General, der Kommandeur der Artillerie, die Kommandeure der 28. und 29. Infanterie-Division und der 1. Infanterie-Brigade der 29. Infanterie-Division. Der Kommandeur dieser letzteren Division ist bald nach der Gefangennahme seinen Verwundungen erlegen.

Vom III. Armeekorps: Der Kommandeur der 27. Infanterie-Division und von dieser Division die Kommandeure der Artillerie und der 2. Infanterie-Brigade.

Von der 53. Reserve-Division: Der Divisionskommandeur und der Kommandeur der 1. Infanterie-Brigade.

Von der 1. Sibirischen Kosaken-Division: Ein Brigade-Kommandeur. (W. T. B.)

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 26. Februar. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 26. Februar 1915.

In Russisch-Polen war gestern in den Gefechtsabschnitten östlich Przedborz lebhafter Geschützkampf im Gange.

An der übrigen Front nördlich der Weichsel und in Westgalizien herrschte größtenteils Ruhe.

In den Karpathen scheiterten feindliche Angriffe im Ondavatal sowie auf unsere Stellungen nördlich des Sattels von Volovec.

Bei Erstürmung einer Höhe wurden in den Kämpfen in Südostgalizien neuerdings 1240 Russen gefangen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Eine neue Kampfperiode?

Petersburg, 26. Februar. (T. U.) Nach hier vorliegenden Meldungen sind die serbischen Truppen an verschiedenen Stellen von ihren Positionen an der Donau zurückgedrängt worden. Einzelne serbische Divisionen befinden sich auf dem Rückzuge, da ihnen das Vorhandensein überlegener österreichischer Streitkräfte gemeldet wurde. Die Berichte betonen, daß die strategischen Bewegungen der serbischen Truppen fast stets freiwillig ausgeführt wurden, ohne daß sie überhaupt in Berührung mit dem Gegner gekommen waren. Eigentliche Gefechte hätten seit fast zwei Monaten nicht stattgefunden und die Operationen beider Gegner beschränkten sich fast ausschließlich auf Artilleriekämpfe.

Die Kartoffelnot.

Seit Wochen herrscht in Berlin eine Kartoffelknappheit, über deren Ursachen sich niemand im unklaren ist. Mögen auch teilweise Transportschwierigkeiten (Sperrung einzelner Eisenbahnstrecken für militärische Zwecke und Eisenbahnwagenmangel) die Zufuhr von Kartoffeln vorübergehend gehemmt haben, den Hauptgrund für den Kartoffelmangel bildet doch das absichtliche Zurückhalten der Vorräte durch Händler und Landwirte. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß in Ostpreußen große Mengen Kartoffeln verloren gegangen und vernichtet worden sind, daß weitere große Bestände als Schweinefutter verwendet wurden und leider noch immer verwendet werden, kann doch heute nicht ein solcher Mangel an Kartoffeln bestehen, wie er von den Interessenten vorgetäuscht wird. Hier spielt vielmehr unzweifelhaft die Absicht der Kartoffelverkäufer hinein, durch Einsperrung der Vorräte die Preise höher zu treiben. Leider haben dieser Spekulation die maßgebenden Instanzen nicht energisch genug Widerstand geleistet. Vor einiger Zeit sind die Preise für Speisekartoffeln erhöht worden. Vorgestern hat der Bundesrat weiter eine Erhöhung der Preise für Futterkartoffeln und Kartoffelpräparate (Kartoffelmehl und Stärke) vorgenommen. An die Höchstpreise sind aber nur die Produzenten gebunden. Die Händler nehmen natürlich bei gesteigerten Preisen einen größeren Zuschlag, so daß die Belastung für die Konsumenten viel größer ist, als sie in der Heraufsetzung der Höchstpreise für die Produzenten erscheint. Die Folge der Bundesratsmaßnahme war daher nicht etwa eine stärkere Zufuhr, sondern ein systematisches Fernhalten der Kartoffeln von all den Märkten, wo Verordnungen über Kleinhandelspreise die unbeschränkte Ausbeutung der Konsumenten hinderten. Deshalb waren in Berlin in den letzten Tagen überhaupt keine Kartoffeln mehr zu haben.

Das Oberkommando in den Marken hat nun vorgestern die Höchstpreise für den Kleinhandel gänzlich aufgehoben. Das wird zu neuen Preistreibereien benützt und wie die gestrigen Vorgänge im Kartoffelverkauf zeigten, nutzen die Händler die neue Situation ohne Rücksicht auf die Konsumenten aus. Betrugen die erhöhten Kleinhandelspreise 50 bis 60 Pf. für 10 Pfund, so mußten gestern bereits 1 Mark dafür gezahlt werden. Gewiß mahnen die Organisationen des Handels ihre Mitglieder, nicht wucherische Preise zu fordern, und es werden auch strafpolizeiliche Maßregeln gegen solche Preiswucherer angedroht. Aber wie wenig derartige Ermahnungen und vereinzelte Bestrafungen wirksam sind, lehren die wirtschaftlichen Verhältnisse während der Kriegsmonate zur Genüge.

Es mag sein, daß im Westen, wo die Kartoffelpreise am höchsten stehen, die Kartoffelknappheit etwas weniger fühlbar wird wie in Mitteldeutschland. Aber ein gerechter Ausgleich kann da nur durch Festsetzung von Höchstpreisen für den Groß- und Kleinhandel für das ganze Reich geschaffen werden. Eine durch die Transportverhältnisse gerechtfertigte provinzweise Abstufung der Preise kann damit verknüpft werden. Aber auch diese dringend notwendige Festsetzung von Höchstpreisen für den Handel mit Kartoffeln wird erst dann den Konsumenten wirklich dienstbar werden, wenn sie mit einer Beschlagnahme aller Vorräte durch und zugunsten der Gemeinden verbunden wird. Die Kommunen müssen das Recht und die Pflicht erhalten, ähnlich wie für den Brotkonsum so auch für die Versorgung ihrer Bürger mit Kartoffeln Sorge zu tragen. Erst dann werden die unleidlichen Verhältnisse aufhören, die — wie aus der gesamten Presse Berlins hervorgeht — zu großer Mißstimmung und Erregung in der Bevölkerung geführt haben.

Die überraschende Aufhebung der Höchstpreise für den Kleinhandel durch das Oberkommando bringt zwar den Händlern die Möglichkeit, höhere Preise zu fordern. Aber die Landwirte und Großhändler sind auch damit noch nicht zufrieden. Sie sehen, wie die „Voss. Ztg." mitteilt, in der neuen Bekanntmachung nur den Vorläufer einer Ankündigung für neue Höchstpreise der Kartoffeln überhaupt. Die Wirkung der Aufhebung könnte also die sein, daß zwar die Kleinhändler gerne verkaufen möchten, aber keine Kartoffeln erhalten, weil die Produzenten auf eine weitere Erhöhung der Preise warten und die Vorräte zurückhalten.

Solange die Regierung sich nicht zu einer einheitlichen durchgreifenden Regelung der Kartoffelfrage entschließt, müssen die Kommunen aus sich heraus für ihre Bürger Kartoffeln beschaffen. Ihnen steht es frei, Kartoffeln in großen Mengen von den Produzenten direkt zu erwerben und dann im Kleinvertrieb an die Konsumenten abzugeben.

Einzelne Gemeinden haben damit bereits begonnen. Aber bisher reichten diese städtischen Kartoffelverkäufe bei dem großen Bedarf nichts aus. Die Städte müssen eben mehr auf diesem Gebiete tun.

Auch die Erhöhung der Preise für Futterkartoffeln und Kartoffelpräparate wird die Lebenshaltung der Massen weiter verteuern. Kartoffelmehl wird zur Brotbereitung verwendet. Preiserhöhung dieses Produkts führt notwendig zur Verteuerung des Brotes, da es Höchstpreise für Brot trotz der dringlichen Forderungen der Konsumenten nicht gibt.

So haben die letzten Bundesrats- und lokalen Maßnahmen eine allgemeine Belastung der Lebenshaltung gebracht, die von weiten Kreisen bitter empfunden wird. Gerade das Interesse der Landesverteidigung gebietet es, hier Erleichterungen zu schaffen und nicht die wichtige Frage der Lebensmittelversorgung der Privatspekulation von Produzenten und Händlern zu überlassen.

Der türkische Krieg.

Erneutes Bombardement der Dardanellen.

Konstantinopel, 26. Februar. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Zehn große Panzerschiffe habe gestern vormittag 10 Uhr ein Bombardement gegen die am Eingang der Dardanellen liegenden Forts eröffnet. Das Feuer dauerte bis 3½ Uhr nachmittags dann zogen sich die Schiffe in der Richtung der Insel Tenedos zurück. Nach den gemachten Beobachtungen sind ein Schiff des Feindes vom Agamemnon-Typ und zwei andere Panzerschiffe durch die von den Forts an der anatolischen Küste gefeuerten Schüsse beschädigt worden.

Der Seekrieg.

Die Opfer der Unterseeboote.

Amsterdam, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) „Telegraaf" meldet: „Oakby" war ein im Jahre 1897 gebautes Stahlschiff und gehörte der Westhartlepooler Firma Ropner. Die Bemannung sah die Torpedobahn unter dem Wasser, bevor das Schiff getroffen wurde. Die Explosion war fürchterlich. Es ist niemand verletzt worden. Das Schiff wurde 13 Stunden lang geschleppt, sank aber dann. Alle auf dem Schiffe Anwesenden wurden gerettet.

Das Reuter-Bureau meldet, daß der Dampfer „Deptford" gestern bei Scarborough, vermutlich durch einen Torpedo, unterging. Die Mannschaft wurde mit einer einzigen Ausnahme gerettet. Das Schiff hatte 703 Tonnengehalt und ist im Jahre 1912 vom Stapel gelaufen. Die Eigentümer des Schiffes sind William Cory and Son in London.

Die Mannschaft des Liverpooler Dampfers „Western Coast" landete in Portsmouth. Das gestern bei Beach Hyead torpedierte oder minierte Schiff hatte 1166 Tonnengehalt und ist im Jahre 1913 gebaut worden.

*

London, 26. Februar. (W. T. B.) Die Admiralität gibt bekannt, daß seit dem 18. Februar sieben britische Schiffe durch deutsche Unterseeboote in den Grund gebohrt worden seien, während 708 Dampfer von über 300 Tonnengehalt jeder Nationalität in den britischen Häfen angekommen seien. In der am 24. Februar zu Ende gegangenen Woche haben 573 Schiffe England verlassen. In den acht Wochen vor dem 24. Februar betrug die Gesamtziffer der einlaufenden Schiffe 5772, die der auslaufenden Schiffe 5507.

Deutsche Unterseeboote an der englischen Ostküste.

London, 26. Februar. (T. U.) Aus Aldeburgh an der englischen Ostküste wird gemeldet, daß ein englischer Minenräumer Signale nach der Küste sandte, die die Rettungsstation veranlaßte, das Rettungsboot nach dem nahegelegenen Leuchtschiff zu senden. Dort wurde das Rettungsboot dahin informiert, daß zwei deutsche Unterseeboote in der Nähe seien. Verschiedene Torpedobootszerstörer fuhren aus und versuchten die deutschen Unterseeboote zu beschießen. Irgend einen Erfolg hatten sie jedoch nicht.

Vermißte schwedische Dampfer.

Kopenhagen, 26. Februar. (W. T. B.) „Berlingske Tidende" meldet aus Malmö: Man ist ernstlich besorgt über das Schicksal des schwedischen Dampfers „Marie", der Englands Ostküste am 16. Februar verlassen hatte. Der Dampfer „Svecia" aus Gothenburg, der von Amerika kam, ist gleichfalls überfällig. — Die Dampfschiffsreedereien haben ein Uebereinkommen mit den Maschinenmeistern getroffen auf Erhöhung der Unfallversicherung von 4000 auf 10 000 Kronen. Die Seeleute und die Feuerleute haben erhöhte Löhne erhalten, die Schiffsoffiziere verlangten eine Kriegszulage und eine Erhöhung der Unfallversicherung sowie eine Teuerungszulage. Sie erhielten die ersten beiden Zulagen bewilligt, die letzte wurde ihnen abgeschlagen. Die Verhandlungen schweben noch.

Amerika und der Unterseebootskrieg.

Kopenhagen, 26. Februar. (W. T. B.) „Nationaltidende" erfährt aus Washington, daß die amerikanische Regierung eine Erhöhung der Versicherungsprämien erwäge. In maßgebenden amerikanischen Marinekreisen beginne sich die Meinung zu bilden, daß England den Aktionsradius und die Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Unterseeboote stark unterschätzt habe. Die allgemeine Meinung gehe jetzt dahin, keine Vogel-Strauß-Politik mehr zu treiben, und nicht mehr zu tun, als ob es völlig gleichgültig wäre, wieviel Unterseeboote sich in dem Fahrwasser um England bewegten. Englands maritime Vorbereitungen, so glänzend sie seien, schlössen bisher keine wirksamen Verteidigungsmittel gegen Unterseeboote ein. Wenn es bisher nicht zu großen Zerstörungen gekommen sei, verdanke England dies nur den unausgesetzten Patrouillenfahrten. Es wäre aber lächerlich, noch leugnen zu wollen, daß ein Gefühl starken Unwillens und eine Aufregung sich Englands bemächtige darüber, daß die deutschen Unterseeboote ihre Tätigkeit ungestraft hätten fortsetzen können, ohne daß es gelungen sei, sich auch nur eines einzigen zu bemächtigen, was zu dem Eindruck führe, als ob alle bisherigen Vorkehrungen unzureichend seien.

Die „Dacia" auf dem Wege.

London, 26. Februar. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die „Dacia", die am 2. Februar Norfolk in Virginia verlassen hat, wurde am 23. Februar 400 Meilen westlich von Landsend gemeldet. Sie beabsichtigte, in den Kanal zu fahren; eine spätere Meldung besagt, daß sie ihren Kurs geändert und um die Nordspitze von Schottland herumfahren will, um das Minenfeld zu meiden.

Das Völkerrecht der Aushungerung.

I.

Die modernen völkerrechtlichen Bestrebungen zielen darauf ab, die nicht waffentragende Bevölkerung von den unmittelbaren Wirkungen des Krieges möglichst zu befreien. Man sucht also vor allem die Verteidigung zu schützen. Es ist klar, daß diese völkerrechtlichen Anschauungen mit den rein militärischen Interessen in Konflikt geraten müssen. Der erste militärische Grundsatz ist, so rasch wie möglich den Gegner niederzuwerfen und zum Frieden zu zwingen. So muß, nach der militärischen Auffassung, gerade auch die nichtkriegführende Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen werden, damit sie zum Frieden drängt. Und da die „Vernichtungsstrategie" nur durch den Angriff durchgeführt werden kann, erstrebt das militärische „Völkerrecht", das natürlich in Wahrheit immer nur einseitiges Nationalrecht sein kann, den Angriff zu sichern und zu schützen.

Die militärische Formel pflegt heute in der Fassung in aller Munde zu sein: Der am erbarmungslosesten geführte Krieg sei der humanste, denn er verkürze die schrecklichen Leiden des Krieges.

Der völkerrechtliche Schutz der Bevölkerung bleibt also keine Theorie, auf die man sich nur beruft, wenn man etwaige Angriffsgelüste der Bevölkerung als völkerrechtswidrig unterdrückt. Wäre es Wahrheit, daß der Krieg nur zwischen den Streitmächten geführt werden dürfte, so wäre ja nichts so verrucht wider das Völkerrecht gefrevelt, als jeder Versuch der Aushungerung, der sich gegen die waffenlose Bevölkerung richtet. In Wahrheit ist aber das Kriegsmittel der Aushungerung das älteste und bis zur Gegenwart völkerrechtlich privilegierte Kriegsmittel. Sonst gäbe es ja keine Belagerungen im Landkrieg, kein Beute-, Konterbande- und Blockaderecht im Seekrieg.

Natürlich will man durch das Kriegsmittel der Aushungerung nicht eigentlich erreichen, daß die Menschen Hungers sterben. Man will nur durch den Druck auf den Magen sie zum Frieden zwingen — getreu dem Grundsatz, daß die rücksichtsloseste Kriegsführung die humanste sei. Zum Glück aber hat diese völkerrechtlich konzessionierte Aushungerungspolitik ihre natürlichen Grenzen. Daß ein ganzes Land ausgehungert werden könnte, dafür gibt es in der Geschichte kein Beispiel; es sind immer nur Schädigungen des Handels, Störungen der Wirtschaft, Beeinträchtigungen der Ernährung verursacht worden. Am leichtesten ließ sich — die militärischen Machtmittel vorausgesetzt — eine Insel aushungern, die für ihre Ernährung wesentlich auf die Zufuhr angewiesen ist. Tatsächlich gab es — während der zwanzigjährigen mit allen Machtmitteln auch des Wirtschaftskrieges geführten Kämpfe Napoleons I. gegen England — wiederholt auf der Insel schwere Lebensmittelnot. Unmöglich scheint dagegen ein solcher Versuch gegen ein Land, wie das Deutsche Reich, gegen das eine völlige Absperrung gar nicht durchgeführt werden kann und zudem nur zu einem verhältnismäßig kleinen Teil seiner Ernährung des Auslandes bedarf.

Anders steht es mit der Aushungerung im Landkrieg: sie ist möglich. Belagerte Plätze können durch Abschneidung der Lebensmittel zur Uebergabe gezwungen werden. So wurde — das größte Beispiel dieser Art — die Pariser Millionenbevölkerung 1870/71 tatsächlich an den Rand des Verhungerns gebracht — Kinder, Frauen, Greise, Kranke, Verwundete — und dadurch die Kapitulation erzwungen.

Wenn es aber auch schwerlich gelingen möchte, ganze Länder wie Festungen durch den Hunger zum Frieden zu nötigen, so ist nicht zu bezweifeln, daß die Wirtschaft und soziale Lage der Bevölkerung durch die Sperrpolitik empfindlich geschädigt werden kann. Die Mittel, solche wirtschaftlichen Pressionen auszuüben, sind — soweit die Absperrung zur See in Frage kommt — das Beute- und Konterbanderecht, das seine letzte Steigerung in der förmlichen Blockade erfährt.

Man liest jetzt immer in der deutschen Presse, daß das Seekriegsrecht durch die Londoner Konferenz von 1909 völkerrechtlich geregelt worden sei. Diese Berufung auf die Londoner Deklaration ist in zwiefacher Hinsicht nicht besonders glücklich. Denn erstens sind jene Beschlüsse von keinem Staate ratifiziert worden, haben also nicht die mindeste Rechtsverbindlichkeit. Dann aber sind die Londoner Vereinbarungen ein vollkommener Triumph gerade der englischen Auffassung gewesen, da sie so wenig das radikale völkerrechtliche Prinzip der Unverletzlichkeit des Privateigentums anerkennen, daß sie vielmehr seine Aufhebung zum völkerrechtlichen Grundsatz erheben. Natürlich hat auch die Schaffung eines Seekriegsentwurf, den 1913 — für die Beziehungen der Kriegführenden — das Institut für Völkerrecht in Oxford ausgearbeitet hat, keinerlei Rechtswirksamkeit; es ist lediglich der Versuch einer internationalen privaten Organisation von Völkerrechtsgelehrten.

Das Seekriegsrecht hat nur Geltung, soweit es auf der zweiten Haager Friedenskonferenz geregelt worden ist. Die wichtigsten Fragen aber sind ungeordnet geblieben; es ist der Willkür überlassen, dem Herkommen, es ist Meinung, Wunsch, Forderung.

So ist das Recht der Aushungerung zur See im wesentlichen unangetastet, wie in alten Zeiten, und es wird so lange herrschen, als nicht die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See durchgesetzt ist. Heute aber ist die Erbeutung der feindlichen, die Beschlagnahme der Konterbande führenden neutralen Handelsschiffe völkerrechtlich erlaubt, der Begriff der Konterbande zudem im weitesten Umfange gefaßt.

Beute- und Konterbanderecht — von dem schärfsten Aushungerungsmittel, der Blockade, soll gesondert gesprochen werden — ist so alt wie der Krieg, so alt wie die Schiffahrt und die geschichtliche Menschheit selbst.

Aus der englischen Arbeiterbewegung.

Amsterdam, 26. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Lohnbewegung der englischen Arbeiter zeigt die überwiegende Tendenz zu einem Ausgleich mittels Lohnzulagen. Der Ausstand der 10 000 Metallarbeiter des Clydebezirks dauert indes fort. Es haben zwar einzelne, für die Admiralität arbeitende Werften die Arbeit wieder aufgenommen, aber neue Kategorien, namentlich die Dreher, legten die Arbeit nieder.

Der Dockerkonflikt dauert infolge der Weigerung der meisten Unternehmer, mit dem Verband zu verhandeln, fort. Die Docker erwarten eine Vermittlung der Regierung, eventuell die Ernennung eines Schiedsgerichts.

Der Streik der 200 Arbeiter des Northamptoner Regierungs-Verpflegedepots wurde durch die Einstellung von Territorial-Soldaten gebrochen; die Arbeiter wurden entlassen.

Die Elswicker Metallarbeiter der Firma Armstrong, Whittworth u. Comp. haben die beschlossene Kündigung wegen der Beschäftigung ungelernter Arbeiter bis nächste Woche zurückgehalten. Die Direktoren erklärten, die ungelernten Arbeiter nicht missen zu können, da demnächst 8—10 000 Mann für die neugebauten Munitionsfabriken notwendig würden. Die Arbeiter fordern Garantien, daß die ungelernten Arbeiter nach dem Kriege entlassen werden. Die Arbeiter fordern besonders die Uebergabe einer sämtliche ungelernten Arbeiter umfassenden Namenliste an die Mitglieder der Gewerkschaft. Die Firma nahm diese Bedingungen an und ver-

Die Feldpost.

Aus dem Großen Hauptquartier schreibt man uns über die Feldpost. Der heutige Krieg entreißt mit einem Schlage Millionen Menschen ihrer Häuslichkeit, ihrer gewohnten friedlichen Beschäftigung, trennt sie von Verwandten und Freunden. Unser Volksheer dient nicht der Durchführung einer Interessenpolitik. Es ficht für die deutsche Heimat. Was sie uns ist, das wurde manchem vielleicht erst recht klar, als er zu ihrer Verteidigung auszog. Zu ihr und zu den Lieben daheim wandern nach hartem Kampf die Gedanken der ruhenden Krieger. Diesen wiederum gelten die Segenswünsche und Grüße der Daheimgebliebenen. Hier Vermittler zu sein, ist die große und schöne Aufgabe der Feldpost.

Will man ihre Leistungen richtig würdigen, so tut man gut, den Maßstab des Krieges 1870/71 an den gegenwärtigen Feldzug nicht anzulegen. Dies gilt auch von der Feldpost. Es ist etwas ganz anders, wenn statt einer Million Soldaten ein Mehrfaches davon ins Feld zieht, und ob der Krieg auf einer oder Front oder zwei Fronten geführt wird. Unsere Truppen standen vor 44 Jahren in Frankreich; heute stehen sie auch dort; aber es ist nur ein Teil der deutschen Macht, der hier kämpft. Denn andere Teile fechten an der ostpreußischen Grenze, in Russisch-Polen und Galizien. Der Zweifrontenkrieg und die Vielseitigkeit der Kriegsschauplätze mußten unter Ausnutzung unseres vielgestaltigen und außerordentlich leistungsfähigen Eisenbahnnetzes zu zahlreichen Truppenverschiebungen führen, wie sie die wechselnde operative Lage gebot. Diese Verhältnisse haben die Feldpost vor ganz besonders schwierige Aufgaben gestellt. Daß auch sie zuerst lernen mußte, ist selbstverständlich; wer hat dies in diesem Kriege nicht getan? Daß die Feldpost mit Pferdewagen ins Feld ziehen mußte statt mit Automobilen, kann man einen Fehler nennen. Heute ist die Hauptsache, daß die Feldpost die nötigen Autos — über 600 — hat und daß die Feldpost, nachdem sie die bei Beginn des Feldzuges vorhandenen außerordentlichen Schwierigkeiten überwunden hat, allen billigerweise an sie zu stellenden Anforderungen voll gerecht wird.

Ein Blick auf die Organisation der Feldpost zeigt uns den riesenhaften Apparat, der hier in Tätigkeit getreten ist. Vorausgeschickt sei, daß die Feldpost nur Briefe und Päckchen (bis zu 250 Gramm, zunächst zeitweise, seit dem 1. Februar dauernd bis zu 500 Gramm), aber keine Privatpakete befördert. Die Paketbeförderung ist also eine von der Feldpost völlig zu trennende Angelegenheit, die auch in diesem Aufsatze nicht weiter verfolgt wird.

Alle im Heimatlande aufgegebenen Feldpostbriefe gehen von den örtlichen Postämtern an besonders eingerichtete Briefsammelstellen, von denen augenblicklich 23 bestehen. In den Briefsammelstellen strömen alltäglich 8 000 000 Feldpostsendungen zusammen, die hier nach den einzelnen Formationen von Heer und Flotte sortiert und formationsweise in besondere Postbeutel verschlossen werden müssen. Da es etwa 14 000 verschiedene Formationen gibt, so ist die beim Sortieren zu leistende Arbeit recht erheblich. Die Sortierer und Sortiererinnen lernen da nicht nur Linie von Reserve und Landwehr, Landsturm und Ersatz unterscheiden, sondern müssen sich auch mit Formationen befreunden, die oft die allermerkwürdigsten Namen tragen. Neben einer „Kriegsbeutekommission" gibt es eine „Autokolonne Audac", einen „fahrbaren Brieftaubenschlag" und eine „Autogene-Schneide- und Taucherkolonne". Neben einem „Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. X des Landwehr-Ersatz-Regiments Y" findet sich eine „X. planmäßige Festungs-Fuß-Artillerie-Munitions-Kolonne des Y. Bataillons Reserve-Fußartillerie-Regiments Z". Und nun gar die zahllosen falschen Adressen! Trotz aller bei den heimischen Postämtern aufgewendeten Mühe gelangen Postsendungen zu Hunderttausenden ins Feld, mit denen zunächst nichts anzufangen ist. Man hat deshalb zu deren Bearbeitung mitten in Feindesland eine besondere Feldausgleichstelle eingerichtet, bei der etwa 40 besonders ausgesuchte Postspezialisten zur „Heilung" der „kranken" Briefe tätig sind.

Sind die Postbeutel für die Formationen fertig, so werden sie den verschiedenen Leitpunkten unweit der Grenze zugeführt. Jede Armee verfügt über einen solchen und alle zusammen erhalten täglich etwa 30 000 Säcke voll Briefe. Vom Leitpunkt geht die Post auf die Eisenbahnetappenstrecke der betreffenden Armee in besonderen Postsonderzügen, die zuweilen mehr als 20 Waggons aufweisen, nach dem Etappenhauptort und von diesem aus teils durch Bahn, teils durch Kraftwagen zu den einzelnen Feldpostanstalten. Solche bestehen bei allen höheren Kommandobehörden (Oberkommandos, Generalkommandos, Divisionen). Die Feldpostanstalten sind die Ausgabestellen für die Feldpost, die hier von den Postholern der Truppe in Empfang genommen wird. Hier wird auch die für die Heimat bestimmte Post aufgeliefert und ungefähr auf demselben Wege nach rückwärts befördert, den die Feldpost bis zur Front zurückzulegen hat. Etwa 2 000 000 Briefe täglich nehmen auf diese Weise ihren Weg in die Heimat. Findet die Truppe keine Zeit, ihre Sendungen bei der Feldpostanstalt aufzuliefern, so werden sie durch Feldpostschaffner abgeholt. Die Feldpostanstalten liegen oft dicht hinter der Front der kämpfenden Truppen und sind mitunter auch dem feindlichen Artilleriefeuer ausgesetzt. Mancher brave Feldpostbeamte hat schon dessen Wirkung am eigenen Leibe erfahren.

Um endlich dem Briefverkehr der Armeeangehörigen untereinander Genüge zu tun und diesen nicht auf den Umweg über die Heimat zu verweisen, findet ein unmittelbarer Austausch zwischen den einzelnen Armeen statt, der täglich ½ Million Briefe usw. von Heer zu Heer überbringt. Man sieht hieraus, daß der Stellungskrieg den Soldaten schreiblustig gemacht hat. Aber auch in anderer Weise gedenken die Truppen der Ihrigen daheim; gegen 50 Millionen Mark vermittelt die Feldpost monatlich, meist in kleinen Beträgen eingezahlt, nach der Heimat.

Diese gewaltige Arbeit der Feldpost wird von rund 4000 Beamten und Unterbeamten bewältigt, für die es keine festgesetzten Dienststunden, sondern nur einen der militärischen Lage angepaßten ständigen Tag- und, wenn nötig, auch Nachtbetrieb gibt. In der Heimat befaßt sich allein bei den Kriegssammelstellen und Leitpunkten ein Personal von etwa 14 000 Köpfen mit dem Sortieren der Feldpost. Zum großen Teil sind es eingestellte Hilfskräfte, da die Post über 70 000 Mann zum Waffendienst abgegeben hat.

Im Feldheere würdigt man die hingebende, in der Stille geleistete Arbeit der Feldpost in vollem Maße. Möchte man ihr auch in der Heimat gerecht werden. Es heißt hier, den Ansprüchen entsagen, die im Frieden jeder an die Post zu stellen berechtigt ist, sich stets zu vergegenwärtigen, daß dieser Krieg in Wahrheit ein solcher unseres ganzen Volkes ist. Auch seine in der Heimat verbliebenen Mitglieder wirken in ihrer Art am Kriege mit, müssen sich dessen Bedingungen bis zu einem gewissen Grade anpassen. Wie im Felde aber gilt es auch daheim, in dieser Zeit kleinliche Bedenken und Klagen zurücktreten zu lassen vor der Freude an jeder redlichen Arbeit, die unserer großen, heiligen Sache gilt.

(W. T. B.)

sprach, während der laufenden Verhandlungen keine ungelernten Arbeiter einzustellen.

In Midlothian streiken 2000 Zementarbeiter und Tabakarbeiter.

Die Dubliner Hafenarbeiter setzten eine Lohnerhöhung durch.

Der Landarbeiterverband fordert die bisher verweigerte direkte Verhandlung mit den Unternehmern, da sonst die Kündigungen überreicht werden würden.

Bei den Eisenbahnen ist ein Ausgleich bis auf teilweise Konflikte wegen Werkstattarbeiten durchgesetzt worden; dagegen entstand ein Konflikt zwischen den Eisenbahnkompagnien und der Regierung, weil die Kompagnien verlangen, daß der Staat zwei Drittel der 5½ Pfundmillionen betragenden Kriegszulage bezahle. Es ist vorläufig noch keine Einigung möglich.

Der Regierungsentwurf über den Gerichtshof zur Verhütung von Streiks begegnet bei der Arbeiterschaft scharfer Kritik. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes Appleton erklärte, die Gewerkschaften hätten selbst das meiste zur Beilegung der Konflikte getan. Von 650 jährlichen Konflikten sei die Konfliktszahl des letzten Quartals 1914 auf 100 zurückgegangen, davon seien 92 vor dem Kriege entstanden. Seit dem Beginn des Krieges brachen 10 Streiks aus und immer waren die Unternehmer die Angreifer. Ein Gerichtshof, der über die Existenzfragen der Arbeiter entscheiden soll, sei herausfordernd.

Die „Daily News" begrüßen, daß im Unterhaus über Abänderung dieses Gesetzes beraten wird. Daß die Arbeiter bei der Entscheidung unvertreten sein sollen, sei nicht nur einfältig, sondern herausfordernd.

„Daily News" begrüßen ferner das im Unterhause beratene Gesetz über die Abänderung der zu Beginn des Krieges beschlossenen Aufhebung des bürgerlichen Gerichtsverfahrens. Das traditionelle Britenrecht auf die Jury sei in der ersten Konfusion überhastet aufgehoben worden. Die jetzige Vorlage gebe allen Zivilpersonen ihr gewöhnliches bürgerliches Recht, ausgenommen in einem Invasionsfall, zurück.

Die Unabhängige Arbeiterpartei und der Krieg.

Amsterdam, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Für die zu Ostern in Norwich stattfindende Jahreskonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei liegen 88 Resolutionen vor, die sich meistens auf den Krieg beziehen. Zahlreiche Resolutionen billigen die Haltung des Parteivorstandes. Gloucester gratuliert Keir Hardie und Macdonald zu ihrer glänzenden Bewahrung der Parteiprinzipien. Bradford fordert eine Kontrolle der britischen Auslandspolitik und lehnt alle Verpflichtungen gegen andere Nationen ohne Parlamentszustimmung ab. Weiter fordert Bradford eine Rüstungsbeschränkung, keine Abtretung von Ländern ohne die Befragung des Volkes. Jeovil fordert den Parteivorstand auf, eine Kampagne zur Beendigung des Krieges zu erwägen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

England und die Dardanellenfrage.

London, 26. Februar. (W. T. B.) Unterhaus. In Beantwortung einer Frage betreffend die neuliche Rede des russischen Ministers des Aeußern Sasonow, in der dieser erklärte, daß die Ereignisse an der russisch-türkischen Grenze politische und wirtschaftliche Probleme in Verbindung mit der Frage eines Zuganges Rußlands zu dem offenen Meere der Verwirklichung näher bringen würden, erklärte Staatssekretär Gren: Das ist ein Bestreben, mit dem wir volle Sympathie haben. Die genaue Form, in der es verwirklicht werden wird, wird zweifellos in den Friedensbedingungen bestimmt werden.

Rußlands Zufuhrschwierigkeiten.

Amsterdam, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) „Telegraaf" meldet, daß ein Eisbrecher von 7000 Pferdekräften den gewöhnlich Ende Oktober geschlossenen Hafen von Archangelsk bis Mitte Januar freihielt; dann wurde durch einen Schraubenbruch die Schiffahrt stillgesetzt. Einige Schiffe kamen bis 60 Werst von Archangelsk und konnten teilweise gelöscht werden. Man hofft auch, ein erwartetes Schiff von Amerika mit 700 Passagieren und sehr viel Frachtgut zu löschen. In Archangelsk sind ungeheure Vorräte, Hunderttausende Kohlentonnen aufgestapelt; ebenso Hunderte von Heeresautomobilen, Flugzeuge und Gewehre. Die Schmalspurbahn nach Wologda sei für den Transport ganz unzulänglich. Der Bericht datiert vom 26. Januar; jedoch zeigt der gestern gemeldete Bericht der „Times", daß der Schraubenbruch noch nicht repariert worden ist.

Aus dem Reich des Zaren.

Petersburg, 26. Februar. (W. T. B.) Die Tolstojaner Leschtschenko und Bjelenki wurden wegen Verbreitung nicht erlaubter Schriften Leo Tolstois mit einem Jahr Gefängnis bestraft. Der Senat gab ihrer Berufung keine Folge.

„Russkija Wjedomosti" berichtet aus Tambow, daß im Laufe des Januar durch die Stadt 11 910 deutsche Kolonisten gekommen sind, die aus den westlichen Gouvernements nach Saratow und Archangelsk verschickt worden sind.

„Rjetsch" meldet: Die Arbeiter Nowossiloff, Muraw-jeff, Kusnezoff, Iwanoff, Hladyscheff, Kutuzoff und Nikolajeff, die zum Teil Wahlmänner für die Duma waren, sind zu Zwangsarbeit bis sechs Jahren verurteilt worden, weil sie der sozialdemokratischen Partei angehören. Der Senat gab ihrer Berufung keine Folge.

„Ruskoje Slowo" meldet aus Warschau: 149 Juden und 19 Polen sind unter der Anschuldigung, daß sie mit der deutschen Intendantur Geschäfte gemacht hätten, im Verwaltungswege nach Sibirien verbannt worden. — Der angesehene Fabrikant Stute in Riga ist nach Tomsk verbannt worden, weil er sich abfällig über die Verhältnisse in Rußland geäußert hatte. — Die Inspektion des Schulkreises Riga hat durch Zirkular den Gebrauch der deutschen und lettischen Sprache auch in Privatgesprächen der Schüler verboten.

Ein neues Arbeiterblatt in Petersburg.

Am 13. d. Mts. erschien in Petersburg die erste Nummer des wöchentlich herausgegebenen Arbeiterblattes „Sewerny Golos" (Nordische Stimme). Es ist das erste Arbeiterblatt, das seit Beginn des Krieges in Petersburg erscheint. In einem redaktionellen Artikel bemerkt das Blatt, es stelle sich zur Aufgabe, „den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung, auf denen der Krieg mit seiner ganzen Schwere lastet, allseitige ideale Hilfe zu bringen. Soweit es unter den obwaltenden Verhältnissen möglich ist — fährt das Blatt fort — werden wir uns bemühen, ihnen beizustehen, damit sie sich in dem Wirrwarr der Erscheinungen, Tatsachen und Stimmungen des Tages zurechtfinden, Wege finden für gesunde Bestrebungen der Selbsthilfe und der Verteidigung vor den schweren Folgen des Krieges und sich eine sichere Basis schaffen inmitten des Chaos der Weltkatastrophe.

Die Unruhen in Singapore.

Petersburg, 26. Februar. (W. T. B.) Ueber die Unruhen in Singapore melden die russischen Zeitungen:

800 Inder in Singapore haben das Haus zerstört, in dem die deutschen Kriegsgefangenen festgehalten worden waren. Gegen weitere Zerstörungen haben die Engländer ein Freiwilligenkorps organisiert, in dem sich auch Japaner befinden.

Die Anwesenheit des japanischen Kriegsschiffes „Jodo" wird in Singapore erwartet.

In Schanghai sind mit Rücksicht auf die Unruhen in Singapore bereits zwei japanische Kreuzer angekommen.

*

Amsterdam, 25. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Daß die Revolte in Singapore mehr war als eine Meuterei wegen Avancements, geht selbst aus dem offiziellen Bericht hervor, der 14 getötete Zivilisten, darunter eine Frau, nennt. Bezeichnend ist auch, daß das meuternde Regiment aus Mohammedanern Ostpunjas rekrutiert wird.

Versammlungsverbot in Italien.

Rom, 26. Februar. (W. T. B.) Die Agenzia Stefani meldet: Mit Rücksicht auf die internationale Lage beschloß der Ministerrat, den Präfekten die Anweisung zu erteilen, Versammlungen, sowie alle die öffentliche Ordnung gefährdenden Demonstrationen zu untersagen, auch in Lokalen, welche sonst für das Publikum bestimmt sind.

Zusammenstöße.

Reggio nell'Emilia, 26. Februar. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern abend fand im Theater Ariosto auf Veranlassung der nationalistischen Gruppe eine geschlossene Versammlung statt, in der der österreichische Reichsratsabgeordnete Dr. Cesare Battisti (Soz.) sprechen sollte. Als die Eingeladenen in großer Zahl zu der Versammlung strömten, füllte sich der Theaterplatz mit einer feindseligen Menge, deren Haltung bald drohend wurde. Während eine Abteilung Karabinieri Absperrungen vornahm, wurde sie das Ziel eines lebhaften Steinbombardements. Hierbei wurden zahlreiche Karabinieri, ein Polizeikommissar, ferner ein Hauptmann und ein Major der Karabinieri, der letztere schwer, verwundet. Als eine Abteilung von Karabinieri bei dem Transport eines verwundeten Kameraden mit Steinen beworfen wurde, gab sie Feuer. Durch die Schüsse wurde eine Person getötet und fünf Personen wurden verwundet, von denen eine in der Nacht gestorben ist. Es sind ferner drei Karabinieri verwundet und elf leichter verletzt worden. Zwei Schutzleute erlitten Wunden, zwei Quetschungen. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurden Abteilungen von Karabinieri gesandt und der Generalinspektor des Ministeriums des Innern mit einer Untersuchung beauftragt. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung eingeleitet.

Die ungarische Presse und die Zensur.

Der Journalistenverein in Ofen hielt, wie die „Post" mitteilt, am Dienstag eine Sitzung ab, in der in folgender Weise gegen die Zensurmaßnahmen Stellung genommen wurde:

„Anläßlich des Ausbruches des Krieges sind die Mitteilungen der Presse mit Rücksicht auf die Verteidigung der Interessen der Kriegsbewegungen unter Aufsicht gelangt. Seither wurde an der zuständigsten Stelle schon wiederholt konstatiert, daß die ungarische Presse vom ersten Augenblick an sich auf die Höhe ihrer Aufgabe erhoben und sämtliche Maßnahmen der Regierung und der Heeresleitung mit der größten Bereitwilligkeit unterstützt hatte. Dennoch haben wir von allem Anfang eingesehen, daß unter den schwierigen Verhältnissen der gute Wille und die gute Absicht der Presse nicht genügen, sondern daß es notwendig sei, daß eingeweihte und mit den militärischen Operationen vertraute Männer die Presse unterstützen sollten, welche untersuchen könnten, ob der eine oder der andere Artikel nicht auf irgendeine Art den Interessen der Kriegführung zum Schaden gereichen könne. Wir stellen jedoch fest, daß die Zensur in der Praxis ihren Wirkungskreis weit überschritten hat und in ihrer heutigen Anwendung die Presse Belästigungen aussetzt, die auch aus dem erwähnten Gesichtspunkte überflüssig erscheinen. Jene Zensur, die ausschließlich berufen ist, die Nachrichten militärischen Charakters und vom militärischen Interesse zu überprüfen, streift auch Gebiete ab, die mit den Interessen der Kriegführung in gar keinem Zusammenhang stehen und wirkt nicht bloß als militärische, sondern auch als politische, ja sogar als literarische Zensur, und macht mit ihrem schwerfälligen System auch vom technischen Standpunkt die Arbeit der Zeitungsherstellung fast unmöglich. Der Ofener Journalistenverein protestiert auf das entschiedenste gegen solche Uebergriffe der Zensur und besonders dagegen, daß die Zensur gegenüber Nachrichten, die ausschließlich innerpolitischen und belletristischen Charakters sind, ihre besonderen Gesichtspunkte oder ihren besonderen literarischen Geschmack zur Geltung bringt. Der Verein fordert nachdrücklich, daß die der Presse gegenüber geschaffenen außerordentlichen Verfügungen in jenen Grenzen gewahrt werden mögen, innerhalb deren die Zensur noch immer die Interessen der Kriegführung schützen kann, ohne die Grundsätze der Preßfreiheit, die den Interessen der Heeresleitung in keiner Weise widersprechen, zu gefährden."

Angenehme Damen.

Frankfurt a. M., 26. Februar. (W. T. B.) Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus London: Eine große Anzahl englischer Frauen, an deren Spitze Damen aus den ersten Gesellschaftsklassen stehen, richteten eine Petition an die Regierung, alle feindlichen Fremden im dienstpflichtigen Alter zu internieren und auch alle Frauen aus dem Gebietsstreifen bis zu dreißig Meilen von der Küste zu entfernen.

Kriegsbekanntmachungen.

Pakete an deutsche Kriegsgefangene in Rußland.

Paketen an Kriegsgefangene in Rußland müssen einem Verlangen der russischen Verwaltung entsprechend fortan zwei Inhaltserklärungen beigefügt werden.

Amtlich. Berlin, 26. Februar. (W. T. B.) Nach einer Erklärung der russischen Regierung können den in Rußland internierten deutschen Zivilgefangenen durch Vermittelung des Kriegsgefangenenbureaus beim russischen Roten Kreuz in St. Petersburg auch Pakete zugesandt werden; jedoch müssen die Empfänger dafür Zoll entrichten.

Termin für Ablieferung von Decken.

Berlin, 26. Februar. (W. T. B.) Um hervorgetretenen Zweifeln zu begegnen, wird darauf hingewiesen, daß der letzte Ablieferungstermin für die aus den Ergebnissen der Reichswollwoche hergestellten Decken an die Heeresverwaltung oder an die von dieser dafür bestimmten Abnahmestellen, soweit dafür Bezahlung geleistet werden soll, der 28. Februar ist. Später eingehende Decken können nur wie Liebesgaben behandelt werden.

Aus Industrie und Handel.

Weizenanbau auf Rübenfeldern und Freigabe von Sacharin.

Um dem drohenden Mangel an Brotgetreide zu begegnen, wird jetzt von allen Seiten aufgefordert, alle zur Verfügung stehenden und für diesen Zweck geeigneten Bodenflächen mit Brotgetreide zu bebauen. In einem Dresdener Blatte weist nun der dortige Sanitätsrat Dr. Schanz darauf hin, daß diese Aufforderung gerade in den Fällen wahrscheinlich nicht den gewünschten Erfolg haben werde, wo ein Erfolg am leichtesten herbeizuführen sei: auf den Ländereien des Zuckerrübenbaues. Schanz tritt dafür ein, daß jetzt und in Zukunft mehr Weizen statt der Zuckerrüben angebaut werde. Eine solche Aufforderung würde jedoch so lange erfolglos bleiben, als der Rübenbau und die Zuckerproduktion ein lohnenderes Geschäft für die Agrarwirtschaft wären. Aus diesem Grunde empfiehlt er die Freigabe von Sacharin in Deutschland, um eine scharfe Konkurrenz gegen den Zuckerrübenbau herbeizuführen. Sacharin, das 500mal süßer als Zucker, sei als Würze von größter Bedeutung, und auch bei ständigem Genuß völlig unschädlich für die Gesundheit. Wörtlich heißt es dann in dem interessanten Artikel: „In keinem anderen Lande ist der Gebrauch von Sacharin so erschwert, wie in Deutschland. Eine einzige Fabrik ist zu der Fabrikation ermächtigt, der Preis ist vorgeschrieben, die Einfuhr über die Grenzen ist verboten und wird streng überwacht. Dem freien Verkehr ist es entzogen, und die Apotheker dürfen es auf ärztliche Anordnung und in größeren Quantitäten unter Ausfüllung eines Formulars, ähnlich einem Giftschein, verkaufen. . . . Es ließe sich diese Würze bei der Herstellung von Genußmitteln sehr wohl reichlich verwenden, beispielsweise bei der Herstellung von Likören, Limonaden, Fruchtkonserven, Mostrich, in der Brauerei, Bäckerei, Konditorei und zum Versüßen des Stärkesyrups." Wenn dem Rate, die Zuckerrübenfelder mit Weizen zu bebauen, gefolgt werde, dann könne es kommen, daß im nächsten Jahre der Zucker fehle, und deshalb sei die Freigabe des Sacharins unter allen Umständen nötig und zweckmäßig.

Dieser Vorschlag ist zweifellos beachtlich. Es sei bei der Gelegenheit auch darauf hingewiesen, daß während der Kriegszeit der Kleinverkaufspreis für Zucker noch um 2 Pf. pro Pfund gestiegen ist, obwohl infolge des Ausfuhrverbots Zucker im Ueberfluß vorhanden ist und der Preis infolgedessen wesentlich fallen müßte. Das wurde aber verhindert dadurch, daß die Regierung sehr bald einen amtlichen Preis zum Schutze der Produzenten festsetzte und die Kontingentierung anordnete. Außerdem ist in Deutschland die Zuckersteuer sehr hoch, pro Pfund etwa 7 Pf., so daß in normalen Zeiten in England deutscher Zucker billiger ist wie in Deutschland. Unter diesen Umständen verdient der Vorschlag des Herrn Dr. Schanz, eines bekannten praktischen Arztes, volle Beachtung.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Letzte Nachrichten.

Ein französisches Torpedoboot gesunken.

Paris, 26. Februar. (W. T. B.) **Amtlich wird mitgeteilt: Das französische Torpedoboot „Dague" welches einen Lebensmitteltransport nach Montenegro begleitete, ist am 24. Februar, abends 9 Uhr 30 Minuten, im Hafen von Antivari auf eine österreichisch-ungarische Mine gestoßen und gesunken. Der Transport erlitt keine Unterbrechung; der Transportdampfer ist rechtzeitig zurückgekehrt.**

Beschädigter Handelsdampfer.

Amsterdam, 26. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Hier lief heute der schwedische Dampfer „Svarton" ein, welcher gestern abend auf eine Mine gelaufen war und Notsignale abgegeben hatte. Das Schiff war von einem Fischdampfer von Ymuiden hierher geschleppt worden. Es hat ein vier Meter großes Loch. Die Mannschaft ist wohlbehalten und konnte an Bord des Schiffes zurückkehren.

Southampton gesperrt.

London, 26. Februar. (T. U.) Die englische Admiralität hat den Behörden mehrerer bedeutender Häfen Englands eine Reihe weiterer Vorschriften zugehen lassen über erneute Beschränkungen in der Handelsschiffahrt. Genauere Einzelheiten hierüber sind zur Stunde noch nicht bekannt, doch steht bereits fest, daß mehrere Häfen, u. a. Southampton, von nun ab für die Handelsschiffahrt völlig gesperrt sind.

Arbeiterausstand in Rom.

Aus dem Haag, 26. Februar. (T. U.) Wegen des fortgesetzten Steigens der Brotpreise traten, wie Reuter meldet, in Rom 8800 Arbeiter in den Ausstand. Es kam zu Tumulten auf den Straßen. Die Ausständigen unterbrachen die Straßenbahnverbindungen, so daß Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung herbeigerufen werden mußten.

(Hamburger Nachrichten.)

Der Typhus in einem russischen Internierten-lager.

Petersburg, 26. Februar. (W. T. B.) „Rjetsch" meldet: Unter den im Gouvernement Astrachan zwangsweise Internierten herrscht eine Typhusepidemie, die durch zu dichte Kasernierung hervorgerufen worden ist. Ihre Bekämpfung wird durch Aerztemangel erschwert.

Nach einer weiteren Meldung der „Rjetsch" soll ein von der Regierung bereits ausgearbeitetes russisches Teemonopol unter Umgehung der Duma eingeführt werden. Es verspreche große Einnahmen, obwohl die Branntweineinnahme bei weitem höher gewesen sei.

Wiederverhaftung der deutschen Flottenvereinler.

Kiew, 26. Februar. Nach dem „Russija Wjedomosti" sind die Mitglieder des Flottenvereins in Kiew, die befreit worden sind, nach ihrer Befreiung alle sofort wieder verhaftet worden, angeblich aus anderen Ursachen. (W. T. B.)

Chinesische Demonstrationen gegen die japanischen Forderungen.

Petersburg, 26. Februar. (W. T. B.) In Tokio sind angeblich, nach Meldung russischer Zeitungen, von chinesischen Studenten politische Versammlungen gegen die japanischen Forderungen an China veranstaltet worden.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str. 118-119

Billiger Lebensmittel-Verkauf

Nicht am Spittelmarkt *Verkauf nicht an Wiederverkäufer* *Zusendung ausgeschlossen*

Sahnen-Käse Stück 45 Pf.

Limburger Käse Pfund 68 Pf.

Edamer Käse Pfund 1.00

Schweizer Käse Pfd. 1.10, 1.20

Tafelbutter ½ Pfund 75 Pf.

Margarine Pfund 80, 1.00

Apfelsinen Dtz. 40, 50 Pf.

Marmelade gemischt Pfund 38 Pf.

Backpflaumen Pfund 45 Pf.

Backobst Pfund 68 Pf.

Essäpfel Pfund 25 Pf.

Grosse Kochäpfel Pfund 25 Pf.

FRISCHES FLEISCH

Nicht am Kottbuser Damm

Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 80 Pf.	**Roastbeef** mit Knochen	Pfund 75 Pf.
Rinderfilet unausgeschält	Pfund 90 Pf.	**Kalbfleisch**	Pfund 75 Pf.
Rinderkamm	Pfund 70 Pf.	**Gulasch**	Pfund 65 Pf.
Querrippe	Pfund 65 Pf.	**Gehacktes**	Pfund 65 Pf.

Konserven

Karotten in Streifen	½ Dose	38 Pf.
Spinat	½ Dose	45 Pf.
Junge Schoten	½ Dose	60 Pf.
Gem. Gemüse mittelfein	½ Dose	85,
Gem. Gemüse fein	½ Dose	1.10
Wachsbohnen	½ Dose	50 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf	½ Dose	95
Bruchspargel mit Kopf	½ Dose	1.05
Stangenspargel	½ Dose	1.30, 1.45
Birnen weiss und rot	½ Dose	70 Pf.
Pflaumen	½ Dose	60 Pf.

Lebende Karpfen Pfund 80 Pf.

Lebende Hechte Pfund 88 Pf.

Lachs geräuchert in Scheiben ¼ Pfund 35 Pf.

Schinkenspeck Pfund 1.58

Räucherwaren

Kieler Bücklinge	3 Stück	20 Pf.
Fettbücklinge	Stück	5 Pf.
Makrelen-Bücklinge	2 Stück	25 Pf.
Sprotten	Pfund	45 Pf.
Sprotten	Kiste	48 Pf.

Salzheringe 3 Stück 20 Pf.

Grüne Heringe Pfund 12 Pf.

Kaffee frisch gebrannt ½ Pfd. Paket 60, 65, 70 Pf.

Wurstwaren

Teewurst	Pfund	1.60
Mettwurst (nach Braunschweiger Art)	Pfund	1.45
Feine Leberwurst	Pfund	1.25
Rot- od. Zwiebelwurst	Pfund	70 Pf.
Bauern-Mettwurst	Pfund	1.30
Rotwurst	Pfund	95 Pf.
Sülzwurst	Pfund	80 Pf.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkäuf.

Allgemein-Verschiedenes Trustfreie Cigarettenfabrik.

Manoli-Zigaretten Dandy 3 Pf — Jetzt auch mit und ohne Mundstück

BOSNIA CIGARETTEN — Etwas ganz Besonderes

MAL-KAH Company Berlin N. 20 Pankstr. 65.

Muratti-Cigaretten — Fordert nur KADDA-Cigaretten

Kressin — Raucht Herbstoli Cigaretten

Alkoholfr. Getränke

Franz Abraham Hamb. Messina-u. Römertrank-Kell. C. 25 Bartelstr. 8a, Fernsp. Kgst. 13703

Beleuchtungsgegenstände

Büttner, A., Danzigerstr. 96.

Bade-Anstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Bad Alt-Moabit 104 Liefr. aller Krank.-Kass.
Bad Landsberger Str. 107, Gollnowstr. 41, Liefer. sämtlich. Krankenk.
Bad Börse, Dirksenstr. 50.
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 35.
Diana-Bad Koppenstr. 93 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 8.
Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief all. Kassen
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Schiller-Bad, Müllerstr. 153a.
Silesia-Bad Schlesische Str. 31.

Bäcker- u. Konditoreien

Asmus, Wilh., Uckermünderstr. 11.
F. Breitkopf, Exerzierstr. 19a.
Waldemar Brose, Driesenerst. 3
Hermann Buß, Grünauerstr. 12.
Fritz Eichler, Bastianstr. 18.
Emanuel Flögel, Mirbachstr. 25.
Br. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
Rob. Gebler, Wildenbruchstr. 68.
O. Görb, Wiesenstr. 31, hr. u. grüne Ehe.
E. Großberndt, Wittstockerstr. 7.
A. Großkinsky, Boxhagenerst. 27.
Gust. Heintschel, Havelbergerstr. 26

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow Gegründet 1892.

Phänomen — Mona Lisa — Die neue 3 Pf Qualitäts-Cigarette

Otto Hoff, Chorinerstr. 13.
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 16.
R. Klinke, Weißenburgerstr., Lehderst. 120.

Bäcker- u. Conditoreien

R. Kleiner, Schulstr. 102
Max Kühl, Triftstr. 9
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
Carl Lindenberg, Lychenerstr. 4.
P. Müller, Willibald-Alexis-Str. 43.
G. Münch, Reinickendorf. Provinzstr. 111
Carl Neuendorff, Sickingerstr. 76
Gustav Nielson, Lindowerstr. 9
P. Nitschke, Cadinerstr. 4.
J. H. Pepp, Amendestr. 104, Reinickend.-Ost.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 26.
Osw. Rauhut, Gürtelstr. 27
Gust. Rautenberg, Metzerstr. 11
H. Saunus, Allensteiner Str. 26.
Emil Schaller, Schreinerstr. 52.
Paul Schmoll, Amsterdamerstr. 9.
Paul Schön, Kopenhagenerstr. 74.
Adolf Schulz, Florastr. 78 Pank.
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
E. Weber, Provinzst. 99, Reinickend.-O
Karl Weinholz, Kamerunerstr. 87.
Emil Werk, Samariterstr. 8.
Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 16
Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 85a
Paul Zastrow, Stromstr. 33.

Bandagen, Gummiwaren

R. Bouke, Stralauer Str. 56.
J. Kabelich, Rosenthalerstr. 25.
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166
H. Neusch, Breitest. 24, Spandau.
Nicolai Nf. Linienstr. 197.
M. Spranger, Reinickend. Str. 11.

Beerdigungsanst., Sargm. gz.

J. Liszczinski, Gerichtstr. 30.
H. Petermeier, Strelitzerstr. 8.

Butter, Eier, Käse

Concordia-Butterhandl. des Ostens
Bruno Freche 15 Detailgeschäfte
Gebr. Gause.
Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.
August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Hubertus, Butterhdlg. Straussberg
Herm. Kunert, Culmstr. 29
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
„Nordstern" „Mercur"
Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43
Gebr. Siegert Wiener Str. 65. Butter, Eier, Käse.
Uhly & Wolfram

Blumen und Kränze

M. Klinkow, Triftstr. 69

Bierbrauerei., Bierhdlg.

Brauerei Bötzow empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.
W. Adelung & A. Hoffmann Akt.-Brauer. Potsdam. Bg. Niederl. Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15 Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferst. 110 Spez. Potsd. Stangenbier
Berliner Bock-Brauerei empfiehlt anerkannt vorzügl. Biere
Osw. Berliner Ur-Berliner, hell und dunkel
Hempel, E., Müllerstr. 138 d.
Luisenbrauerei Weißensee.
Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.
C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.
Weissbier - Caramelbier Brauerei E. Willner Pankow.
Löwen-Brauerei vorzügliche Faß- und Flaschen-Biere.
Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg
Brauerei Pfefferberg.
Trinkt Wanninger Bier!
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.
Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 97 Tel. A. VII, 2634.

Drogen und Farben

Günthersstral.-Drog. Boddinstr. 31
W. Kleemann, Berg-Drogerie, Bergstr. 27
Werder-Drogerie, Britz, Rudowerst. 5a

Cigarrenfabriken

JUHL 250 GESCHÄFTE
G. Kaphun Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
Carl Martienzen Cigarren-Fabrik Filialen in allen Stadtteilen.
J. Neumann 200 Niederlagen.
Richter & Franke Filialen in all. Stadtteilen

Paul Reiß Friedrichstr. 138 und Filialen.

Cacao, Schokolad., Confitür.

SAROTTI Kakao und Schokolade preiswert beliebt in jedem Haushalt.
Seiffert, E., Filial. in Berlin und Vororten
Cyliax, G., Filialen i. all Stadtteilen.

Cigarrenhandlungen

Fanny Baumert, Lindowerst. 22
C. Kuhlemann, Turmstr. 47.
O. Kunze, Reinickendorfer St 14

Eisen, Stahlwaren, Waffen, Werkzeuge

Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.
Otto Belig Grüner Weg 49 Wrangelstr. 59.
G. Brucklacher, Oranienstraße 43
A. Elbertin, Ackerstr. 132.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Otto Lehmann, Neuk., Friedelst. 9.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Sensst.

Fleisch- u. Wurstwaren

W. Beck Inh.: Herm. Gerbsch Charlottenburg, Berlinerst. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik
C. Billerbeck, Charlottb., Kranzes St. 19
Franz Boruslak, Lübeckerstr. 26
Fr. Brauer, Neukölln, Walterstr. 55
Drost Wrangel 54 Brunnen 26 Frankfurter Allee 133.
Willy Dorfmann, Wienerstr. 62.
Bruno Dörr, Manteuffelstr. 39
Dresdn. Fleisch-Centr. Dresdenstr. 17.
Otto Elgner Gontardstr. 2 Eingang vom Flur.
A. Fahl, Nkiln., Liberdastr. 15
P. Fengler, Cöp., Flemmingstr. 33
E. Fensch, Allensteiner Str. 12.
Fleischerei, Frankfurter Allee 150
Willy Gerlicke, Petersburgerstr. 31
M. Grunwald, Kopenhagenerst. 68.
R. Holzhütter, Putbusserstr. 46.
Hubrich, Ramlerstr. 23.
Wilh. Kurz, Wrangelstr. 83
H. Leibnitz, Nkiln., Schönstedtst. 16
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Lugbke, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch- u. Wurstfabr.
Paul Matschke, Thaerstr. 17

G. A. Müller Neu-Isenburg — Frankfurt a. M Spezialität: Frankfurter Würstchen

A. Möbes Nchf. Fleischwaren u. Wurstfabrik Berlin N 24 Oranienburgerst. 4

K. Nerger, Nkiln., Friedelstr. 21
G. Pelz, Andreasstr. 77b.
Gustav Pfennig, Golzkowskyst. 12
Jos. Ritzke, Stralauer Allee 31a
G. Rohloff, Naunynstr. 8.
H. Rose, Traskwst. 11, Markthallenhof.
P. Schmatzhagen, Belfarter Str. 11
Otto Schneider, Rostockerstr. 30
Otto Schreiber Hohenfriedbergerstr. 1.
Paul Spenn, Kopenhagenerstr. 36
Gustav Stolz, Hussitenstr. 44.
E. Thurat, Reinickendorf, Schurzweberst. 34
F. Wendt, Simon Dachstr. 37.
P. Wunderlich, Bötzowstr. 38.
Paul Zwarg, Landsberg. Allee 136.

Haus- u. Küchengeräte

G. Geiger, Schleiferei, Müllerst. 7
Frz. Kamerowsky Reinickend. St. 6. Bill. Bezugsqu.

Essigfabriken

Glasgow & Schwabe Gitschiner Straße 63.
Timner-Essig überall erhältlich!

Fische, Conserven

Max Fisahn, Adalbertstr. 13.
Otto Bomske, Räucherw., Gr. Frankf. St. 132
P. Staehr, Fischhdlg., Räucherwar. Weidenweg 10 Fil. Frankfert. Allee 51/52

Herren- u. Knabengard.

J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 70 c

Hüte, Mützen, Pelzwar.

Kauft beim Hutmacher! Gebr. Boisse Müllerstraße 155.
A. Lemaitre, Wilmsdrf., Berlinerst. 132.
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46.
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19

Kaffee-Rösterei

A. Zuntz sel. Wwe. Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen Nur reelle Qualitäten

Anerkannt vorzügliche Bezugsquelle Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc. Hamburger Kaffee-Importgeschäft Emil Tengelmann

Kauthäuser

Paul Falkenstein Hochst. Str. 1 Rabattmark.

Kohlen, Koks, Holz, Briketts

H. Geike, Gneisenaustr. 1. E. Elbingerst.

Kolonialwaren

C. Böse, Provinzst. 109, Reinickend.-Ost
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.
Franz Möws, Muskauerstr. 34
O. Pötzsch, Schwedenstr. 18.
Franz Richter, Malplaquetstr. 25/26
Runge, Otto, Skilla, Hermannst 38.
A. Silkinat, Nilehdlg. Reinickend. St. 108
Erich Thiel, Weiße., Langhansstr. 139.

Kurz-, Wei.-, Woll-, Trikotag.

Hoppe, E., Schurzweberstr. 22.
Hermann Meyer, Schivelbeiner St. 21.

Mehlhandlungen

Bethke, Georg, Mustauerstraße 44 Neukölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Weserstr. 169, Friedelstr. 33, Treptow, Grätz-Straße 44.
Frese, Ernst 4 Geschäfte im SO.
Gaege, Otto Charlottenburg.
Ernst Hoffmann Kolonnenstr. 4. Brückenstr. 1.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.

Möbelmagazine

P. Bock, Klosterstr. 8/9, Spandau.
J. Kempel, Stephanstr. 33.

Molkereien

C. Braun, Eldenaerstr. 35
Wilhelm Freier, Bouchéstr. 80.
H. Friedrich, Straßburgerstr. 43a
F. Galle, Metzerstr. 38.
Rud. Kiesel, Mirbachstr. 66.
F. Lox, Belfortenstr. 2.
A. Siebert, Weißenburgerstr. 52.
„Schweizerhof", Meierei und Milchkuranstalt. Emdener Str. 46. n Tel. U 2565.
Wodrich, Putbusserstr. 35.

Mostrichfabrik

Glasgow & Schwabe Gitschiner Straße 63.
Tamborini Mostrich überall!

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Waschmasch.
Littauer Nähmasch., Spandau 5 Jahre Garantie, Teilzahlung Nähm.-Spz.-Gesch., Potsdamerstr. 10.
Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen.

Obst, Gemüse

Fritz Wolff, Naugarderstr. 45.

Optiker, Mechaniker

Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nkiln. Bergstr. 14
W. Zapletal, Frankfurter Allee 168

Photogr. Apparate

M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 3. auch Gelegenheitskf.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Photograph. Ateliers

R. Maerz, Badstrasse 65.
Rud. Obigt, N. Reinickendorferst. 2

Pianos

R. Vierling Kottbuserstr. 5 Kauf, Miete, Teilzahlg.

Roßschlächtereien

E. Weidlich, Steglitz, Lindenstr. 41.

Schreibwaren

O. Prochnow, Skilla Hermannstr. 60

Schuhw., Schuhmach.

K. Lück, Charl., Tauroggenstr. 44.
Petersohn. Osk., Müllerstr. 155.

Seifen

Schneewittchen-Bleichseifenpulver Alleinfabrikt.: Grubitz, Potsdam

Uhren u. Goldwaren

Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40

Versicherungen

„Deutschland" Berlin Arbeiterversicherung — Schützen-Sterbekasseneversicherg. straße 3

Wirtschaften, Etablissemts

L. Goethe, Schulstr., Ecke Maxstr.
A. Groll, Hennigsdorferstr. 10.
Hackepeter Schöneberg Hauptstr. 139.
Die erste selbstspiel. Doppelgelige Patzenhofer
J. Guggenberger, Rosenthalerstr. 54.
Riebeck-Ausschank Alexanderstr. 55 - Tägl. Konzert
O. Rohloff, Uferst. 1, Brauerei Königstadt
Original-Schultheiß-Ausschank Alexanderpl., Rich. Schloßnies.
Schultheiss - Ausschank Am Eingang Bahnhof Jannowitzbrücke

Zahnateliers

W. Best, Skalitzerstr. 62 E. Wrangelstr.
M. Dresler, Grätzstr. 70I, Treptow.

Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103 Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

Weine, Liköre, Fruchtläfte

E. Ballin & Co. Cognak-Brennerei Dampf-Likörfabrik Nur Qualitätsliköre.
Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen.
P. Kirchner & Co. Cognak-, Likörfabrik Kirchners Arnber.
Groß d. „Zur Sonne", P. Freudenberg.
Otto Albert Schulz Frankfurter Allee 156 Groß-Destillation, Ausschank.
Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Oswald Nier 20 Filialen und Weinstuben
Ignatz Sello Brunnenstr. 16 und Filialen Glas. Verk. a. Engr. Pr.
Underberg-Boonekamp Anerkannt bester Bitterlikör
Sprit- und Likörfabrik Ringfrei M. & W. Müller Buckowerstr. 78.

Britz

St. Serowka, Bäckerei, Rudowerst. 34a

Fredersdorf

Carl Schießer, Brot- und Feinbäcker.
Carl Tebel, Brot- u. Feinbäckerei

Königs-Wusterhausen

G. Hübscher, Chrs. Str. 4 w., Bäckerei 20
Kaufhaus Emil Bergmann

Mahlsdorf

Rud. Grunow, Bäckerei, Konditorei, Café, Bahnhofst. 31
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

Marienfelde

E. Tietz, Bäck., Gr.-Beerenst. 128.
H. Wagner, Königst. 11, Fleisch.-Warenw.

Neukölln

C. Kampfer, Bergst. 137, Uhr., Gldw.
Krause, Kais. Friedr. St. 79 Schweinesch.
Fr. Panneck, Bergst. 135, Lederw.
E. Schüler, Hertzbergpl. Passmanlerw.

Nieder-Schönhausen

O. Stiem, Schlächter., Kais. Wilh. Str. 74
K. Wilke, Schlächt., Lindenstr. 10.

Spandau

Karl Heinrich, Bäck., Schäferstr.
Scheuerlein, Brehest. 35, Fisch.-, Wrstw.

Tempelhof

J. Hohmann, Bäck., Friedr.-Wilh.-St. 37.

Weißensee

P. Jürgen, Kolonw. Berl. Allee 188.
Thüling's Drogerie Weißensee
Otto Obst, Fl. a. Warsiw. Elsastr. 70

Wilhelmsruh

Wendler & Reibenberg, Kolonw., Hauptst. 20

Zossen

Warenhaus S. Cohen.

Verantw. Redakt.: Alfred Wiesepp, Neukölln. Inseratenteil veranw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Handhabung der Zensur.

Ueber die Handhabung der Zensur unter dem Belagerungszustand herrscht selbst in konservativen Kreisen eine gewisse Unzufriedenheit, die in den Debatten in der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Da Blätter aller Parteirichtungen unter der Zensur zu leiden haben, hielt die Kommission es für erforderlich, hierzu Stellung zu nehmen.

Wie aus dem stenographischen Sitzungsprotokoll hervorgeht, hat der Berichterstatter der übereinstimmenden Ueberzeugung der Kommission dahin Ausdruck verliehen, daß es nötig sei, die Zensur in allen Teilen des Landes nach den gleichen Grundsätzen wahrzunehmen, sie hat deshalb der Regierung gegenüber die Erwartung ausgesprochen, daß in der Folge dafür Sorge getragen werde, daß in allen Kommandobezirken die Zensur völlig gleichmäßig gehandhabt wird. Es fehlte in der Kommission auch nicht an Stimmen, die der Meinung waren, daß die Einführung der Zensur für den ganzen Umfang des Staates durch den Kriegszustand nicht geboten gewesen sei, sondern daß man sich auf die Grenzprovinzen hätte beschränken und im übrigen volle Preßfreiheit hätte gewähren sollen. Nur in zwei Punkten ist nach Auffassung der Kommission im Interesse der Kriegführung die Zensur für den ganzen Umfang des Staates zu Recht eingeführt worden, nämlich mit Bezug auf die volle Wahrung der Bedürfnisse der Landesverteidigung und mit Bezug auf die volle Wahrung des inneren Friedens. Diese beiden Punkte bilden zugleich aber auch die Schranken; über deren Grenzen hinaus darf die Preßfreiheit nicht beschränkt werden. Von diesen Erwägungen ausgehend hat die Budgetkommission der Regierung gegenüber die Erwartung ausgesprochen, daß sie dafür sorgen werde, daß die Zensur fortan sich auf die volle Sicherung der Interessen der Landesverteidigung und die volle Wahrung des inneren Friedens beschränke. Man war ferner allgemein der Ansicht, daß es ein ungesunder Zustand ist, wenn die Zensur ungleichmäßig gehandhabt, wenn in dem einen Landesteile verboten wird, was in dem anderen gestattet ist. Sind doch sogar Fälle zu verzeichnen, wo selbst innerhalb eines Armeekommandobezirks in dem einen Ort gestattet ist, was in dem anderen verboten wurde.

Großen Unwillen erregte in der Kommission die völlige Unterdrückung jeder Erörterung positiver Friedensbedingungsvorschläge durch die Zensur. Man leitete daraus mit Recht die Befürchtung her, daß bis zum Friedensschluß das deutsche Volk der freien Meinungsäußerung über die Friedensbedingungen beraubt werden könne. Die Kommission protestierte gegen diese Mundtotmachung des Volkes und verlangte im Gegenteil, daß ihm Gelegenheit gegeben werden müsse, seinen Willen und seine Meinung über die Friedensbedingungen entscheidend in die Wagschale zu werfen. Das klingt recht verheißungsvoll und könnte auf den ersten Blick den Anschein erwecken, als ob plötzlich das preußische Abgeordnetenhaus sich zum Vorkämpfer für die freie Meinungsäußerung in Deutschland aufgeworfen hätte. Wenn man den Dingen auf den Grund geht, dann kommt man freilich zu einem anderen Urteil, dann erkennt man, daß es sich im wesentlichen nur darum handelt, der Propaganda für eine Annexionspolitik die Bahn zu ebnen.

Diese sonderbaren Vorkämpfer für Preßfreiheit behaupten nämlich, daß die Presse ungehindert durch die Zensur für schleunigen Frieden und gegen jede Landerwerbung eintreten dürfe, daß sie in diesem Sinne flau machen dürfe, daß man aber die gegenteilige Meinung nicht zu Worte kommen lasse und daß daraus im Auslande der Schluß gezogen werden könne, daß das, was „zweifellos nur die Ansicht einer verschwindenden Minorität" ist, die Auffassung des ganzen preußischen und deutschen Volkes sei. Den Beweis dafür, daß tatsächlich nur eine verschwindende Minorität des Volkes gegen eine Annexionspolitik ist, ist die Kommission schuldig geblieben, sie wird ihn auch schwerlich erbringen können. Wir, die wir die Volksstimmung kennen, sind entgegengesetzter Meinung. Die Mehrheit der Abgeordneten mag einen anderen Standpunkt einnehmen, aber hinter dieser Mehrheit steht dank dem Dreiklassenwahlsystem nur eine verschwindende Minderheit der Wähler.

Die Regierung ließ in der Kommission erklären, daß sie grundsätzlich das Recht des deutschen Volkes anerkenne, bei den Friedensbedingungen mitzusprechen, aber diese Meinungsäußerung solle erst bei Eintritt in die Friedensverhandlungen freigegeben werden. Dieser Zeitpunkt erschien der Kommission ein viel zu später. Soweit allerdings wollte man nicht gehen, daß man — wie es von sozialdemokratischer Seite verlangt wurde — jetzt bereits völlige Freiheit der Meinungsäußerung über die Friedensbedingungen gestattete, aber darin war die Kommission sich einig, daß die Freigabe so zeitig erfolgen müsse, daß die öffentliche Meinung bei den Friedensverhandlungen voll zur Geltung gelangen kann.

Diese Auffassung hat sich schließlich auch die Regierung zu eigen gemacht, sie wird also zu der ihr genehm erscheinenden Zeit die freie Meinungsäußerung gestatten. Wir haben alle Veranlassung, schon jetzt nachdrücklichst die Aufhebung der Zensur und die völlige Freigabe jeder Meinungsäußerung zu fordern. Die Regierung braucht nicht zu fürchten, daß dadurch Deutschland dem feindlichen Auslande gegenüber geschädigt wird. So viel Verantwortlichkeitsgefühl besitzt jeder Redakteur, namentlich jeder sozialdemokratische Redakteur, daß er nichts veröffentlicht, was eine solche Wirkung auslösen könnte.

Nicht um einzelne Mißbräuche und Verfehlungen der Zensur handelt es sich, sondern um das System, das zu beseitigen eines reifen Volkes und einer starken Regierung würdig wäre.

Paul Hirsch,
Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Politische Uebersicht.

Der Kultusetat in der Budgetkommission.

Die verstärkte Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses beriet am Freitag den Kultusetat. Wenn auch in diesem Jahre die üblichen grundsätzlichen Erörterungen unterblieben, so wenn die Debatten doch in mancher Hinsicht von Bedeutung. Wir heben daraus zunächst die Erklärung der Fortschrittlichen Volkspartei zum Fall Traub hervor:

„Der Evangelische Oberkirchenrat hat der Reinoldi-Gemeinde in Dortmund auf ihre Eingabe betr. Rehabilitierung des Herrn D. Traub eine Antwort erteilt, auf deren Inhalt ich nicht näher eingehe, deren Form und Tonart aber mit dem Geist unserer großen Zeit kaum in Einklang zu bringen ist. Meine politischen Freunde behalten sich vor, nach dem Kriege auf dieses bedauerliche Vorkommnis zurückzukommen."

Da die Fortschrittler sich so bescheiden erwiesen und der Minister eine Besprechung des Falles Traub im Plenum für dieses Jahr nicht zu fürchten braucht, so ist es verständlich, daß er die richtige Schlußfolgerung zog und den Fortschrittlern keine Antwort erteilte.

In der Debatte über die Entlassung von Schulkindern für gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke vertrat der Sozialdemokrat die Auffassung, daß soweit wie irgend möglich der Unterrichtsbetrieb nicht nur auf Universitäten und höheren Schulen, sondern auch auf Volksschulen aufrecht erhalten werden muß und daß Befreiungen vom Unterricht nur im äußersten Notfalle eintreten dürfen. Auf einen wesentlich anderen Standpunkt stellte sich ein Kommissionsmitglied, das die Anregung gab, die Dispensierung von Schülern und Schülerinnen zur Aushilfe in der Landwirtschaft möge erweitert werden, man möge den jüngsten Jahrgang vorläufig zu Hause lassen und den ältesten möglichst vom Unterricht befreien. Wieder von einer anderen Seite wurde dieser Vorschlag als bedenklich bezeichnet. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, der Kultusminister hat also freie Hand.

Eine Polendebatte riefen die wieder in den Etat eingestellten Ostmarkenzulagen und die staatlichen Aufwendungen zur Förderung des deutschen Unterrichts in den östlichen Landesteilen hervor. Der Pole, unterstützt von dem Sozialdemokraten und einigen anderen Kommissionsmitgliedern, beantragte die Streichung dieser Positionen, sein Antrag wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Auf allseitige Zustimmung stieß die Anregung des sozialdemokratischen Mitgliedes, auf weiteren Ausbau des Kinderhortwesens, das gerade jetzt in der Kriegszeit von besonderer Bedeutung sei. Weniger Glück hatte unser Genosse mit seiner Kritik des bekannten Ministerialerlasses, der sich gegen den Besuch höherer Lehranstalten seitens solcher Kinder richtet, deren Eltern Angehörige eines mit uns im Kriegszustand lebenden Staates sind. Der Erlaß hat bekanntlich in der Praxis zu großen Härten geführt; abgesehen davon muß seine Aufhebung aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen gefordert werden. Der Kultusminister will davon jedoch nichts wissen, er erklärte, daß er die Verfügung im allgemeinen aufrecht erhalte, da der ganze Unterricht „patriotisch" zugespitzt sei, daß sie aber im einzelnen so weitherzig wie möglich angewandt werden solle.

Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Industrie.

Die „Elbinger Zeitung" teilt mit: 50 kriegsgefangene Franzosen sind seit kurzem in der Maschinenfabrik von F. Komnick (Elbing) beschäftigt.

Zwangsweise Einführung der Jugendwehren?

In Mainz waren am 22. Februar die Leiter der rheinhessischen Jugendwehren zusammen. Der Führer des Mainzer Jungbataillons, Hauptmann van Endt, beklagte sich darüber, daß viele junge Leute kein Verständnis für den Wert der Jugendwehren hätten. Sonst würden sie sich freiwillig den Jugendwehren anschließen. Auch der Vorsitzende des Jungdeutschlandbundes in Hessen, Generalmajor von Heyl, war unzufrieden und sprach sich für die zwangsweise Einführung der Jugendwehren aus. Die gleiche Forderung erhob Professor Peters (Worms), und alle Diskussionsredner unterstützten diese Ansicht. Es sollen zur Erreichung dieses Zieles weitere Schritte getan werden.

Sparsames Umgehen mit dem Brot im Heere.

Die Heeresverwaltung läßt es sich angelegen sein, auf ein sparsames Umgehen mit dem Brot bei den Soldaten hinzuwirken. Der Tagessatz an Brot für die Truppen des Besatzungsheeres ist herabgesetzt worden. Auch soll jetzt in den Kasernen das Brot nach Bedarf in der Weise verausgabt werden, daß nicht jeder einzelne Mann ein ganzes Brot erhält, sondern indem die auf einer Stube zusammenliegenden Mannschaften gemeinschaftlich ein oder mehrere Brote empfangen; erst nachdem dieses Brot verzehrt ist, wird neues geliefert. Dadurch wird das Uebrigbleiben von Einzelresten vermieden, und es steht zu erwarten, daß dieses Verfahren, das auch in den Lazaretten eingeführt ist und sich dort bewährt hat, zu einer erheblichen Ersparnis an Brot führen wird.

Die in Bürgerquartieren mit Verpflegung untergebrachten Soldaten haben sich mit der Kost der Quartierwirte zu begnügen; an Brot erhalten sie demnach keinen größeren Satz, als jetzt allgemein für die Zivilbevölkerung vorgesehen ist.

Den Kriegsgefangenen wird nicht mehr Brot gewährt, wie der Zivilbevölkerung zusteht.

Der Verkauf von Brot in den Kantinen ist verboten worden.

Schweinepreise.

Als Anhalt zur Ermittelung der Uebernahmepreise für Schweine im Enteignungsfalle sind vom Bundesrat bekanntlich die Preise an den letzten beiden Hauptmarkttagen im Januar 1915 des Marktes des städtischen Viehhofes in Berlin bestimmt worden. Die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" weist nun darauf hin, daß an den genannten beiden letzten Hauptmarkttagen im Januar 1915 auf dem Berliner Viehmarkt für Schweine bis 100 Kilogramm Lebendgewicht (Klasse d) folgende Preise pro 100 Pfund notiert wurden: am 27. Januar Lebendgewicht 64—70, Schlachtgewicht 80—87 M.; am 30. Januar Lebendgewicht 64—70, Schlachtgewicht 80—88 M.

Diese Preise, die recht hoch sind, gelten nur für Zwangskäufe der Kommunen. Im freien Verkehr stellen sich die Verkaufspreise bekanntlich noch höher.

Hermes gestorben.

Wie die „Kreuz-Zeitung" meldet, ist ihr früherer Chefredakteur, Wirklicher Geheimer Oberregierungsrat und Ministerialdirektor a. D. Dr. Justus Hermes, Freitag früh im fast vollendeten 62. Lebensjahre plötzlich am Herzschlag verschieden.

Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren.

Berlin, 26. Februar. (W. T. B.) Der Bundesrat hat ein Verbot betreffend Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. erlassen, dessen Uebertretung mit Geldstrafen bis zu 1000 M. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten geahndet wird. Die wichtigste Bestimmung dieses Verbots hat folgenden Wortlaut:

Solange für ein Wertpapier, das an einer deutschen Börse zum Börsenhandel zugelassen ist, infolge des gegenwärtigen Krieges eine amtliche Feststellung des Börsenpreises nicht stattfindet, dürfen in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, zahlenmäßige Angaben darüber, welcher Preis für den Umsatz des Wertpapieres in Betracht kommt, insbesondere zahlenmäßige Angaben, die als Anhalt dafür dienen, zu welchem Preise das Wertpapier in letzter Zeit gehandelt worden ist, nicht gemacht werden. Dies gilt auch für zahlenmäßige Angaben über Veränderungen der Preise.

Ferner ist verboten, sich in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, zu Angaben der im Absatz 1 bezeichneten Art zu erbieten.

Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen.

Verboten sind danach nicht nur „öffentliche Bekanntmachungen", wie z. B. Mitteilungen in der Tages- und Fachpresse, Anschläge in den Schaufenstern und anderen jedermann zugänglichen Ankündigungen, sondern auch „Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind". Es fallen darunter alle an eine Mehrheit von Personen gerichteten Kundgebungen, wie z. B. Kurszettel, Prospekte, Berichte und Ankündigungen, die der Kundschaft zugesandt werden, Anschläge oder Auslagen in den der Kundschaft zugänglichen Geschäftsräumen. Dagegen werden Einzelmitteilungen, die im geschäftlichen Verkehr des Bankiers aus besonderer Veranlassung einem bestimmten Kunden gemacht werden, von dem Verbot nicht betroffen.

Gleichzeitig mit der Verkündung des Verbots hat der Reichskanzler folgende Ausnahme zugelassen:

Bekanntmachungen oder Mitteilungen über Kurse ausländischer Börsen für Wertpapiere, Geldsorten, Noten, Wechsel, Schecks und Auszahlungen sind bis auf weiteres zulässig.

Indianerunruhen.

London, 26. Februar. (W. T. B.) „Daily News" berichtet aus New York: Aus Denver wird gemeldet, daß in dem Indianer-Reservat an der Grenze des Staates Utah ernste Unruhen ausgebrochen sind. Mehrere Gefechte haben stattgefunden, in denen ein Weißer getötet worden ist. Die Stadt Bluff ist von den kriegerischen Indianern umzingelt; alle Verbindungen sind abgeschnitten. Man befürchtet ein Massaker; Truppen eilen zur Hilfe dorthin.

Die amerikanische Einwanderungsvorlage.

Kn. New York, 5. Februar 1915.

Der Präsident Wilson hat über die reaktionäre Mehrheit des Kongresses gesiegt. Wie schon gemeldet, hatte er in einer prächtigen Kundgebung sein Veto gegen die Einwanderungsvorlage eingelegt, nach deren Bestimmungen das Asylrecht abgeschafft und die Einwanderung von Analphabeten verboten worden wäre. Eine Zweidrittelmehrheit des Kongresses wäre notwendig gewesen, um die Vorlage über den Kopf des Präsidenten hinweg zum Gesetz zu erheben. Fast wäre es gelungen, eine solche Mehrheit zusammenzubringen; denn der Einspruch Wilsons wurde nur mit einer Mehrheit von fünf Stimmen aufrechterhalten.

Die knappe Mehrheit rührte von der fieberhaften Agitation her, die für die Vorlage betrieben wurde. Namentlich Herr Gompers, der Vorsitzende des amerikanischen Arbeitsbundes, machte sich in der Reihe der Reaktionäre bemerkbar. So gab er am Tage vor der Abstimmung eine Sonderausgabe seines Blattes heraus, in der er die Bill verteidigte. Den Ausschluß der Analphabeten bezeichnet er als „das praktischste, vorteilhafteste und geeignetste Mittel", um das „Ideal" der Befürworter der Einwanderungsbeschränkung zu erreichen. Er malte die Gefahr an die Wand, die den Vereinigten Staaten nach dem Krieg durch einen gewaltigen Zustrom schwacher und invalider Menschen entstehen könnte, verschweigt aber dabei, daß derartige Einwanderer schon nach den bestehenden Gesetzen ausgeschlossen werden können. Das Sonderbarste an dieser Sache ist, daß es Herr Gompers ist, der selbst ein Einwanderer ist, der sich so heftig für die Beschränkung der Einwanderung ins Zeug legen muß. Ein amerikanisches Blatt bemerkt dazu, daß es der Feder des großen Humoristen Dooly bedürfe, um diese Satire in den richtigen Farben auszumalen.

Der Kampf für die Vorlage wurde unter dem Deckmantel, die Qualität der Einwanderung zu heben, geführt. Von der Abschaffung des Asylrechts hörte man kein Sterbenswörtchen; und doch war gerade dies die einschneidendste Neuerung, wie der Präsident Wilson in seinem Einspruch hervorhob. Wie leicht kann Amerika wieder in die Lage kommen, den gehetzten Freiheitskämpfern Europas ein Unterkommen zu gewähren! Die Zeit ist leider in Europa noch nicht vorbei, in der die Besten der Völker vor dem Galgen und der Verfolgung der Tyrannen fliehen müssen. In Rußland hat die Verfolgung zurzeit sogar mit erneuter Kraft eingesetzt. Wohin sollen sich die Verfolgten wenden, wenn sie sich in den gewöhnlichen Zufluchtsstätten, deren Regierungen mit dem Zarismus verbündet sind, nicht mehr sicher fühlen können? Und nun sollte ihnen auch Amerika versperrt werden!

Auch die Bestimmung gegen die Analphabeten hätte in vielen Fällen wie eine Verweigerung des Asylrechts gewirkt. Denn unter den Einwanderern der letzten Jahre befanden sich sehr viele polnische und russische Juden, die die brutale Verfolgung der zaristischen Schergen aus der alten Heimat vertrieben. Nach den hier einlaufenden Berichten haben augenblicklich die Juden Polens und Litauens entsetzliche Leiden auszuhalten. Viele der Ueberlebenden werden zweifelsohne nach dem Kriege in Amerika Zuflucht suchen. Und nun wollte man diesen Unglücklichen, von denen viele des Schreibens und Lesens unkundig sind, die Pforten der großen Republik der religiös und politisch Verfolgten vor der Nase zuschlagen!

Die letzte Statistik über Einwanderung zeigt, daß von den seit 1899 eingewanderten 1 121 159 Juden 24,6 Proz. Analphabeten waren. Am zahlreichsten waren die Analphabeten unter den Portugiesen, es waren 63,4 Proz. Auffallend gering ist die Zahl der des Lesens und Schreibens unkundigen Chinesen; unter 28 221 Chinesen gab es nur 2352 oder 8,4 Proz. Analphabeten. Die wenigsten Analphabeten kamen von den nordwestlichen Teilen Europas. Von den deutschen Einwanderern (seit 1899: 866 209) waren 5,3 Proz., von den französischen (159 246) 7 Proz., von den böhmischen (111 066) 1,6 Proz., von den irischen (251 476) 2,5 Proz., von den skandinavischen (669 784) 0,6 Proz. und von den englischen (526 383) 1,1 Proz. Analphabeten. Die deutschen Ziffern werden wohl kaum stimmen, es sei denn, daß aus Deutschland

ein viel höherer Prozentsatz Analphabeten ausgewandert wäre wie zum Beispiel aus England. Vielleicht hat man zu den Deutschen viele Osteuropäer gezählt. Man kann nämlich im Auslande sehr häufig die Beobachtung machen, daß sich Personen aus Osteuropa, die auf ihrer Wanderung zuerst nach Deutschland kommen und dort die Sprache lernen, einfach als Deutsche bezeichnen, wenn sie weiter nach Westen rücken. Namentlich Arbeiter bedienen sich dieser kleinen Kriegslist; denn die Fähigkeiten des deutschen Arbeiters werden überall geschätzt.

Mit dem Siege des Präsidenten ist die Gefahr, die von der Einwanderungsvorlage drohte, jedoch noch nicht beseitigt. Die Befürworter der Vorlage sind sehr beharrlich. Sie haben schon angekündigt, die Vorlage in der nächsten Session wieder einzubringen.

Erwiderung.

Der Artikel des „Vorwärts" in seiner Nr. 54: **Ein Bericht über die Lage in Rußland**, nötigt mich, folgendes zu erwidern:

Die beiden russischen Delegierten, die in diesem Artikel sprechen, wenden sich gegen meinen Aufsatz in der „**Metallarbeiter-Zeitung**": **Russische Arbeiter vor und beim Kriegsausbruch**, der persönliche Erlebnisse zur Zeit des Kriegsbeginns in Petersburg, harte **Tatsachen** enthält. Sie bestreiten, daß damals unter der Petersburger Arbeiterschaft patriotische Stimmung geherrscht habe, die Demonstrationen seien vom Pöbel gemacht worden. Das ist in dieser Allgemeinheit unrichtig. **Anfänglich** bildete diese Menschensorte sicherlich die kriegschreienden Haufen, dann aber kamen auch Arbeiter hinzu, was in meinem Aufsatz in der „M.-Ztg." ja auch gesagt ist:

„Anfänglich bestand, wie ich mich allabendlich überzeugen konnte, der Kern des nach Krieg schreienden Haufens aus Studenten, Kaufleuten und dergleichen, die Schale aus Ballonmützen, Popen und Gassenjugend. Doch das änderte sich schnell. . . . Am Abend des 29. Juli marschierten Arbeiterhaufen, die nach ihrer Kleidung zu urteilen, zur gutbezahlten Fabrikarbeiterschaft gehörten . . . nach dem Newski, wo sie sich dem vor der Redaktion der „Wetschernieje Wremja" harrenden Menschenhaufen anschlossen und nach der Kasanschen Kathedrale zogen."

Die Wahrheit des letzten Satzes bestreiten nun die beiden russischen Delegierten; sie nehmen zu meiner Entschuldigung an, „Kummer war wahrscheinlich, wie es Ausländern bei kurzem Aufenthalt in einem fremden Lande leicht passiert, nicht imstande, den schlechtangezogenen Pöbel . . . von den industriellen Arbeitern zu unterscheiden, die im großen ganzen kriegsfeindlich waren."

Ich darf diese auf Kosten meines Unterscheidungsvermögens gemachte Erklärung schon deswegen nicht gelten lassen, weil es äußerst bedenklich für meine Petersburger Klassengenossen wäre, wenn „ein kurzer Aufenthalt" von drei Monaten ein zwölfwöchiges Betrachten der Arbeiter in ihren Vierteln, an den Fabriken, beim Generalstreik nicht genügte, sie von dem „schlecht angezogenen Pöbel" zu unterscheiden.

Die beiden russischen Delegierten behaupten dann in dem „Vorwärts"-artikel, die sozialdemokratischen Arbeiter „versuchten auf eigene Faust gegen die patriotischen Demonstrationen . . . . Gegendemonstrationen zu organisieren". Ein solcher Versuch, der damals, als die mordspatriotische Bestie durch die russischen Gassen heulte, außergewöhnlichen Mut heischte, ist über alle Maßen erfreulich; freilich, noch erfreulicher wäre es für uns deutsche Genossen und Landsleute, die wir in der Menschenfalle Petersburg steckten, gewesen, wenn wir damals schon etwas davon gehört, gemerkt hätten. Wir ersehnten sie inbrünstig, wir erwarteten sie sicher; ich hätte gerne daran teilgenommen und über sie berichtet. Aber es ist leicht möglich, daß in einer solchen Großstadt eine Anzahl Leute, auch wenn sie ständig auf den Beinen sind, kriegsfeindliche Demonstrationen übersehen.

Die beiden russischen Delegierten berichtigen die von mir behauptete **Verfolgung deutscher Arbeiter** durch ihre russischen Klassengenossen dahin, es seien dies keine Arbeiter, sondern **Meister** gewesen. Dagegen will ich nichts einwenden, da es wohl möglich ist, daß in Rußland die Leute, die neben den paar Meistern und Technikern über ihre durch russische Arbeiter geforderte Entlassung klagten, unter den Begriff „Meister" fallen; denn es waren, wie ihre Antwort auf meine Fragen nach ihrem Lohn- und Arbeitsverhältnis erraten ließ, hochqualifizierte, gutbezahlte Handwerker. Aber gegen die Behauptung der beiden russischen Delegierten muß ich mich wenden, daß die Entlassung dieser Meister verlangt worden sei, weil sie zur Zeit der Revolution gemeine Handlungen gegen ihre russischen Kollegen verübt hätten. Fast alle die Deutschen, auf deren Aussagen ich meine Darlegung in der „Metallarbeiter-Zeitung" stützte, waren **zur Zeit der Revolution noch gar nicht in Rußland**. Damit soll jedoch nicht bestritten sein, daß nicht irgendwo die Entlassung deutscher Meister oder dergleichen wegen ihrer Missetaten zur Zeit der Revolution beim Kriegsausbruch von den russischen Arbeitern gefordert und durchgesetzt worden wäre. Allein, sehr wahrscheinlich ist dies nicht. Denn selbst bei der „breiten russischen Natur" ist nicht leicht anzunehmen, daß sie einen tiefen Grimm gegen Meister und Kollegen ein Jahrzehnt bewahrt und ihn dann noch in Taten umsetzt. „Jedenfalls", behaupten die beiden russischen Delegierten weiter, „handelte es sich hier nicht um den Nationalhaß, sondern um die Austragung eines sozialen Konfliktes". Soll damit die Verfolgung der Deutschen in ein milderes Licht gesetzt werden? Ein Trost kann es für die Betroffenen, worunter sich deutsche (und österreichische) Genossen befinden, doch sicherlich auch nicht sein, wenn sie vernehmen, daß ihr Hinauswurf aus Arbeit und Brot nicht auf „Nationalhaß, sondern auf die Austragung eines sozialen Konfliktes" zurückzuführen sei.

Es läßt sich schließlich erklären, daß die russischen Arbeiter den mit ihnen angestellten Deutschen nicht grün sind, denn nicht selten sind sie Meister oder Vorarbeiter, die andern nehmen nachgerade immer die hochbezahlten Plätze ein; dann betätigen sie die in der deutschen Ordnung gewordenen Eigenschaften, die der russischen Natur nun einmal nicht zusagen. Dessenungeachtet hielt und halte ich die Verfolgung der deutschen Meister usw. besonders in dieser Kriegszeit für höchst bedauerlich; ihre Wirkung werden wir noch zu spüren bekommen. Um einer **Wiederholung vorzubeugen**, als **stille Warnung**, habe ich diese **unbestreitbaren Tatsachen** damals veröffentlicht.

Fritz Kummer.

*

Zu dieser Erwiderung des Genossen **Kummer** wird uns von einem Kenner russischer Verhältnisse geschrieben:

Die Erläuterungen des Genossen Kummer zu den gegen die Petersburger Arbeiterschaft erhobenen Anschuldigungen scheinen uns nicht stichhaltig. Gegenüber der kategorischen Erklärung der Delegierten der Petersburger Arbeiter, daß die industriellen Arbeiter „**im großen und ganzen kriegsfeindlich**" waren, und daß Genosse Kummer wahrscheinlich den von der Polizei zusammengetriebenen „schlechtangezogenen Pöbel" von den industriellen Arbeitern nicht zu unterscheiden vermochte, sucht er sich damit herauszureden, „es wäre äußerst bedenklich für meine Petersburger Klassengenossen, wenn ein „kurzer Aufenthalt von drei Monaten . . . nicht genügte, sie von dem „schlechtangezogenen Pöbel" zu unterscheiden". Daß dieser Satz sehr überzeugend ist, glaubt Genosse Kummer wohl selber nicht. Für den Kenner der russischen Verhältnisse jedoch fügt er sich harmonisch in die ganze Betrachtungsart des Genossen Kummer ein, der zwar Anspruch erhebt, daß seine Schilderungen ernst genommen werden, der aber in seinem Artikel in der „Metallarbeiterzeitung" selber naiv eingesteht, er habe andere und sich vergeblich gefragt, was der eigentliche Zweck und das Ziel des Generalstreiks in Petersburg (im Juli vorigen Jahres) war, und der der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung so fern stand, daß er beispielsweise nicht wußte — was jedem organisierten Arbeiter bekannt war — daß die beiden sozialdemokratischen Arbeiterzeitungen bei Beginn des Generalstreiks von der Polizei unterdrückt wurden. „Die zwei kleinen Blättchen — schreibt er wegwerfend — die vor dem Ausstand schließlich noch zu bekommen waren, hatte der **Geldmangel oder die Polizei** unterdrückt."

Was die angebliche Verfolgung der deutschen **Arbeiter** durch ihre russischen Klassengenossen betrifft, so steht die „Beweisführung" des Genossen Kummer auf ebenso schwachen Füßen. Er hatte in seinem Artikel geschrieben: „**Von ihren Klassengenossen**, von denen sie in den Tagen der Trübsal wohl Beistand erwarten durften, **empfingen sie Flüche und Schimmeres.**" Worauf stützte sich diese wahrhaft ungeheuerliche Anschuldigung? Erstens auf Mitteilungen der **bürgerlichen** Presse (die naturgemäß ein Interesse hatte, den Nationalhaß anzustacheln und vereinzelte Fälle zu verallgemeinern), zweitens auf Erzählungen deutscher und österreichischer Arbeiter und Angestellten aus Petersburg, Moskau, Riga usw. auf der amerikanischen Botschaft. Sie wären, so berichtet Kummer, von **Unternehmern selbst oder auf Verlangen ihrer Kollegen** stehenden Fußes entlassen worden. Abgesehen davon, daß diese Darstellung keineswegs dazu berechtigt, der russischen **Arbeiterschaft** die Verantwortung für diese an sich höchst bedauerlichen Vorgänge aufzubürden, geht aus dem oben angeführten Schreiben des Genossen Kummer nicht hervor, inwiefern die auf Grund einer **Untersuchung** abgegebene Erklärung der beiden Petersburger Delegierten, daß die Arbeiter lediglich in einigen Fabriken die Entfernung der besonders verhaßten **Meister** gefordert hätten, nicht sehr wahrscheinlich sei. Richtig ist allerdings, daß es für die Betroffenen kein Trost ist, daß ihre Entlassung nicht auf den Nationalhaß, sondern auf einen sozialen Konflikt zurückzuführen ist. Für uns Außenstehende jedoch, für die deutsche Arbeiterklasse, ist es nicht unwesentlich zu erfahren, welche sozialen Ursachen zu den vereinzelten Ausschreitungen russischer Arbeiter gegen deutsche Angestellte geführt haben. Denn ebenso wie die Verallgemeinerungen und Uebertreibungen, wie sie beispielsweise in dem Artikel Kummers zum Durchbruch kommen, lediglich die Beziehungen zwischen der deutschen und der russischen Arbeiterklasse **zu vergiften** geeignet sind, müssen die auf die Aufklärung der **in Frage kommenden** Vorfälle gerichteten Bemühungen unserer russischen Parteigenossen, **die vom ersten Augenblick an gegen die Deutschenverfolgungen Stellung nahmen** und ihren deutschen Arbeitskollegen mit Rat und Tat beistanden, das Ihrige beitragen, das Band der internationalen Brüderlichkeit zwischen der Arbeiterklasse aller Länder wieder fester zu knüpfen.

Aus der Partei.

Angriffe auf den „Vorwärts". Seit einiger Zeit macht sich in einigen Parteikreisen eine gewisse Hetze gegen den „Vorwärts" bemerkbar: der „Vorwärts" habe seine Pflicht als Zentralorgan nicht erfüllt, da er nicht den Standpunkt der Fraktionsmehrheit vertreten habe. Neuerdings hat sich die „Chemnitzer Volksstimme" dieser Frage mit besonderem Eifer angenommen, gewiß weil sie wegen der konsequenten Wahrung der sozialdemokratischen Grundsätze im Frieden wie im Kriege sich besonders dazu berufen glaubt. Sie veröffentlicht neuerdings wieder eine Zuschrift, worin der schlechte Einfluß des „Vorwärts" auf Berlin und auf das Ausland beklagt wird. Der „Vorwärts" werde draußen allein beachtet, und das Bild, das man sich nach dem „Vorwärts" von der deutschen Sozialdemokratie mache, entspräche nicht der Wahrheit.

„Niemals hätte die verhängnisvolle Täuschung des sozialistischen Auslandes über die Bedeutung der Liebknechtschen Schwarmgeisterei so vollkommen sein können, wie sie ist, wenn das „Zentralorgan" mit den Mehrheiten der Reichstagsfraktion, des Parteiausschusses und der Parteiblätter einig und tätig gewesen wäre. Aber weil es, mildest ausgedrückt, **lässig** war, konnten jene irrigen Anschauungen aufkommen, konnten sich bei uns einige Konventikel in Groß-Berlin auftun und, wie schon so oft in früheren Tagen, unter der schlecht informierten Schar der Nur-Vorwärtsleser ihre Anhänger werben. Bei der Eigenart des Berliner Parteilebens haben es dann diese kleinen Scharen in der Hand, den Willensausdruck **der** Berliner Parteigenossenschaft zu formulieren, Delegierte wählen und sie auf bestimmte Beschlüsse festlegen zu lassen. Daß Berlin in **allen** Parteidiskussionen während mehr als eines Jahrzehnts auf der **reaktionären** (fälschlich „radikal" genannten) Seite lag und sich erst in neuerer Zeit dank **der rührigen Tätigkeit einer Handvoll tüchtiger und verständiger Männer** ein wenig von der **platten demagogischen Phrase losgemacht** hat, ist im wesentlichen der Unzulänglichkeit des örtlichen Parteiorgans zuzuschreiben."

Das Urteil über die Berliner Parteigenossen brauchen wir wohl nur bekanntzugeben, ohne es kritisieren zu müssen.

Was aber das Ausland anlangt, haben wir die Ueberzeugung, daß wir durch unsere Haltung sowohl der deutschen Partei und dem deutschen Volke als auch der Internationale einen guten und nützlichen Dienst erwiesen haben. Nichts hat mehr die Feindschaft des Auslandes angefacht (nicht nur des feindlichen, sondern auch des neutralen) nichts hat mehr dazu beigetragen, den Krieg draußen zu einem populären zu machen, als gewisse überhitzte nationalistische Ausschreitungen in der deutschen Presse, von denen sich auch einige sozialdemokratische Organe, und von diesen vor allem das Chemnitzer, nicht freizuhalten wußten. Darüber hat ja Genosse Ed. **Bernstein** bereits in ausgezeichneter Weise das nötigste gesagt und in jüngster Zeit hat das Genosse **Eisner** an einem konkreten Beispiel ausgezeichnet nachgewiesen. Indem der „Vorwärts" sich dessen enthalten hat, hat er nicht nur seine sozialistische Pflicht erfüllt, sondern auch, was an ihm lag, verhütet, daß der Haß gegen Deutschland noch vermehrt werde.

Im übrigen enthält die Zuschrift noch ein sehr wegwerfendes Urteil über die Fähigkeit der „Vorwärts"-Redaktion. Das ist nichts Neues und wir sind die letzten, die bestreiten wollten, daß an der Ausgestaltung des Blattes nicht noch manches zu bessern wäre. Aber wir wissen auch, daß die Klage über die Unfähigkeit regelmäßig erhoben wird, wenn die Richtung wieder mal nicht paßt. Aber über die Richtung und über die Stellung des Zentralorgans überhaupt werden die hitzigen Angreifer trotz aller Ungeduld die Diskussion schon vertagen müssen, bis wieder volle Freiheit der Aussprache gegeben ist. Denn für Streiche à la Stuttgart ist in Berlin keine Möglichkeit und, wie wir glauben, auch nirgends Neigung.

Auf die gestrige Erklärung der Genossen Bansmer, Loosch und Kamke erhalten wir vom Genossen **Franz Scheffel** eine Erwiderung, in der behauptet wird, daß Genosse **Liebknecht** in der betreffenden Versammlung von Schmutzblättern der Generalkommission gesprochen habe.

Dieser Behauptung steht die einhellige Erklärung der drei obengenannten Genossen gegenüber, die in der fraglichen Versammlung das Bureau bildeten. Betonen möchten wir noch, daß Genosse Liebknecht, der in dieser Angelegenheit jetzt nicht zu Worte kommen kann, bereits an anderer Stelle die Anschuldigung, er habe eine solche Aeußerung getan, zurückgewiesen hat.

Wir halten damit die Angelegenheit für erledigt.

Gültige Gemeindevertreterwahl.

Nach heftigen Kämpfen eroberten unsere Genossen im März 1913 in dem bei Danzig gelegenen großen Dorfe Obra weitere zwei Sitze in der Gemeindevertretung mit erheblicher Mehrheit. Die Wahl wurde jedoch für ungültig erklärt, weil angeblich die Wählerliste, die vorschriftsmäßig ausgelegen hatte, ungenügend gewesen sein sollte. Neuerdings hat die Gemeindevertretung die Wahl der Genossen Brill und Ortscheid für gültig erklärt.

Die „Humanité" im Kriege.

Zum erstenmal seit dem Beginn des Krieges veröffentlicht die „Humanité" am 15. d. M. wieder eine Aufstellung über ihre Verbreitung. Sie umfaßt nur das Seine-Departement. Man muß wohl annehmen, daß der Verlust in der Provinz groß gewesen ist, da gerade die großindustriellen Departements okkupiert oder Kriegsschauplatz sind. Indes ist für die finanzielle Situation die Provinzauflage, an der kein Gewinn erzielt wird, nicht von Bedeutung.

Das Jahr 1914 hatte infolge der Vergrößerung des Blattes einen außerordentlichen Aufschwung gezeigt. Von 46 328 im Januar stieg der Absatz auf 66 575 im Juni. Im Juli betrug er — wohl infolge der beginnenden Ferienzeit — 64 174. Dann begann der mit Einberufung der Reservejahrgänge rasch fortschreitende Abfall bis auf 24 915 im Dezember. Mitgespielt hat natürlich auch die Verkleinerung des Blattes auf 2 Seiten — und zweifellos der Tod **Jaurès**, dessen Leitartikel dem Blatt eine Leserschaft weit über den Kreis der sozialistischen Arbeiterschaft hinaus gesichert hatten. Jetzt erscheint die „Humanité" wieder vierseitig und die Auflage hat sich im Januar wieder auf 27 900 gehoben.

Die Redaktion gibt zu, daß bei dem Verlust auch der Umstand mitgespielt habe, daß das Blatt den in Frankreich politisch noch wenig erzogenen Frauen zu wenig biete. Vielleicht noch stärker dürfte sich aber die Tatsache geltend gemacht haben, daß der Franzose im allgemeinen sein Blatt nicht abonniert, sondern einzeln kauft, so daß sich die Gewöhnung an eine bestimmte Zeitung in der Familie seltener einstellt.

Die sozialistische Bewegung in Griechenland.

Aus Athen kommt die Nachricht, daß seit kurzem dort ein neues sozialistisches Wochenblatt „Socialismos" erscheint. Das Blatt wie auch die Partei, welche ebenfalls jüngeren Datums ist, stehen in scharfem Gegensatz zu der gemäßigteren Arbeiterpartei, als deren Führer der ehemalige Abgeordnete Drakoulès auch im Auslande bekannt ist. Diese Partei hat ebenfalls ein Wochenblatt („Erevna"). Die neue Partei verfügt über eine gute Organisation besonders in der Hafen- und Tabakindustriestadt Saloniki. Auch die dortigen recht zahlreichen Gewerkschaften sind ihr angeschlossen.

Parteiliteratur.

Heft 21 der „Neuen Zeit" vom 26. Februar hat folgenden Inhalt: Dem Andenken Dimitrij Tschovits. Von J. Topalovits. — Der englische Handelskrieg. Von Anton Hofrichter. — Die Situation in der Metallindustrie während des Krieges. Von Adolf Cohen. — Kriegsgeschichtliche Streifzüge. (XII.) Von Fr. Mehring. — Die Volksernährung im Kriege. Von Emanuel Wurm.

Gewerkschaftliches.

Ein Versuch am untauglichen Objekt.

Unter den Schwierigkeiten, die den Gewerkschaften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in den Weg gelegt wurden, spielte neben dem § 153 der Gewerbeordnung in der letzten Zeit vor dem Kriege auch die **Entschädigungsklage** eine immer größere Rolle. Der „Arbeitswillige", der sich „terrorisiert" fühlte, machte gegen die Organisation oder deren Vertreter eine Entschädigungsklage anhängig, und nicht selten erzielte er den Erfolg, daß ihm für die Zeit, in der er nicht arbeitete, eine größere Summe gezahlt werden mußte. Von diesem Fortschritt in der Rechtsprechung wollte auch der **Tischler Georg N. in Leipzig** profitieren. Er war unter Umgehung der vertraglichen Arbeitsvermittelung in Arbeit getreten. Der Vertrauensmann des Verbandes im Betrieb stellte ihn wegen seiner Organisationszugehörigkeit zur Rede und empfahl ihm schließlich, auf dem Bureau des Verbandes den Nachweisschein zu holen, der auch Unorganisierten dort anstandslos ausgefertigt wird. N., der sich als „Syndikalist" bezeichnet, lehnte aber grundsätzlich ab, sich in die zwischen den beiderseitigen Organisationen vereinbarte Ordnung zu schicken. Da die Arbeiter des Betriebes mit ihm deswegen nicht zusammen arbeiten wollten, wovon der **Vertrauensmann** N. dem Werkführer Mitteilung machte, wurde N. noch am gleichen Tage entlassen.

Er reichte eine Denunziation gegen A. ein und erreichte auch, daß dieser wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu 6 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Um aus der Affäre auch einen materiellen Gewinn zu ziehen, strengte er eine **Klage gegen den Deutschen Holzarbeiterverband** an auf Zahlung von 265,20 M. **Schadenersatz**, weil er angeblich nach jenem Vorfall 8½ Wochen lang keine Arbeit gefunden habe. Diese Klage suchte er mit der Behauptung zu stützen, der Vorstand des Verbandes habe eine generelle Anweisung herausgegeben, nach welcher die Verbandsmitglieder durch Weigerung des Zusammenarbeitens mit Unorganisierten deren Entlassung herbeiführen sollen. Da für diese unsinnige Behauptung auch nicht die Spur eines Beweises zu erbringen war, wurde N. vom Amtsgericht in Leipzig **abgewiesen**.

Nun strengte er eine **Klage** gegen den **Vertrauensmann** A. an, der ihm die gewünschten 265,20 M. zahlen sollte. Das Amtsgericht erklärte auch diesen Anspruch für berechtigt. Durch die Verurteilung des A. wegen Vergehens gegen § 153 R.G.O. sei erwiesen, daß er den N. zum Eintritt in den Verband habe bewegen wollen. Er habe sich des Werkführers als Mittel bedient, einen Druck auf N. auszuüben. Durch die Ankündigung der Entlassung durch den Werkführer habe N. noch bewogen werden sollen, dem Verband beizutreten. Also habe A. seinen Zweck durch eine Drohung erreichen wollen, und deshalb ist er dem N. nach § 823 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zum Ersatz des Schadens verpflichtet.

Ganz anders wurde die Angelegenheit vom **Landgericht Leipzig** beurteilt, das als Berufungsinstanz zu entscheiden hatte. Es erklärte, daß wenn A. auch wegen Vergehens gegen § 153 R.G.O. verurteilt ist, dieses Vergehen doch nicht die Ursache des von N. geltend gemachten Schadens ist. Die Entlassung ist zwar unter einem vom Beklagten gewollt ausgeübten Druck erfolgt, aber eines Vergehens gegen § 240 R.St.G. (Nötigung) hat sich A. hierbei nicht schuldig gemacht. Der Beklagte kann auch nicht wegen widerrechtlicher Verletzung eines sonstigen Rechtes nach § 823 Abs. 1 B.G.B. oder wegen Schadenzufügung in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise nach § 226 B.G.B. dem Kläger haftbar gemacht werden.

„da," so heißt es wörtlich im Urteil, „mit dem höchsten Gerichtshofe (zu vergleichen RG Band 51, Seite 367 ff. und Band 64,

Seite 61) dahin auszugehen ist, daß Streik und Boykott — und nur damit hat der Beklagte gedroht — an sich keine unerlaubten Mittel im wirtschaftlichen Kampfe sind, und der Zweck, den der Beklagte bei seiner Handlungsweise verfolgte, nämlich den Kläger in das Lager des Holzarbeiterverbandes herüberzuziehen, ebenfalls nicht als sittenwidrig angesprochen werden kann. Bezüglich der Anwendbarkeit des § 823 Abs. 1 des BGB ist noch hervorzuheben, daß die Befugnis zu ungehinderter Verwertung der Arbeitskraft kein sonstiges Recht im Sinne dieser Gesetzesstelle ist, zu vergl. RG Band 58, Seite 29."

Auf Grund dieser Erwägungen wurde der Kläger mit seiner Schadenersatzforderung abgewiesen und zur Zahlung der Kosten beider Instanzen verurteilt. — Diese Entscheidung wird hoffentlich etwas dämpfend auf den Eifer solcher Leute wirken, die sich auf dem Wege der Entschädigungsklage gegen eine Gewerkschaft Vorteile zu verschaffen suchen.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Drahtarbeiter haben unter der Kriegswirkung ganz besonders gelitten. Abgesehen davon, daß ein erheblicher Teil der in der Branche Beschäftigten zum Heeresdienst einberufen wurden, haben von den Zurückgebliebenen in der Branche nur noch sehr wenige Arbeit. Wenn die Zahl der Arbeitslosen dennoch eine verschwindend geringe ist, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß die meisten in der Kriegsindustrie Unterkommen gesucht und gefunden haben. Eine Zeit schien es so, als sollten die Drahtarbeiter in der Anfertigung von Verbandschienen einen Ersatz für den sonstigen Ausfall an Aufträgen bekommen. Jetzt werden diese Arbeiten im Erzgebirge von ganz billig entlohnten Kräften hergestellt. Vom Metallarbeiter-Verband angestellte Ermittelungen haben ergeben, daß von 26 Berliner Betrieben über die Hälfte überhaupt keine Drahtarbeiter beschäftigen und in den anderen sind nur noch vereinzelte tätig.

Tarifbewegung der Stellmacher.

Die in den Wagen- und Karosseriefabriken beschäftigten Arbeiter halten im Jahre 1912 einen Tarifvertrag mit einer Anzahl Firmen abgeschlossen, der am 31. März d. Js. abläuft. Der Tarif ist von den Arbeitern gekündigt worden. Die Stellmacher beschäftigten sich in einer Branchenversammlung mit dem von der Tarifkommission ausgearbeiteten Entwurf, der sich im wesentlichen auf dem alten Vertrag aufbaut. Die Hauptforderungen sind: Aufbesserung der Löhne, Ausbau des Arbeitsnachweises und Errichtung einer Schlichtungskommission. Zurzeit bestehen nur Fabrikausschüsse.

In der Diskussion wurde verlangt, daß man hauptsächlich die Anfangslöhne bei der Aufbesserung berücksichtigen möge. Die Arbeiter wechselten sehr oft die Arbeitsstätten und kämen demnach meistens nicht zur Nutznießung der höheren Löhne.

Weiter einigte sich die Versammlung dahin, daß die Bezeichnung „selbständige Arbeiter" nicht mehr in den Tarif aufgenommen werden soll, an deren Stelle sei zu setzen: „Kastenmacher, Einbauer und Helfer", eine Gliederung, die auch früher schon üblich war. Für Kastenmacher werden 85, für Einbauer 80 und für Helfer 75 Pf. pro Stunde als Mindestlohn festgesetzt. Bezüglich der Abschlagszahlungen bei Akkordarbeiten soll eine andere Regelung als bisher erfolgen. Die bestehenden Löhne, soweit sie 85 Pf. nicht erreichen, sollen um 5 Pf., die Akkordlöhne um 5 Proz. erhöht werden.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Holzindustrie soll von den Stellmachern auch weiterhin in Anspruch genommen werden.

Das Ortstarifamt für das **Malergewerbe Groß-Berlins** hat auf Antrag der Parteien nachstehenden Beschluß gefaßt:

1. Der Beschluß des Ortstarifamts vom 5. September 1914 betreffend Verkürzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden usw. für die Dauer des Krieges wird hiermit auf Antrag der Parteien mit Ablauf Februar 1915 aufgehoben. Der Reichstarifvertrag tritt somit am 1. März 1915 in allen Punkten wieder in Kraft.

2. Um Arbeiter-Entlassungen aus Anlaß dieses Beschlusses vorzubeugen, können Betriebe, in denen zurzeit ungünstige Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, im Einverständnis der dort beschäftigten Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit vorläufig beibehalten, jedoch ist dieses dann dem Ortstarifamt zu melden.

3. Es wird in Erinnerung gebracht, daß laut Reichstarifvertrag vom 1. März 1915 ab sich die Stundenlöhne um 2 Pf. erhöhen.

Deutsches Reich.

Ueber die Bewegung der deutschen Seeleute im New Yorker Hafen, welche sich gegen die Heuer-Reduzierung durch die Hamburg-Amerika-Linie und den Norddeutschen Lloyd richtete, erhält der „Vorwärts" aus New York die folgenden Mitteilungen:

Schon am 5. August machten die genannten Gesellschaften den Versuch, Lohnkürzungen vorzunehmen resp. die ganze Mannschaft zu entlassen. Sie stießen dabei aber auf den Widerspruch der Konsulatsbehörde. Am 4. September kündigte dann die Hamburg-Amerika-Linie an, daß sie die Gagen der Mannschaften ohne Unterschied der Charge auf eine Mark pro Monat (!) herabsetze. In Massenversammlungen protestierten die Seeleute gegen diese Maßnahme und die Hamburg-Amerika-Linie ließ darauf den Entschluß auf Lohnkürzung bis auf weiteres fallen.

Der Norddeutsche Lloyd trug sich zur gleichen Zeit mit der Absicht, die Löhne staffelweise für Ledige auf ein Drittel, für Verheiratete auf zwei Drittel der Gage zu kürzen. Der Mindestsatz sollte für Verheirate nicht unter 60 M. im Monat betragen, für lediges Bedienungspersonal konnte er auf 10 bis 20 M. herabsinken. Offiziere waren von der Gagenkürzung ausgeschlossen. Diese Bekanntmachung gelangte wohl durch das Versehen eines Lloydbeamten zu früh an die Oeffentlichkeit und wurde zurückgezogen.

Am 28. Oktober traten dann beide Gesellschaften gleichzeitig an ihre Mannschaften heran mit einem Vorschlage, welcher dem des Norddeutschen Lloyd entsprach. Verhandlungen zwischen den gewählten Vertretern der Mannschaften einerseits und den durch den Widerstand der Mannschaften glücklich einer Gagenkürzung entgangenen Kapitänen und Offizieren sowie den Vertretern der Gesellschaften auf der anderen Seite fanden am 31. Oktober teils auf S. S. „Vaterland", teils auf S. S. „Kaiser Wilhelm II" statt. Die Mannschaften wehrten sich. Wenn selbst den Gesellschaften das gesetzliche Recht zustehe, so dürfe das moralische Recht in diesen Kriegszeiten nicht außer acht gelassen werden. Einer Lohnreduzierung oder voller Entsagung auf Löhnung könne erst stattgegeben werden, wenn diese oder jene oder aber beide Gesellschaften in Staatshände übergegangen seien. Die Verhandlungen verliefen resultatlos. Die Mannschaft machte nun teils durch die Presse und teils persönlich den Vorgesetzten den Vermittelungsvorschlag, die Löhne entsprechend der Arbeitszeit zu kürzen. Die gekürzten Gelder sollten dem Hilfsfonds für Kriegsnotleidende überwiesen werden. — Auch das wurde abgelehnt.

Die Hamburg-Amerika-Linie begann mit der Abmusterung ihrer Mannschaften am 9. November 1914, der Norddeutsche Lloyd am Tage darauf. Nach vollzogener Abmusterung wurde eine Kommission sämtlicher Berufe und Verbände (Transportarbeiter-Verband, Steward-Verein von 1907, Unteroffizier-Verein, Verein der Küche sowie der übrigen in Betracht kommenden freien Gewerkschaften) an den deutschen Botschafter Herrn Grafen von Bernstorff in Washington entsandt. In Abwesenheit des Botschafters wurde die Kommission von dem Botschaftsrat Prinz v. Hatzfeld empfangen. Dieser versprach, die Sache an zuständiger Stelle vorzutragen. Ein am 14. Dezember eintreffender Brief erkannte aber die Berechtigung der Dampfer-Gesellschaften unter Hinweis auf die entsprechenden Paragraphen der Seemannsordnung an.

Nun griff die amerikanische Einwanderungsbehörde ein. Daraufhin sahen die Gesellschaften davon ab, ihre Mannschaften auf die Straße zu setzen. Sie brachten dieselben auf Logierschiffe oder ließen sie auch bei reduzierter Speiseration in ihren alten Logis. Der Norddeutsche Lloyd musterte anfangs Januar 1915 noch eine Anzahl seiner Mannschaften, meist Unteroffiziere, ab, weil diese sich ebenfalls mit einer Lohnkürzung nicht einverstanden erklären wollten.

Alle Meldungen von Streik, Sabotage und Tätlichkeiten der Mannschaften sind Erfindungen. Die Hamburg-Amerika-Linie brachte am 8. November einmal 17 Italiener durch 35 Polizisten an Bord der „Vaterland". Der Vorgang fand auf seiten der Mannschaft gar keine Beachtung. Wie wenig von Streik die Rede sein kann, zeigt der Versammlungsbeschluß, daß die Leute, welche mit ungekürztem Heuervertrag an Bord bleiben, nicht abmustern dürfen.

Aus Industrie und Handel.

Getreideausfuhrmonopol in Rumänien.

Die rumänische Regierung hat nach der „Konsular-Korrespondenz" des österreichischen Handelsministeriums Maßnahmen angeordnet, die als Vorläufer eines Getreideausfuhrmonopols angesehen werden.

Günstige Lage auf dem Eisenmarkt.

In der Hauptversammlung des Roheisenverbandes wurde über die Marktlage berichtet: Die überaus starke Nachfrage in allen Sorten von Qualitätsroheisen hält an und der Abruf auf die getätigten Abschlüsse ist so stark, daß die Hochofenwerke bei der durch den Arbeitermangel und die ungenügende Eisenstein-Anlieferung verursachten Erzeugungsverminderung kaum in der Lage sind, allen Anforderungen gerecht zu werden. Auch in den Luxemburger Roheisensorten wurde das Geschäft in den letzten Wochen viel lebhafter. Die Nachfrage vom neutralen Ausland ist weiter ziemlich stark. In Qualitätsroheisen werden Verkäufe nach dem Auslande infolge starken Inlandsbedarfs nicht abgeschlossen. Der Versand betrug im Monat Januar 61,61 Proz. der Beteiligung. Auch für den Monat Februar ist auf starken Versand zu rechnen, wenn auch die Januarziffer infolge der geringeren Zahl der Arbeitstage nicht erreicht werden dürfte. Weiter wurde der Verkauf für das zweite Vierteljahr freigegeben und beschlossen, die Verkaufspreise für Qualitäts-Roheisen (Haematit, Gießerei-Roheisen 1 und 3, Siegener-Zusatzeisen, Puddelstahl, Spiegel- und Bessemereisen) zur Lieferung ab 1. April d. J. um 7 M. für die Tonne zu erhöhen.

Erhöhung der Spirituspreise.

Die Spirituszentrale schreibt uns:

Die Spirituszufuhren bleiben andauernd unzulänglich und so weit hinter dem Bedarf zurück, daß die Spirituszentrale, die in erster Reihe den Bedarf der Heeresverwaltung sicher stellt, sich genötigt sieht, die Zuteilung von Branntwein für die mit unvergälltem Branntwein bedienten Verbrauchszwecke, insbesondere auch für den Trinkverbrauch, erheblich einzuschränken. Für den Monat März ist die Zuteilung von etwa 40 Proz. des durchschnittlichen Monatsbedarfes der Großbetriebe, ein etwas höherer Satz für Kleinbetriebe vorgesehen. Auch der Brennspiritusbedarf wird nicht mehr im bisherigen Umfange befriedigt werden können; besonders werden allmählich die Lieferungen für solche Zwecke wegfallen, für welche Ersatzstoffe vorhanden sind. Die weitere Versorgung des Branntweinverbrauches wird im wesentlichen von dem Erfolge der auf die Belebung der Branntweinerzeugung gerichteten Bemühungen abhängen. Hierbei sollen aber die in den Brennereien noch vorhandenen Kartoffelvorräte nach Möglichkeit für Speisezwecke zugunsten der Volksernährung aufbewahrt werden. Die Brennereien werden deshalb in verstärktem Maße auf die Verarbeitung von Rohzucker hingelenkt. Um die hiermit verbundenen Aufwendungen zu decken, sind die Verkaufspreise durchgängig um 10 Mark für das Hektoliter bezw. um 10 Pf. für das Liter Brennspiritus erhöht worden.

Kein Brotgetreide für Spiritusbereitung.

Die dänische Regierung hat ein Verbot erlassen betreffend die Verwendung von Roggen, Weizen, Buchweizen, Kartoffeln sowie von inländischer Gerste zur Spiritusbereitung, solange das Verbot der Verfütterung von Roggen und Weizen besteht; den Brothefe-Fabrikanten kann aber unter Umständen Dispens erteilt werden. Bei der Spiritusbereitung darf ausländisches Getreide, darunter Mais, nur verwendet werden, wenn die betreffende Menge von einer Spiritusfabrik nach Dänemark eingeführt wurde. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Russische Anleihe.

Die russischen Banken haben in einer Versammlung beschlossen, die innere Anleihe im Betrage von 500 Millionen Rubeln zu übernehmen und im gleichen Verhältnisse unter sich zu verteilen, wie die letzte Oktober-Anleihe; sie soll mit 5 Proz. verzinst und zum Kurse von 92 Proz. übernommen werden.

Todes-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Metallarbeiterin

Anna Bergemann
Neukölln, Ringbahnstr. 30

gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Max Müller

am 24. d. Mts. gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 1. März nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung wird erwartet.
132/18 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für Lichtenrade und Umgegend.
Zahlstelle Mahlow.

Nachruf.

Im Osten starb am 10. Januar 1915 den Heldentod unser Genosse

Wilhelm Klein
aus Mahlow.

Ferner starb am 1. Februar 1915 nach langem Leiden unser Genosse

Fritz Meißner
aus Glasow.

Ehre ihrem Andenken!
190/14 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumschulenweg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schneider

Michael Gras

(wohnhaft Baumschulenstraße 72 bei Menner) im 29. Lebensjahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Gemeinde-Friedhofes in Baumschulenweg, Kiefholzstraße aus statt. 190/15

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Bezirk Wedding.

Am 25. Februar starb unser Mitglied, der Maurer

Karl Steinfurth

im Alter von 58 Jahren.

Die Beerdigung findet am Montag, den 1. März, nachmittags ½3 Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes in der Seestraße aus, statt.

Gleichzeitig zur Mitteilung, daß am 20. Februar das Mitglied, der Gutschaler

Emil Reinholz

infolge eines Unglücksfalles in Rottbus verstorben ist.

Ferner starb am 18. Februar das Mitglied, der Radschlagmacher

Hermann Neubert.

Ehre ihrem Andenken!
145/20 **Der Vorstand.**

In Freien Stunden
Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Nachruf.

An den Folgen der am 7. November auf dem Schlachtfelde erhaltenen schweren Verwundung starb im Lazarett als Held für das Vaterland am 20. Februar unser Kollege, der Schlosser 653

Johannes Rieber

Unteroffizier der Landwehr, im Alter von 37 Jahren.

Wir alle, die ihn kannten, wollen ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Ruhe sanft!

Die Kollegen der Schlosserei Lerm & Ludewig, Tempelhof.

Danksagung.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Gästen sowie dem Gast- und Schankwirtsverein Wedding, dem Rauchklub Freundschaftsherz, dem Sparverein Ameise, den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Elektrotechnische Fabrik Dr. Fr. Eisner u. Co., Lindower Straße 18/19, der Brauerei Engelhardt, den Rollkutschern der Firma Barz u. Co. und dem Deutschen Raucherbund für die uns in so reichem Maße bewiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters den herzlichsten Dank. 318

Auguste Pohle
und Kinder,
Antonstraße 26.

Am 25. Februar, früh 9 Uhr, starb mein lieber Mann, guter Vater, Bruder, Onkel und Schwager, der frühere Gastwirt

Franz Schmalowsky.

Die tiefbetrübte Gattin nebst Tochter.

Die Einäscherung findet am Montagmittag um 12 Uhr, im Krematorium (Gerichtstraße) statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben, guten Mutter, Schwieger- und Großmutter, der Witwe

Pauline Dunkel
geb. Franke

sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Sängern des Neukölliner Männerchors unsern herzlichen Dank. 283

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ziehung 3., 4. u. 5. März

Kölner Lotterie

5928 Gewinne und 1 Prämie

Im Gesamtwerte von **70000 M.**
Hauptgewinn Echt Seide **30000 M.**
Hauptgewinn **20000 M.**
Eine Prämie **10000 M.**

Lose 1 M. 11 Lose aus verschied. Tausend 10 M. Porto und Liste 30 Pfennig extra.

H. C. Kröger BERLIN W 8 Friedrichstr. 193a.

Erhältlich auch in allen Lotteriegeschäften.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder,** an der neuen Heerstraße beim **Alten Freund.**

Sonntag 12-2 geöffnet. Spezialität: Weite Größen!

Nur noch bis

Dienstagabend verkaufe ich:

Elegante Sealplüschmäntel	sonst bis 155.-	für	80.-
Feine Astrachanmäntel (ganz lang, Ia Herrenfutter)	„ 79.-	„	30.-
Lange Wollplüschmäntel in best. Qual.	„ 98.-	„	40.-
Reinseid. Plüschmäntel, a. Damasse gef.	„ 140.-	„	69.-
Halblange Sealplüschjacketts a. Ia Futter	„ 110.-	„	55.-
Einfache Plüschmäntel, glatt gearbeitet	„ 70.-	„	32.-

Echte **Pelzmäntel** aus bestem Persianer, Sealbisam, Electric, Orenburger, Skunksgarnituren, Nerz usw., nur beste Felle u. Kürschnerarbeit, je nach Qualit.: **800.-, 600.-, 500.-, 250.-, 170.-, 110.-** statt 1400.-, 1000.-, 800.-, 450.-, 300.-, 200.-

Neue **Frühjahrs-Kostüme,** nur Modelle, welche nicht kopiert werden, **100.-** statt 250.-, **75.-** statt 150.-, **42.-** statt 90.-, **25.-** statt 50.-

Prachtvolle **Ulster** M. **15.-** (statt 50.-).

Lange echte Covercoatmäntel statt 48.- für 28.-
Echte Gummimäntel statt 32.- für 18.-
Echte Holstein. Lodenkostüme statt 17.- für 8.-
Imprägnierte Lodenkostüme statt 48.- für 19½
Moiree-Blusen statt 24.- für 13½
Alpakamäntel „ 28.- „ 13½
Neumünster Lodenmäntel „ 29.- „ 15.-
Backfischkostüme von M. 10 an.

Einsegnungskleider von M. 12.- an.

Sonder-Abteilung:
Sehr große Auswahl. **Trauermagazin** Billigste Preise.

I. Mohrenstr. 37a (Kolonnaden). **Westmann** II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstraße).

Bekanntmachung.

1. **Die Zwischenscheine zu den 5% Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches von 1914 (Kriegsanleihe) — unkündbar bis 1. Oktober 1924 — können vom**

1. März d. J. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **22. Juni d. J.** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen können dort in Empfang genommen werden.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine oben **rechts neben** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine zu den 5% Reichsschatzscheinen von 1914 (Kriegsanleihe) findet gemäß unserer Ende Januar veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem 1. Februar d. J. bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung — bei letzteren jedoch nur noch bis zum **25. Mai** — statt.

Berlin, im Februar 1915.

Reichsbank-Direktorium
Havenstein. v. Grimm.

Beachten Sie meine 7 Schaufenster.

Oskar Wollburg,

56-57 Brunnenstr. 56-57.

Zur Einsegnung

zu allerbilligsten Preisen in nur schicker Ausführung

schwarze, weiße, farbige Kleider

aus Popeline 14,50 Armur 19,50 Voile 27,50 Samt 33,75

Beim Einkauf ein Spitzentuch gratis.

Backfisch-Kostüme aus blau Cotelé u. englisch. Stoffen in kleidsamen Fassons
8,50 13,75 21,50 28.—

Frühjahrs-Modelle
Kostüme, Mäntel, Sportjacken etc. jetzt schon große Auswahl in entzückenden Neuheiten.

Beachten Sie meine 7 Schaufenster.

Sonntags von 12–2 Uhr geöffnet.

Theater für Sonnabend, 27. Februar:

Berliner Theater
8¼ U.: Peterchens Mondfahrt.
8 Uhr: **„Extrablätter!"**

Deutsches Künstler-Theater
Eröffnungsvorstellung:
7 Uhr: **Egmont.**

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
8 Uhr: **Die verkaufte Braut.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 Uhr: **Die Fledermaus.**

Gebr. Herrnfeld-Theater
8 Uhr: **Familie Plaschek.**
Heilbring contra Heilbring.

Kleines Theater
8 Uhr: **Der kategorische Imperativ**

Komische Oper
8.10 U.: **Gold gab ich für Eisen.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Bunter Abend.**

Lessing-Theater
8 Uhr: **Jugendfreunde.**

Lustspielhaus
8¼ U.: **Die Orientreise.**
Sonnt. 3½ U.: Das Leutnantsmündel.

Metropol-Theater
8 Uhr: **Woran wir denken!**

Montis Operetten-Theater
8 Uhr: **Der liebe Pepi.**

National-Theater
8¼ U.: **Wenn d. Landsturm kommt**

Residenz-Theater
8 Uhr: **Die Schöne vom Strand.**

Rose-Theater
4 Uhr: **Dornröschen.**
8 Uhr: **Else vom Erlenhof.**

Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Zopf und Schwert.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
7½ U.: **Faust I.**

Thalia-Theater
8 Uhr: **Kam'rad Männe.**

Theater am Nollendorfpl
8¼ U.: **Immer feste druff!**
Sonnt. 3½ U.: Der Graf v. Luxemburg.

Theater des Westens
8 Uhr: **Rund um die Liebe**
Sonntag 3 Uhr: **Die Räuber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
7½ U.: **Herodes und Mariamne.**

Trianon-Theater
8¼ U.: **Das Liebesnest.**
Sonnt. 3½ U.: Das Schloß am Meer.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz
8¼ U.: **Der Strom.**

Walhalla-Theater
8 Uhr: **Krümel vor Paris.**

URANIA

Taubenstraße 48/49.
4 Uhr (Halbe Preise):
Auf d. Schlachtfeldern Ostpreußens
Abends 8 Uhr:
Die Vogesen und ihre Kampfstätten.

WINTER GARTEN

Letzte Woche!
Johanna Terwin
vom Deutschen Theater, Berlin,
Jakob Tiedtke
v. Lessing-Theater, Berlin, in:
Landwehrmann und Pikarde
Zeitbild von Otto Reutter.
Serene Nord
mit ihren Wassernymphen,
Rosa Felsegg
mit ihrem Aeroplan,
Else Berna
Operettensängerin
sowie der hervorragende
Februar-Spielplan.
Kleine Preise.

Casino-Theater.
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Das neue dreiaktige Volkslustspiel:
Der Herr Kommerzienrat.
Dazu das erstklass. Spezialkünst.-Progr.
Meßterische Kriegsbilder usw. usw.
Sonnt. 4 Uhr: **Durch Klippen u. Wellen**

~~**Theater Folies Caprice**~~
8¼ *Possen-Theater* 8¼
Sprechstunde.
Ein angenehmer Herr.
Martin Kettner a. G.

Voigt-Theater.
Badstr 58. Badstr. 58.
Morgen Sonntag, den 28. Februar:
Gold und Liebe.
Schauspiel in 4 Akten und 5 Bildern.
Von Edmund Braun u. Heinr. Rüger.
Vorverkauf: Sonntags von 10 Uhr ab.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Zirkus Albert Schumann
Sonnabend, 27. Febr., Anf. 7½ Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Artur Saxon-Trio
die stärksten Männer der Welt mit ihrer lebenden Automobilbrücke.
4 Claeres, 2 Damen, 2 Herren i. ihr. hervorragenden Leistung.
Weises 5 dressierte Bären.
Um 9½ Uhr: Um 9½ Uhr:
Ost und West.
Sonntag, den 28. Februar:
2 Große Vorstellungen 2
nachm. 3½ u. abds. 7½ Uhr.
Nachm. hat jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind unt. 12 Jahr. frei, jed. weitere Kind unt. 12 Jahren die Hälfte.
In beiden Vorstell. **Ost und West.**

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Weihnachtsabend im Schützengraben

Anfang 8 Uhr.
Militärpersonen und deren Angehörigen vollkommen freier Zutritt zu den Stett. Sängern.

Palast-Theater am Zoo
Anfang 8 Uhr:
Vorletzte Aufführung:
Muttchen hat's Wort!
Sonntag, 28. Febr. 3½ Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Kleine Preise.

Achtung!

6—700 Anzüge sowie getragene Sommerpaletots u. Ulster
Monatsgarderobe
in feinsten Werkstätten Berlins gearbeitet, teils auf Seide, für jede Figur passend, verkauft zu staunend billigen Preisen
Nathan Wand
129 Skalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.
Abt. II: **Neue Garderobe.**

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125, (Oranienb. Tor).
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage)
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Sprechstunden 11½—2 u. 5½—8.

Stiefelkönig

Friedrichstrasse 131c

Damen- Chevr. u. Lackbesatz-Halb-Schuhe, auch Knopf- u. Schnürstiefel mit farbigen Einsätzen.

Marke Hassia 12.50
nur solange Vorrat

Kopflläuse

mit Brut vernichtet radikal **Goldgeist.** W. Z. 75198. Farb- u. geruchlos. Reinigt d. Kopfhaut v. Schuppen u. Schinnen, beförd. d. Haarwuchs, verhütet Krankheit d. Kopfhaut. Haarausfall u. Zuzug neuer Parasiten. Wichtig f. Schulkinder. Tausende v. Anerkennung. Echt nur in Kartons à 1.00 u. 0.50 M., niemals offen ausgewogen. In Apotheken u. Drogerien. Man weise Nachahmungen zurück, die z. Zwecke der Täuschung vielfach ähnlich klingende Namen tragen, und achte genau auf die Firma d. alleinig. Fabrik. **Rademacher & Co., Siegburg,** und d. Namen

Goldgeist!

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern.

Gardinenreste. Fenster 1,35, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,65 usw. E. Weißenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Restbestände. 1—3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,50 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinendecken, Waschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Similseide, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 438*

Steppdecken! Spottbilliges Inventurangebot! Prachtvolle Similseidene 4,35, wundervolle, doppelseitige 7,15, 8,75. Große Tüllbettdecken 1,75. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserstor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. 268*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett-, Rockanzüge, Ulster, Paletots. Serie I: 10—18, Serie II: 20—30 Mark, größtenteils auf Seide. Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20—35 M. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, Füchsen, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Große Auswahl in Herren-Gehpelzen, Gelegenheit in Damen-, Reise-, Wagenpelzen. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Brillanten, Goldwaren enorm billig nur Moritzplatz 58a I. 88*

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager spottbillig. Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 10. *

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr billig. Gardinen, Portieren, Steppdecken, Tischdecken, Diwandecken, sehr billig. Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt. Teppichhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). 216/4*

Monatsanzüge, nur wenig getragen, Paletots, Ulster, Hosen, Gesellschaftsanzüge werden spottbillig verkauft. Die elegantesten Anzüge sind leihweise billig zu haben. Altbekannte Firma. Max Weiß, Große Frankfurterstraße 88. *

Seiferttanarien, tonreinreich, Rübl, Schöneberg, Bahnstraße 43, parterre. †93*

Monatsanzüge und Winterulster von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Natz, Mulackstraße 14. *

Bettenverkauf! Prachtvolle 5,75, 7,50, 9,75, Brautbetten 12,75, 15,75. Daunenbetten 19,50, 22,50. Neue Aussteuerwäsche spottbillig! Teppiche, Portieren, Gardinen, Tischdecken, Steppdecken, Diwandecken, Pelzstolas, Uhren, Ketten. Inventurpreise! Alles spottbillig nur Pfandleihe, Brunnenstraße 47, I. *

Feinste getragene! Maß-Herrenanzüge, Paletots, von Herrschaften gebraucht, für jede Figur passend, Anschaffungspreis bis 100 Mark, billig, 10—30, Hosen 3—8, Burschengarderobe. Deutsches Garderobenhaus, Große Frankfurterstraße 116 I.

Geld! Geld! sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 206/4, Ecke Rosenthalerstraße, kaufen. Anzüge 9.—, Ulster, Paletots 5.—, silberne Uhren 3.—, goldene Damenuhren 8.—, Goldwaren, Brillanten, Fahrräder, alles enorm billige Kriegspreise. Auf Uhren dreijähriger Garantieschein. Eigene Werkstatt. Sonntags 12—2 geöffnet. *

Teppich-Thomas. Oranienstr. 44 spottbillig farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtsleserin 5 Prozent Extrarabatt. 106*

Teilzahlung. 0,50 wöchentlich, Herren-, Damen-, Kindergarderobe, Möbel, Gardinen, Portieren, Teppiche, Steppdecken, Tischdecken, Bilder, Gaskronen, Kinderwagen. Kredithaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge, Paletots und Ulster aus feinsten Maßstoffen 25—60 Mark, Hosen 6—18 M. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 59*

Teppiche (Farbenfehler) enorm billig. Gardinen, Steppdecken, Gelegenheitskauf. Mauerhoff, Gr. Frankfurterstraße 9, parterre. „Vorwärts"-leser 6 Prozent. 69*

Monatsgarderoben-Haus verkauft spottbillig erstklassige, wenig getragene, fast neue Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Ulster, Paletots, Cutawayanzüge, gestreifte Beinkleider, Bauchanzüge, großes Lager. Halpern, Rosenthalerstraße 4. Kein Ladeneingang. Nur eine Treppe. *

Extrabilliger Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Pelzgarnituren, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen. Riesenauswahl Herrengarderoben. Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. †100

Monatsanzüge. Sommerpaletot, Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Kappen, Hosen. Neue Schönhauserstraße 12, Ecke Rosenthalerstraße. 16/16*

Herrenhosen, elegante, billigst. Hosenfabrik, Königstraße 20/21. Sonntag 12—2. 16/8

Singermaschine 10,00, Neanderstraße 27, Hof parterre. 16/12

Möbel.

Preise nur jetzt im Kriege, nie wiederkehrend: Englische Bettstelle 28, Ruhebett 24, englischer Anlegeschrank mit Wäscheabteil und Facettespiegel 88, derselbe etwas kleiner 63 Mark, Bücherschrank, Trumeau 30, Vertiko, Kleiderschrank mit Verglasung 39, Sofa 36, großer Teppich, gute Qualität, schönes Muster 29, wundervolle, billige Schlafzimmer, herrliche, billige Wohnzimmer, Küche siebenteilig 58, Schreibtisch 38, Ausziehtisch 16, Rohrstuhl 3,50, Waschkommode 19. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. *

Möbelkredit. Komplette Wohnungseinrichtungen, einzelne Möbelstücke. Geringste Anzahlung, bequemste Abzahlung. Kreditkaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. *

Kriegshalber. Bildschöne Wohnungseinrichtung, herrliche Küche, alles noch neu, zusammen nur 225 Mark. Rosenthalerstraße 57, vorn III bei Glas. (Gewerblich.) Händler verbeten. 15/7*

Möbel-Cohn. Hauptgeschäft: Große Frankfurterstraße 58, Grüner Weg 109. Im Norden: Badstraße 47/48. Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke auf bequemste Teilzahlung. Stube und Küche schon von 15 Mark Anzahlung. Einzelne Möbelstücke 3 Mark Anzahlung. Wochenrate 1 Mark. In bunten Küchen Riesenauswahl. Lieferung auch auswärts. Abzahlung wöchentlich oder monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Sonntags 12—2 geöffnet. 198*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleiner Anzahlung schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen, Arbeitslosigkeit anerkannt Rücksicht. Möbelgeschäft Goldstaub, Jossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Möbel, Gelegenheitskäufe aus Pensionatsauflösung. Eichene Ankleideschränke 65,—, Bettstellen mit Stahlmatratzen, dreiteilige Auflagen 35,—, Waschkommoden mit Spiegel 50,—, Nachttische 15,—, Chaiselongue 18,—, ferner Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, in einfacher wie schwerster Ausführung, Teppiche, Portieren, Schreibtische, Sofas, Trumeaus, Bücherschränke sowie alle Sorten Ergänzungsmöbel, auch gebrauchte, zu nie dagewesenen billigen Preisen. Hans Lennert, größtes Möbelhaus für Gelegenheitskäufe, Lothringer Straße 55, IV Etagen, Rosentaler Tor. 41R*

Plüschgarnitur! Sofa, 2 Sessel 50,—, Moquettsofa 35,—, Bettstellen mit Matratzen 8,—, 12,—, 15,—, Küche mit Eimerspind 8,—, Tisch 3,—. Möbelhaus Osten, Gelegenheitskäufe, Andreasstraße 30. 56R

Möbelkredit und gegen bar. Bequeme An- und Abzahlung. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7. — II. Geschäft Müllerstraße 174. Sonntag vorm 12—2 geöffnet. 2993R*

Kaufgesuche.

Kupfer! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn, Zink, Blei, Quecksilber, Stanniolpapier, Platinabälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Höchstpreise! „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 1/7*

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christiansen, Köpenickerstraße 30 a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Fahrradankauf. Linienstraße 27.

Platinabälle, Zahngebisse bis 50,00, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier 3,00, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, jetzt Höchstpreise! Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31, Telephon. (Abholung.) 78*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Charlottenstraße 87 kleine Wohnungen sofort billig. 687b*

Sonnenburgerstraße 27. Vier-, Drei-, Zweizimmer-Wohnungen, Bad, Balkon, sofort. 1135b*

Greifswalderstraße 206, Gartenhaus, zweizimmerige Wohnung, Bad, Balkon, sofort. 1136b*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer bei Siemwedel, Baumschulenweg, Trojanstraße 6, vorn II, gegenüber den Sportplätzen. 2991R

Freundliches Zimmer an Herren oder Damen bei Randolff, Mariannenstraße 5, III. 1168b

Möbliertes Vorderzimmer, zwei Herren, Bad, Alder, Kottbuserdamm 28, II. †89

Möbliertes Zimmer, Herrn, 12,00, Prinzenstraße 107, III, Dittmann.

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn, allein, Grützmacher, Mariannenstraße 21, vorn IV. †12

Möblierte Schlafstelle zum Ersten, separater Eingang, 12 Mark. Schönholzerstraße 6, vorn II links, nahe der Brunnenstraße. †82

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Zuschneider für Kartonnagen zu sofortigem Antritt. Kartonnagenfabrik, Marsilisstraße 21. 2992R*

Korbmacher auf Geschoßkörbe bei hohem Lohn gesucht. Gutes Material reichlich vorhanden. C. Schlesinger u. Co., Kreutzstraße 4/5. 2994R*

Tüchtige Mechaniker
verlangen sofort
Odeon-Werke Weißensee.
Berlin-Weißensee, Lehderstr. 20/25.

Tüchtige Montagearbeiter und Nieter für Brückenbau
gesucht. Zu melden bei Meister Werkel, Bahnhof Friedrichstraße, Eingang Georgenstraße.

Klempner
auf Messing- und Treibarbeiten für Behälterbau bei hohem Verdienst sofort verlangt 1172b
Maximall-Apparate-Fabrik,
Bücherstr. 12.

Werkmeister, mit der Geschirr- u. Mil.-Effektenbranche vollkommen vertraut, sofort bei hohem Gehalt gesucht. Offerten unter **V. L. 3762** befördert **Rudolf Mosse, Königstr. 56.**

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Abonnementseinladung.

Eine Zeitung gehört zum Leben eines Kulturmenschen wie das Brot zur täglichen Nahrung. Das politische und wirtschaftliche Leben ist so weitschichtig, so vielgestaltig, die Kenntnis aller Vorgänge in der Oeffentlichkeit so erforderlich, daß ohne eine Zeitung nicht auszukommen ist. Gerade die jetzige Zeit mit ihren großen wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen, mit den gewaltigen Kämpfen auf den Kriegsschauplätzen macht das Halten einer Zeitung zu einem unabweisbaren Bedürfnis.

Nicht jede Zeitung ist für jeden Leser geeignet. Nicht jede Zeitung hat die gleichen Bedürfnisse zu erfüllen, und jede Zeitung hat ein anderes Lesepublikum. Der „Vorwärts" ist von jeher das Blatt der Berliner Arbeiterschaft gewesen. Er bemüht sich, die Wünsche der erwerbstätigen Bevölkerung zu berücksichtigen, soweit das in der gegenwärtigen Zeit überhaupt möglich ist, aber er kennt die Leiden und er kennt die Lage der breiten Massen.

Der „Vorwärts" ist eifrig bestrebt, auf dem Gebiete der Berichterstattung sich die größte Objektivität aufzuerlegen. Gerade dadurch glaubt er, auch der Allgemeinheit am wirksamsten zu dienen und am besten zu nützen.

Der „Vorwärts" erscheint täglich und kostet pro Monat 1,10 M.

Der „Vorwärts" kann auch im Wochenabonnement bezogen werden und kostet pro Woche 25 Pf.

Bestellungen können bei jeder Botenfrau, bei unseren Zeitungsspeditionen und auch in der Hauptexpedition unseres Blattes, Lindenstraße 3, aufgegeben werden.

*

Beim Ausbleiben oder bei verspäteter Lieferung einer Nummer wollen sich die Postbezieher stets nur an den Briefträger oder die zuständige Bestell-Postanstalt wenden. Erst wenn Nachlieferung und Aufklärung nicht in angemessener Frist erfolgen, wende man sich unter Angabe der bereits unternommenen Schritte an unseren Verlag.

Feldpost-Abonnements.

Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß unsere sämtlichen Filialspeditionen wie die Hauptexpedition Feldpost-Abonnements auf den „Vorwärts" zum Preise von

1,10 Mark monatlich

entgegennehmen. Die Zeitung wird den im Felde Stehenden von unserer Hauptexpedition als Feldpostbrief täglich nachgesandt.

Bei Bestellung des Abonnements ist genau anzugeben, welchem Armeekorps, Division, Brigade, Regiment, Bataillon, Kompagnie usw. der Empfänger angehört.

Einschränkung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 hat der Bundesrat unter dem 25. d. Mts. eine Verordnung erlassen, die eine Einschränkung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen zum Ziele hat. Die Notwendigkeit, mit den vorhandenen Vorräten an Gummi, Treiböl und Schmieröl hauszuhalten, rechtfertigt eine Maßnahme, die diese für unsere Industrien wichtigen Rohstoffe einer in Kriegszeiten entbehrlichen Verwendung im Dienste des Luxus und der Bequemlichkeit entzieht. Durch die neue Verordnung wird der Verkehr von Kraftfahrzeugen auf öffentlichen Straßen und Plätzen von dem 15. März dieses Jahres ab von einer erneuten Zulassung abhängig gemacht, die nur erteilt werden darf, wenn für den Verkehr des Fahrzeugs ein öffentliches Bedürfnis besteht. Diese künftige Beschränkung der Zulassung bezweckt vor allem die Ausschaltung aller der Fahrzeuge, die sportlichen oder Vergnügungszwecken zu dienen bestimmt sind, verweist aber auch den öffentlichen Verkehr in gesteigertem Maße auf die sonstigen Transportmittel wie Eisenbahnen, Straßenbahnen, Pferdedroschken usw.

Wird so einerseits Vorsorge dahin getroffen, daß von den rund 50 000 Kraftwagen, die zurzeit noch im Verkehr sein dürften, in Zukunft etwa die Hälfte von den Straßen verschwinden wird, so sind doch anderseits Ausnahmen in genügendem Umfang vorgesehen, um berechtigten Interessen auch fernerhin zu genügen. So soll der Verkehr mit Kraftomnibussen und Kraftdroschken, wenn auch in eingeschränktem Maße, aufrechterhalten werden. Insbesondere werden bei der Zulassung von Lastkraftfahrzeugen die Bedürfnisse des Gewerbebetriebes angemessene Berücksichtigung finden. Da gleichzeitig die Heeresverwaltung es sich angelegen sein lassen wird, den militärischen Kraftfahrzeugverkehr im Heimatverkehr so weit einzuschränken, als die militärische Notwendigkeit es irgendwie zuläßt, darf mit einer wesentlichen Ersparnis an Gummi, Treiböl und Schmieröl für die Zukunft mit Sicherheit gerechnet werden.

Da als Zeitpunkt, nach dem der Verkehr nur auf Grund erneuter Zulassung gestattet ist, erst am 15. März d. Js. festgesetzt worden ist, die Erneuerungsanträge indessen schon jetzt zulässig sind, ist die Gewähr gegeben, daß, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, eine rechtzeitige Entscheidung über die Anträge erfolgen wird. Immerhin kann allen denjenigen, die auf die fernere Zulassung ihres Fahrzeuges nach Maßgabe der neuen Bestimmungen glauben rechnen zu dürfen, in ihrem eigenen Interesse nur die schleunige Stellung des Antrags bei den mit der Ausführung dieser Verordnung betrauten höheren Verwaltungsbehörden — in Berlin dem Polizeipräsidenten — angeraten werden. Diese höheren Verwaltungsbehörden sind dieselben Stellen, die nach der Verordnung vom 3. Februar 1910 über die Zulassung der Kraftfahrzeuge zu entscheiden haben.

Eine selbständige Strafbestimmung enthält die Verordnung nicht, da ein Verstoß gegen ihre Bestimmungen schon auf Grund des § 23 des Gesetzes vom 3. Mai 1909 strafbar wäre. Indessen sieht die Verordnung vor, daß solche Kraftfahrzeuge, die ohne eine erneute Zulassungsbescheinigung nach dem 15. März auf öffentlichen Straßen oder Plätzen verkehren, durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde ohne Entschädigung zugunsten des Staates eingezogen werden können. So einschneidend diese Maßregel erscheint, so ist sie doch als Zwangsmittel gegenüber solchen Personen, die die Interessen der Allgemeinheit den Rücksichten auf ihre eigene Bequemlichkeit hintansetzen, gerechtfertigt.

Den billigen Ansprüchen derjenigen Automobilbesitzer, die infolge des unmittelbaren in der neuen Verordnung begründeten Eingriffs außerstande gesetzt werden, die von ihnen gelöste Steuerkarte auszunutzen, wird durch einen zurzeit in Vorbereitung befindlichen Beschluß des Bundesrates Rechnung getragen werden.

Aus der Gewerbedeputation.

Um hervorgetretenen Mißständen auf dem Gebiete des Ausstellungswesens, insbesondere bei sogenannten Schwindelausstellungen, entgegenzutreten, soll eine Preisgerichtsordnung zur Einführung gelangen. Ein vom Oberpräsidenten der Deputation zur Begutachtung vorgelegter Entwurf wurde seinerzeit einer Kommission zur weiteren Erledigung überwiesen, die in der letzten Sitzung Bericht erstattete. Der Preisgerichtsordnung-Entwurf fand im allgemeinen die Zustimmung der Deputation.

Zur Erörterung über die Frage der Zuständigkeit der Gewerbedeputation betreffend die Aufsicht über die Innungs-Fortbildungsschulen war ebenfalls eine Kommission eingesetzt worden. Auf Vorschlag dieser Kommission wurde beschlossen: Die Aufsicht über sämtliche Innungsfachschulen wird a) in allen Unterrichtsfragen und schultechnischen Angelegenheiten von der Fachschuldeputation, b) in allen anderen Angelegenheiten von der Gewerbedeputation ausgeübt. Es wurde bei diesem Punkte der Tagesordnung ferner beschlossen: Die gemäß § 96 der Gewerbeordnung der Gewerbedeputation als Aufsichtsbehörde zustehenden Rechte (Ueberwachung der Befolgung gesetzlicher und statutarischer Vorschriften) werden, soweit es sich auf Entsendung von Vertretern zu den Innungsprüfungen handelt, auch auf schultechnisch gebildete Personen ausgedehnt. Bisher war die Praxis, daß nur die Mitglieder der Deputation selbst solche Vertretungen wahrnahmen. Diese Anregung bedarf noch der Bestätigung des Magistrats.

Vom Vorstand und Aufsichtsrat der Handwerker-Verbandskasse Groß-Berlin lag ein Antrag vor, die Garantieverpflichtung zugunsten dieser Kasse zu übernehmen. Die Deputation beschloß die Einsetzung einer Kommission, die zunächst den Umfang des Darlehnsgeschäfts bei den einzelnen der Verbandskasse angeschlossenen Genossenschaften prüfen und Vorschläge über die Höhe der von der Stadt Berlin etwa zu übernehmenden Garantiesumme machen soll. In diese Kommission wurde auch Genosse Ritter gewählt.

Die Deputation beschäftigt sich seit längerer Zeit mit der Frage, inwieweit der Krieg das Handwerk wirtschaftlich beeinflußt hat. Es wurde Kenntnis genommen von einem Fragebogen, der von einer hierzu besonders eingesetzten Kommission ausgearbeitet worden ist.

Wiederholt ist an dieser Stelle über das gesetz- und statutenwidrige Verhalten des Vorstandes der Berliner Schlosserinnung gegenüber dem Gesellenausschuß der genannten Innung berichtet worden. Die Schlosserinnung unterhält einen Arbeitsnachweis, der dem bekannten Arbeitsnachweis der Berliner Metallindustriellen angeschlossen ist.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Metallindustriellen ist ein reiner Arbeitgebernachweis, bei dem nach den Satzungen die Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft grundsätzlich ausgeschlossen ist. Nach § 95 der Gewerbeordnung ist der Gesellenausschuß an allen Einrichtungen zu beteiligen, für welche die Gesellen Beiträge entrichten oder welche zu ihrer Unterstützung bestimmt sind. Dazu gehört nach § 81a Ziffer 2 der Gewerbeordnung auch die Fürsorge für den Arbeitsnachweis. Die Schlosserinnung pfeift auf diese gesetzlichen Bestimmungen, wobei sie offenbar durch den Verband der Berliner Metallindustriellen indirekt unterstützt wird, denn sonst hätte letztere Organisation ihr Verhältnis mit der Berliner Schlosserinnung längst lösen können. Bei der offenkundigen andauernden Verletzung der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen hatte die Innung noch den Mut, wiederholt bei der Gewerbedeputation den Antrag zu stellen, die vom Gesellenausschuß versagte Zustimmung zur Errichtung ihres Arbeitsnachweises „ergänzen" zu lassen.

Wiederholt hat die Gewerbedeputation ein solches gesetzwidriges Ansinnen abgelehnt. Die Schlosserinnung kehrt sich indessen nicht daran. In der Sitzung der Deputation wurde das Verhalten der Schlosserinnung in Sachen des Arbeitsnachweises scharf verurteilt und beschlossen:

Die Anordnung der Aufsichtsbehörde:

„Durch die der Anschluß des Innungsarbeitsnachweises an den Nachweis des Verbandes Berliner Metallindustrieller aus formellen Gründen beanstandet und der Innung die Einrichtung des Arbeitsnachweises unter Beobachtung der §§ 32 Abs. 4 und 22 Abs. 1 ihres Statuts aufgegeben worden ist,"

mit allen gesetzlichen Zwangsmitteln der Innung gegenüber zur Durchführung zu bringen.

Auf Grund dieses Beschlusses ist die Schlosserinnung zunächst in eine Ordnungsstrafe genommen worden.

Nach § 126a der Gewerbeordnung kann bekanntlich die Befugnis zum Halten von Lehrlingen u. a. auch dann versagt werden, wenn gegen den Lehrherrn Tatsachen vorliegen, die ihn in sittlicher Beziehung zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen ungeeignet erscheinen lassen. Auf Grund dieser Bestimmung hatte die Deputation in einer früheren Sitzung mit Stimmenmehrheit beschlossen, einem Schneidermeister B. die Befugnis zum Halten von Lehrlingen abzusprechen, weil dieser im Konkubinat lebte! Wir vermögen uns dieser sonderbaren und philisterhaft anmutenden Deduktion nicht anzuschließen; sie ist bisher unseres Wissens auch von keinem Kommentator der Gewerbeordnung vertreten worden.

Auf erhobene Beschwerde des Schneidermeisters hatte sich der Stadtausschuß mit der Angelegenheit erneut zu beschäftigen. Zu einer Entscheidung ist es nicht gekommen, da inzwischen die Frau verstorben ist.

Es wurde beschlossen, dem Stadtausschuß mitzuteilen, daß die Deputation an der Aufrechterhaltung der Anordnung kein Interesse mehr habe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die Einführung des Stadtv. Rettig und des Bürgerdeputierten Schlossermeister Winter an Stelle der bisherigen Mitglieder Stadtv. Förster und Bürgerdeputierten Steuer.

Aus Groß-Berlin.

Zur Kartoffelnot.

Die Aufhebung der für Berlin festgesetzten Kleinhandelspreise für Kartoffeln hat in weiten Kreisen überrascht und eine Reihe Händler, die sich schon bisher nicht an die vorgeschriebenen Preise gehalten haben, beeilen sich, die Kartoffelpreise in die Höhe zu schrauben. Schon gestern wurden 70, 75 Pf. bis 1 Mark für 10 Pfund Kartoffeln verlangt und auch bezahlt. Die Leute sind froh, überhaupt Kartoffeln zu bekommen. Allgemein wird gejammert über diese hohen Preise und gefragt, was das noch werden soll, wenn dieser Preistreiberei kein Riegel vorgeschoben wird. Die Folge dieser hohen Preise muß eine noch stärkere Unterernährung der Bevölkerung sein. Die vom Berliner Magistrat festgesetzten Preise für die städtischen Kartoffeln bleiben bestehen und es müssen, wie wir an anderer Stelle unseres heutigen Blattes darlegen, unter allen Umständen Abhilfemaßnahmen getroffen werden.

*

Städtische Kartoffelpreise in Neukölln.

Nachdem der Oberbefehlshaber in den Marken die festgesetzten Höchstpreise für den Kleinverkauf von Speisekartoffeln in Groß-Berlin aufgehoben hat, könnte bei den Kartoffelhändlern, welche aus städtischen Beständen versorgt werden, die Meinung bestehen, daß sie in dem Verkauf der Kartoffeln an unsere Bevölkerung hinsichtlich der Preise keiner Beschränkung mehr unterworfen sind. Wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist eine solche Annahme unzutreffend. Die Kartoffelhändler, die Kartoffeln aus städtischen Beständen entnehmen, sind vielmehr verpflichtet, an unsere Bevölkerung die Kartoffeln nach wie vor zum Preise von höchstens 60 Pf. je 10 Pfd. abzugeben. Kartoffelhändler, welche gegen diese Grundsätze verstoßen, oder aber sich zu den städtischen Gutscheinen auf Kartoffellieferungen noch Beträge zuzahlen lassen, haben bei Erstattung einer Anzeige hierüber zu gewärtigen, daß ihnen die Ausweiskarte entzogen wird, und sie infolgedessen aus städtischen Beständen keine Kartoffeln mehr erhalten. Die Verkaufsstellen für städtische Kartoffeln sind durch rote Plakate gekennzeichnet.

*

Die Spekulation auf hohe Preise.

In einer Versammlung der Schöneberger Bäckermeister hat ein Sachverständiger nach einem Bericht der „Schöneberger Zeitung" ausgeführt: Ein Berliner Kartoffelgroßhändler, der über 1 350 000 Zentner Kartoffeln einkaufte, diese ursprünglich mit 2,50 M. für den Zentner verkaufen wollte, schob die Verhandlungen hinaus, bis die Höchstpreise hinaufgesetzt wurden. Und nun fordert er für den Zentner 5,75 M. (Hört! hört.) Es müßte tatsächlich ein Lebensmittelwuchergesetz in Kraft treten, wonach diese Wucherer als Landesverräter zu bestrafen wären.

*

Der städtische Kartoffelverkauf in Schöneberg,

der auf dem Platz an der Rubensstraße ein so schnelles Ende fand und dem Verein der Schöneberger Obst- und Gemüsehändler übertragen wurde, ist auch diesem Verein jetzt entzogen worden, da die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, daß Schöneberg den Verkauf auch fernerhin in eigenem Betriebe fortsetzen solle. Das Schöneberger Rieselgut in Deutsch-Wusterhausen kann Kartoffeln nicht mehr liefern. Die Lebensmittelabteilung des Magistrats befaßt sich jetzt mit dem Plane, schleunigst an anderer Stelle Kartoffeln zu erhalten, die an verschiedenen Punkten der Stadt verkauft werden sollen. Die große Entfernung des Verkaufsplatzes an der Rubensstraße im Friedenauer Ortsteil Schönebergs von den älteren Teilen der Stadt, z. B. von Alt-Schöneberg und von der Gegend am Nollendorfplatz herum, wurde von den Stadtverordneten lebhaft bemängelt, und die Errichtung mehrerer Verkaufsstellen wurde angeregt.

*

Städtische Kartoffelversorgung in Charlottenburg.

Die Kartoffelversorgung der Charlottenburger Bevölkerung wird der Magistrat in der Weise sicherstellen, daß er von jetzt ab einer Anzahl von Händlern Kartoffeln liefert, die unter städtischer Aufsicht und Kontrolle in kleinen Mengen an die Bevölkerung abgeben werden und zwar zu einem vom Magistrat festgesetzten Preise. Um preisregulierend auf den Kartoffelkleinhandel zu wirken, ist der Preis für diese Kartoffeln auf 55 Pf. für 10 Pfd. bemessen. Da der Magistrat in nächster Zeit erhebliche Kartoffelzufuhren zu erwarten hat, ist zu hoffen, daß der Kartoffelmangel in Charlottenburg bald behoben sein wird.

Brotpreiserhöhungen.

Wie das „Schöneberger Tageblatt" mitteilt, haben die dortigen Bäckermeister in einer am Montag abgehaltenen Versammlung beschlossen, die jetzt bestehenden Brotpreise zu erhöhen. Nach diesem Beschluß müssen die Schöneberger Einwohner jetzt für ein 2-Pfund-Brot 50 Pf., für 3 Pfund 75 Pf. und für ein 4-Pfund-Brot 1 M. bezahlen. Die Bäckermeister gaben zur Begründung ihres Vorgehens an, daß die Stadt Schöneberg jetzt für das Roggenmehl 44 M. pro Doppelzentner von den Bäckermeistern verlange, während es vordem 39 M. gekostet habe. Wer bis jetzt noch kein Mehl von der Stadt erhalten habe, bekomme 2 Sack zu 39 M. und 2 Sack zu 44 M. Danach kostet das Mehl im Durchschnitt 41,50 M. War bei diesen Preisen eine Brotpreiserhöhung notwendig? Wir sagen: Nein! Wir verweisen auf die Maßnahmen der Stadtgemeinde Neukölln, die sie bis Ende Januar getroffen hatte. Die Stadtgemeinde hatte mehrere tausend Zentner Getreide zu Höchstpreisen gekauft, und war bei diesen Preisen in der Lage noch mit einem kleinen Gewinn das Mehl für 31,50 M. an die Bäckermeister abzugeben. Die Bäckermeister mußten sich aber verpflichten, ein 3-Pfund-Brot für 45 Pf. zu liefern. Ist der Preis des Mehles nur um ein Drittel gestiegen, so mußte es im gleichen Verhältnis möglich sein, ein 3-Pfund-Brot für 60 Pf. zu liefern. Der Preis für ein 3-Pfund-Brot ist ja auch schon längst durch die Berliner Bäckermeisterversammlung auf 68 Pf. festgesetzt worden. Zu neuen Preissteigerungen liegt aber nicht der geringste Anlaß vor. Es wird daher höchste Zeit, daß die Groß-Berliner Kommunen Brot- und Gewichtpreis festsetzen, damit eine Uebervorteilung der Bevölkerung vermieden wird.

Kurse für stotternde Schulkinder.

Die städtische Schuldeputation hat im Schuljahr 1913/14 in 12 Schulkreisen insgesamt 29 Heilkurse für stotternde Gemeindeschulkinder eingerichtet. An diesen Kursen waren 365 Schüler, und zwar 295 Knaben und 70 Mädchen, beteiligt. Die Leitung der Kurse lag in den Händen des Direktors Schorsch von der städtischen Taubstummenschule.

Die Abschlußprüfungen fanden im März in Gegenwart der Schulinspektoren, Schulärzte und Rektoren statt. Es wurden 332 Kinder geprüft. 221 Kinder konnten als völlig geheilt bezeichnet werden, das sind 66,8 Proz. Die entsprechenden Ziffern der Jahre 1911, 1912 und 1913 lauten auf 62, 62 und 66 Proz. Nur bei 3 Kindern war die Behandlung erfolglos geblieben. Bei 108 Schülern war eine erhebliche Besserung eingetreten, und eine erhebliche Anzahl dieser als gebessert bezeichneten Kinder ist dann noch im Nachkursus völlig geheilt worden. Es haben auch Versuche mit einer neuen Heilmethode stattgefunden, doch hat sich ergeben, daß die Erfolge mit dieser Methode weit geringer waren, als die Erfolge, die mit den in den städtischen Kursen angewandten Methoden erzielt werden.

Geschäftsstatistik der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin

für die Woche vom 8.—14. Februar 1915.

1. Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind 706 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 217, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 75, bewilligt 430. Ausgeschieden aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiedereintritts in Arbeit oder Erwerb) sind 899 Personen. 1510 männliche und 8081 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrage von 39 861 M., davon je 4 M. 8091 Personen, je 5 M. 1500 Personen.

2. Von der Stadt wurden an 3851 Mitglieder von 15 Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die selbst satzungsgemäß Unterstützung gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrage von 13 314,06 M. gezahlt. Hiervon trafen auf die freien Gewerkschaften 3587 Mitglieder mit 12 251,75 M. (und zwar Metallarbeiter 1539,70 M., Holzarbeiter 3811,85 M. usw.).

3. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 20 671 bei ihr überhaupt bis 13. Februar 1915 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 14 860 genehmigt. Gegenüber der Vorwoche sind hinzugekommen 29 Personen. Insgesamt sind 10 476 M. an 1519 Personen gezahlt worden.

Zeichnungen auf die zweite Kriegsanleihe des Deutschen Reiches

in der Zeit vom 27. Februar bis 19. März d. J. werden im Rathaus, Haupteingang an der Königstraße, 1 Treppe, Vorraum zum Sitzungssaal der Stadtverordneten, in der Zeit von 8½—3 Uhr entgegengenommen. Die bei Deckung des Preises der Anleihe zu benützenden Sparbücher sind bei der Zeichnung vorzuzeigen, werden aber von der Sparkasse nicht in Verwahrung genommen.

Goldsammlung bei der Sparkasse.

In der Zeit vom Ausbruch des Krieges bis zum 3. Dezember v. Js. sind bei der städtischen Sparkasse in Berlin eine Million Mark in Gold eingezahlt und von der Kasse an die Reichsbank abgeführt worden. Seit dem 3. Dezember bis heute sind weitere 2 110 000 M. in Gold bei der Sparkasse eingezahlt worden, so daß bisher 3 110 000 M. an den Goldschatz der Reichsbank abgeliefert werden konnten.

An der Goldsammlung will sich auch die Direktion der Treptower Sternwarte beteiligen, indem sie jeden, der 20 M. in Gold gegen Papiergeld an der Kasse der Sternwarte eintauscht, eine Freikarte im Werte von 1 M. zur Beobachtung mit dem großen Fernrohr verabfolgt.

Dazu lassen Arbeiter sich gebrauchen?

Dem Kino ist als Stoff für seine auf Sensation abzielenden Darbietungen auch der Streik willkommen. Selbstverständlich sind von einem Streik — wie von dem meisten, was es in Kinos zu sehen gibt — Aufnahmen „nach der Natur" in der Regel nicht zu haben. Auch Streikszenen müssen, damit man sie im Film festhalten und sie dann vor staunenden Kinobesuchern vorüberzappeln lassen kann, mehr oder minder „naturwahr" von Schauspielern und einer dazu gemieteten Statistenschar gemimt werden. Als Statisten bei Kinoaufnahmen dienen Gelegenheitsarbeiter aller Art und auch viele Arbeitslose, denen mit den paar Groschen Verdienst mal wieder für einen Tag geholfen ist. Nun hat eine Filmgesellschaft die „feine Idee" gehabt, in einer richtigen Fabrik unter Verwendung von Arbeitern des Betriebes einen „Streik" aufzunehmen. Wird man's glauben, daß eine Fabrikleitung derartiges gutheißen und gestatten könnte, und daß Arbeiter, die Arbeit und Brot haben, sich hierzu hergeben möchten?

Schauplatz solcher gemimten „Streikszenen", die für das Kino aufgenommen wurden, war kürzlich die Fabrik von R. A. Hartmann in Rudow. Leider trugen viele der dort beschäftigten Arbeiter kein Bedenken, sich dabei als Statisten gebrauchen zu lassen. Sie hatten die Aufgabe, sich zusammenzuscharen, möglichst aufgeregt zu tun, mit den Armen umherzufuchteln und — wohl zur Erzielung einer „naturwahren" Stimmung und eines entsprechenden Gefühlsausdruckes — zu schreien: „Das lassen wir uns nicht gefallen! Raus! Raus!" Den „bedrohten" Arbeiter, dem diese Rufe galten, stellte ein Schauspieler dar, wobei er seine „Angst" durch die tollsten Grimassen auszudrücken sich bemühte. Ein Regisseur machte den „streiklustigen" Arbeitern die Schreierei und Umherfuchtelei recht wirkungsvoll vor, bis alles nach Wunsch gelang. Auch ein ganz „Rabiater", der einen Holzschlägel schwingen mußte, fehlte nicht in dieser Szene. Sie endete damit, daß die Schreier, taub gegenüber allen Beruhigungsversuchen, die Arbeit hinschmissen und die Fabrik verließen. Alles das mimten sie zur Zufriedenheit des Regisseurs. Die Filmgesellschaft, die für ihr Werk so willige Helfer gefunden hatte, ließ sich nachher nicht lumpen. Den Teilnehmern spendete sie Bier, und einige Hauptbeteiligte erhielten noch eine Vergütung in barem Gelde.

Nun wird man's wohl bald erleben, daß der mit Hilfe schauspielernden Arbeiter zustandegebrachte „Streikfilm" die Runde durch die Kinos macht. Da werden dann die Kinobesucher sich darüber „belehren" können, „wie die organisierte Arbeiterschaft es treibt" und „wie es bei Streiks zugeht."

Zweckverbandswahlen in Neukölln.

Die Ergänzungswahlen zum Zweckverband für Groß-Berlin wurden am Donnerstag in gemeinsamer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats angenommen. Von den zehn Vertretern und zehn Ersatzmännern schieden je fünf aus. Es wurden wiedergewählt: Bürgermeister Dr. Weinreich und die Stadtv. Abraham und Emmelmann als Vertreter, Stadtrat Dr. Mann und die Stadtv. Voegelle und Winter als Ersatzmänner, neugewählt: Stadtrat Fischer und Stadtv. Scholz (Soz.) als Vertreter und Stadtrat Thiemann und Stadtv. Groger (Soz.) als Ersatzmänner.

*

In der **Neuköllner Stadtverordnetenversammlung** am Donnerstag wurden zunächst die wiedergewählten Stadtverordneten Sander und Schwarze (Soz.) durch den stellvertretenden Vorsteher Scholz eingeführt und ersterer wieder als Vorsteher gewählt.

Die Vorlage des Magistrats auf Regulierung des Mittelbuschweges von der Köllnischen Allee bis zur neuerbauten städtischen Desinfektionsanstalt fand durch den Vertreter der Altbürgerlichen, Stadtv. Voigt, Widerspruch. Dieser beantragte Ablehnung, da wegen der gesteigerten Materialpreise und der erhöhten Arbeitslöhne die Kosten zu hoch würden, und behauptete, daß auch Arbeiter jetzt nicht zu haben sein dürften. Stadtv. Kloth (Soz.) trat dem entgegen, weil einerseits die unglaubliche Beschaffenheit der Straße eine Aenderung dringend erheische und andererseits von einer Erhöhung der Arbeitslöhne für Steinsetzer usw. so wenig wie von Arbeitermangel die Rede sein könne. Die behördliche Arbeitslosenstatistik weise im Gegenteil die doppelte Ziffer gegenüber dem Vorjahr nach. Auch Stadtrat Mier befürwortete lebhaft die Vorlage, worauf diese angenommen wurde.

Die Straßenbauten im Luisenstadtkirchen-Gelände gingen zur nochmaligen Vorberatung an die Tiefbaudeputation zurück, wohingegen die Regulierung der Donaustraße und deren plakartige Erweiterung vor dem neuen Stadtbad (Kosten 53 800 M.) allgemeine Zustimmung fand. Der vollständige Ausbau soll jedoch erst nach Fertigstellung des Neubaues der städtischen Sparkasse an der Ecke Richard- und Ganghoferstraße erfolgen. Die Regulierung der Kirchgasse von der Richardstraße bis zum Denkmalsplatz wurde ebenfalls genehmigt.

Der vorgelegte Kostenanschlag über den Neubau der staatlichen Baugewerkschule in der Leinestraße, der mit 1 175 000 M. einschließlich Grunderwerbskosten abschließt, wurde genehmigt, desgleichen eine Aenderung des Vertrages, welcher mit der preußischen Unterrichtsverwaltung über die Errichtung eines staatlichen Gymnasiums für Knaben in Neukölln abgeschlossen werden soll.

Die Vorlage über den Bau eines Jungviehstalles auf dem Rieselgut Boddinsfelde zog Bürgermeister Dr. Weinreich zurück, da zuvor der Versammlung eine Denkschrift über die städtische Viehzucht unterbreitet werden soll.

In den Vertrauensmänner-Ausschuß für die Wahlen der Schöffen und Geschwornen wurde u. a. auch Genosse Wutzky delegiert.

Verwendung der Brotkarten in Neukölln.

Ueber die Verwendung der Brotkarten herrschen in der Neuköllner Bevölkerung noch verschiedene Unklarheiten. In den Kreisen der Bäckermeister hat die Meinung Platz gegriffen, daß die Abtrennung der Abschnitte für das zu liefernde Frühstück entweder am Anfang oder am Schluß der Woche stattfinden könne. Ein solches Verfahren ist unzulässig. Von einigen Bäckermeistern ist sogar erklärt worden, daß sie bei Lieferung von Frühstück der Brotkarten seitens der Einkäufer nicht bedürfen. Ein solches Verhalten hat die Bestrafung der Beteiligten zur Folge. Die größte Unsicherheit besteht über die Behandlung der Brotkarten der Gastwirtschaften. Ein großer Teil der Bäcker hat es abgelehnt, den Schankwirten ohne Anweisung und ohne Brotkarten Brot zu verkaufen. Die erlassene Verordnung rechtfertigt eine solche Handhabe nicht, da die Schankwirte das Brot in der Absicht gewerblicher Weiterveräußerung entnehmen und infolgedessen zum Bezuge von Brot und Mehl nach der bestehenden Verordnung ohne Anweisung befugt sind. In den Schankwirtschaften darf Brot allein überhaupt nicht abgegeben werden, sondern nur Brot in Verbindung mit Speisen. Das Brot ist dann besonders zu bezahlen und darf nur gegen Abgabe einer Brotmarke verabfolgt werden. Auch Butterbrote und belegte Brote dürfen nur gegen Brotmarken abgegeben werden. Die Schankwirte sind in der Entnahme von Brot und Mehl selbstverständlich beschränkt und müssen den Einkauf und Verbrauch zu gewerblichen Zwecken in den von ihnen zu führenden Büchern nachweisen. Insoweit der Verbrauch durch Abgabe an Gäste stattgefunden hat, haben sie die erforderlichen Brotabschnitte dem Revier vorzulegen. Nach dieser Sachlage empfiehlt es sich für die Bäckermeister, über die Abgabe von Brot an Schankwirte ein besonderes Buch zu führen, aus welchem sich der Name und die Wohnung des Schankwirts sowie der Umfang der Brot- und Mehllieferung ergibt.

Nahrungsmittelfürsorge in Johannisthal.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde beschlossen, da die im Herbst angekauften Kartoffeln bereits ausgegeben sind, weitere 1000 Zentner zu beschaffen. Zur Versorgung mit Fleisch und Wurstwaren sind 20 000 M. bereit gestellt. Die Vertretung beschloß ferner, 50 Zentner Klippfische, 100 Zentner Reis und 1500 Zentner Preßkohlen einzukaufen. Auch will die Gemeinde 1 Waggon Petroleum einkaufen.

Mit der Ueberweisung von Ländereien zur Bestellung mit Gemüse oder Kartoffeln wird am Sonntagvormittag 10 Uhr begonnen werden. Die Gemeinde beabsichtigt, auch den zur Bestellung notwendigen Dünger zu besorgen.

Vergebung von Ackerland.

Auch die Pankower Gemeinde will an ihre Bürger Kartoffel- und Gemüseland abgeben. Es handelt sich um etwa 130 Morgen, die gleichmäßig in Parzellen von ½ Morgen Fläche zur Verteilung gelangen sollen. Das Land wird gepflügt, reichlich mit Natur- und Kunstdünger und mit Aussaat fix und fertig hergerichtet. Den Pächtern verbleibt lediglich die Sorge für weitere geeignete Pflege und die spätere Ernte. Die Gemeindevertretung setzte den Pachtpreis pro Parzelle auf vorläufig 25 M. fest. Sollten die Selbstkosten der Gemeinde diesen Betrag nicht erreichen, so wird die Pachtsumme verringert. Von der Pacht sind 7,50 M. sofort anzuzahlen und der Rest in wöchentlichen Raten zu 50 Pf. zu begleichen. Die nähere Regelung mit den Pächtern usw. wurde einer dreigliedrigen Kommission übertragen, der Genosse Kubig vorsteht. Interessenten, welche von dieser Pachtgelegenheit Gebrauch zu machen beabsichtigen, wollen unverzüglich in den beiden Pankower Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft (Berliner und Breßmestraße) Auskunft über Lage der Parzellen und alles weitere in Empfang nehmen.

Spende für ein Krüppelheim.

Unlängst hat eine Amerikanerin 100 000 M. zu dem Zwecke gestiftet, die Leiden der vom Kriege Betroffenen zu lindern. Der weitaus größte Teil dieser Summe ist dem „Oskar-Helene-Heim für Heilung und Erziehung gebrechlicher Kinder" in Zehlendorf überwiesen worden, das sich mit anderen Organen der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge E. V. die Aufgabe gestellt hat, Kriegsinvaliden, die den Verlust von Gliedmaßen und dauernde Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit erlitten haben, wieder arbeitsfähig und erwerbstätig zu machen.

Hausfrauenberatungsstelle in Wilmersdorf.

Der Nationale Frauendienst in Wilmersdorf, Brandenburgischestraße 11, Ecke Sächsischestraße, im Laden, hat eine Beratungsstelle für Hausfrauen eröffnet. Auskunft wird vormittags von 10—1 Uhr und nachmittags von 4—6 Uhr in allen die Kriegsküche betreffenden Fragen erteilt.

Kleine Nachrichten. An der Ecke der Prinzen- und Annenstraße bog Donnerstagabend ein beladener Rollwagen so kurz vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 28 auf das Gleis, daß der Führer des letzteren seinen Waggon nicht mehr rechtzeitig zum Stehen bringen konnte. Der Lastwagen wurde angefahren und infolge des Anpralles stürzte der Kutscher Richard Lehmann von seinem Sitz. Er erlitt eine Verletzung der Wirbelsäule und mußte nach dem Krankenhause Bethanien gebracht werden. — „In der Nacht zum Freitag geriet ein Automobilomnibus in der Frankfurter Allee in Brand. Als die Feuerwehr erschien, brannte der Omnibus lichterloh, so daß kräftig gelöscht werden mußte.

Der Volkskunstabend in Weißensee findet nicht in der Aula des Realgymnasiums, sondern in der Aula der 4. Gemeindeschule in der Wilhelmstraße statt.

Der Turnverein „Fichte" veranstaltet am Sonntag, den 28. Februar, nachmittags ½4 bis ½8 Uhr, ein Zusammenturnen seiner sämtlichen Lehrlingsabteilungen in der städtischen Turnhalle Germanenstr. 4. Das turnerische Programm umfaßt allgemeine Freiübungen, Riegenturnen, Hinderniseilbotenlauf und Spiele. Anschließend findet in den „Borussiasälen", Ackerstr. 6/7, ein Lichtbildervortrag: „Eine Wanderung durch die Uckermark" statt, wozu der Eintrittspreis 20 Pf. beträgt. Zu beiden Veranstaltungen sind Interessenten, besonders Jugendliche, herzlich eingeladen. Die Berliner Arbeiterschaft sei wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß der Verein in allen Stadtteilen Schüler- und Schülerinnen- sowie Lehrlingsabteilungen in städtischen Turnhallen unterhält. Der Monatsbeitrag beträgt bei ersteren 25 Pf., bei letzteren 35 Pf. Weitere Auskunft erteilt bereitwilligst die Geschäftsstelle, SO 16, Köpenicker Str. 108.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (B. a. G.) Hamburg. Filiale Baumschulenweg. Sonnabend, 27. Februar, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal von Boche, Baumschulenstr. 67.

Allgemeine Familiensterbekasse. Sonntag, den 28. Februar: Zahl- und Aufnahmetag von 3—5 Uhr im Restaurant, Gerichtstr. 12/13 und Buckower Str. 14.

Kleine Nachrichten.

Heiteres aus Flandern.

In der „Bremer Bürgerzeitung" lesen wir: Aus Gründen der Gesundheits- und Reinlichkeitspflege ließ ein höherer Sanitätsoffizier auf dem Kriegsschauplatze in Flandern folgende Anweisung an die Ortskommandanten ergehen:

„Wo Feldlatrinen nicht durchführbar sind, sind Fässer mit Deckeln in entsprechender Anzahl aufzustellen, welche zur Aufnahme von Fäkalien dienen. Diese müssen genügend groß und gut transportabel sein, mit seitlichen Oesen, in die Stangen gesteckt werden können."

Ein Feldwebel, dem offenbar die Bedeutung des Fremdworts „Fäkalien" nicht bekannt war, erstattete darauf folgende Meldung:

„Da die Chevauleger (bayerische Kavallerie) im Herstellen von starken mit seitlichen Oesen versehenen, gut transportablen Fäkalien nicht ausgebildet sind, bittet die Kommandantur behufs Unterweisung in diesem Dienstzweig Abstellung eines Sanitätsdienstgrades auf die Dauer von drei Tagen."

Hoffentlich sind inzwischen die tapferen Chevauleger in der gewünschten Herstellung genügend unterrichtet worden. Drei Tage sind dafür jedenfalls mehr als genug.

Eine Familie durch Gas vergiftet.

Einer Meldung aus Köln zufolge wurde der vierzigjährige Kaufmann Reiffeffli mit seiner Frau und seinem zehnjährigen Töchterchen, durch Gas vergiftet, tot in seiner Wohnung aufgefunden. Ob ein Unglück oder Selbstmord vorliegt, steht noch nicht fest. Der Gashahn stand offen.

Die Wut der Elemente im Erdbebengebiet.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Was die Wucht des Erdbebens in den betreffenden Ortschaften noch am Leben gelassen hat, scheinen Sturm und Wasser vernichten zu wollen. Der Liri und viele kleinere Gebirgsflüsse sind aus ihren Ufern getreten und haben die Baracken unter Wasser gesetzt. Nicht genug damit, hat ein Orkan zahlreiche Baracken umgestürzt und die Zelte abgerissen. Das fürchterliche Wetter macht das Problem der Wiedererstehung der Ortschaften ungeheuer schwierig. Noch befinden sich annähernd 20000 Flüchtlinge aus dem Erdbebengebiet in Rom. Man kann sie nicht zurückschicken, ehe die Baracken vollendet sind, und der Barackenbau liegt danieder, solange das Unwetter wütet. Inzwischen sind in Rom die überlebenden Familien in Hospitälern und Asylen versprengt, und die Hauptstadt selbst ist zum zweiten Male vom Hochwasser bedroht, das unter anderem mehrere Flüchtlingenasyle von jeder Verbindung abschneidet. Die von allen ersehnte Rückkehr zum normalen Leben in den Dörfern wird durch das anhaltende Unwetter verhindert und der Jammer der unglücklichen Opfer verlängert.

Ueberschwemmungen in Südfrankreich. Die schweizerische Depeschenagentur meldet aus Grenoble: Im Gebiete von Grenoble sind zahlreiche Lawinen niedergegangen, die Ueberschwemmungen verursachten. Die Fabriken und Elektrizitätswerke mußten stillgelegt werden, der Verkehr ist stellenweise unterbrochen; mehrere Züge sind stecken geblieben. Da der Schneesturm noch andauert, ist eine Besserung der Lage vorläufig nicht zu erwarten. Der Sachschaden ist sehr bedeutend.

Ein bulgarisches Kriegsgerichtsurteil. Die Agence Bulgare meldet: Das Kriegsgericht in Rustschuk hat in der Angelegenheit der Kapitulation des 33. und 34. Regiments das Urteil gefällt, die gelegentlich des Einmarsches rumänischer Truppen in Bulgarien im Jahre 1913 gemeutert und sich den Rumänen ergeben hatten. Der Oberstleutnant und zwei Majore wurden zum Tode durch den Strang verurteilt, ein Major und 15 Reserve-Leutnants, die gleichfalls zum Tode verurteilt worden waren, wurden gemäß den von der Sobranje angenommenen Gesetzen begnadigt.

Parteiveranstaltungen.

Sechster Wahlkreis. Jugendabteilung. Die Versammlungen der jugendlichen Mitglieder von 18—21 Jahren finden am Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr, in nachstehenden Lokalen statt: Strack, Schönhauser Allee 134a, Kersin, Pankstr. 60, Nietschmann, Gerichtstr. 71, und Schröder, Stromstr. 36.

Referenten sind die Genossen E. Neumann, E. Dörling, H. Schulz und E. Reuter.

Treptow-Baumschulenweg. Sonntag, den 28. Februar, vormittags 8 Uhr, wichtige Handzettelverbreitung in allen Bezirken.

Alt-Glienicke. Heute abend 8 Uhr im Lokal von Fritz Bahr, Köpenicker Str. 45: Mitgliederversammlung.

Pankow. Die Genossen der Bezirke 1, 2, 3, 4, 6, 8, 10, 11, 12 und 14 treffen sich am Sonntag früh pünktlich um 8 Uhr in den Zahlabendlokalen.

Spandau. Morgen, Sonntag, vormittags 8 Uhr, treffen sich sämtliche Parteigenossen in ihren Zahlabendlokalen zwecks Vornahme einer wichtigen Agitation.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Lindenstr. 3, IV.** Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von **4 bis 7 Uhr**, am Sonnabend von **5 bis 6 Uhr** statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

H. 907. Aus jenem Gebiet kennen wir einen solchen Ort nicht. Wohl aber gibt es einen Ort mit diesem Namen im südwestlichen Ungarn. — **B. K. 112.** Davon kann keine Rede sein. Ihre Sendungen bekommen Sie anstandslos ausgeliefert. — **J. S. 9.** Ja; Gesuche sind an Stadtrat Dr. Mann, Rathaus, zu richten. — **H. J. 12.** 1—4. Wenden Sie sich an das Haupttelegraphenamt in der Französischen Straße, Ecke Oberwallstraße. Alles Nähere erfahren Sie dort. — **W. R. 27.** Vielleicht gelingt es Ihrem Schwager, wenn er sich an den Sozialistischen Leseklub in Paris wendet: 49 Rue de Bretagne. — **P. B. 90.** Nein. — **S. 111.** Durch Zahlungsbefehl. — **Abzahlung 44.** Schicken Sie für jeden Fall den Widerspruch beim Gericht ein. — **58 830. G.** Wenn die Frau noch nicht ausgesteuert ist, muß die Krankenkasse zahlen. — — **M. G. 37.** Sie sind aus jedem Militärverhältnis ausgeschieden. — **O. B. 145.** Wegen Erkrankung der Lymphgefäße dienstuntauglich. Die erste Bezeichnung bezieht sich auf Erkrankung der Augen. — **M. H. 50.** Die Mitspieler haben Anspruch auf einen event. Gewinn. Sie könnten die Beiträge für die einzelnen Ziehungen einklagen. — **Gertrud 41.** 1. Sie werden zur Zahlung verpflichtet sein. 2. Wegen Lungenkrankheit dienstuntauglich; der Bruder ist dienstfähig, geringe Hauterkrankung. **M. W. 25.** 1. Sie müssen dafür nicht aufkommen. 2. Das ist schwer zu sagen. Höchstens durch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. — **E. G. 174.** Eine Einziehung halten wir für ausgeschlossen. — Das kommt wesentlich auf das Gutachten des Arztes an. — **H. P. 13.** Die Ansprüche können nach Beendigung des Feldzuges noch geltend gemacht werden. — **F. 17.** Wegen übermäßiger Fettleibigkeit dienstuntauglich. Wegen Krankheiten des Lymphsystems dienstuntauglich. Wegen chronischer Nervenkrankheit dienstuntauglich. — **G. M. 12.** Der Vertrag ist durch den Krieg nicht gelöst. Sie haften für die Miete. — **R. R. 23.** Gegen die Steuerzahlung ist nichts einzuwenden. — **E. U. 70.** In diesem Falle werden Sie die Unterhaltungspflicht verweigern können, sonst müßten Sie bei durch Krankheit verursachter Arbeitsunfähigkeit für den Unterhalt aufkommen.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmittag: Trocken und vielfach heiter, in den Tagesstunden mild, in der Nacht zu Sonntag an den meisten Orten, besonders im Binnenlande, leichter Frost.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 160 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

8. Reservekorps. Feldgendarmerietrupp des Generalkommandos.

14. Armeekorps; Intendantur.

Stab der 50. Ref.-Inf.-Brigade; 1., 2. und 3. Garde-Reg.; 1. Garde-Ersatz-Reg.; Grenadier-Regimenter Alexander, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 2, 7, 9, 20, 21, 23, 28, 32, 35, 36, 40, 43, 48, 52, 54, 55, 56, 61, 65, 67, 68, 69, 84, 85, 86, 87, 88, 93, 95, 98, 99, 109, 115, 128, 132, 135, 136, 141, 142, 143, 146, 149, 150, 151, 153, 156, 159, 160, 164, 166, 171, 175; Inf.-Reg. Nr. 1 der Brigade Doussin; Kombiniertes Inf.-Reg. v. Weber; Ersatz-Regimenter Nr. 28 und Königsberg III; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 6, 12, 15, 20, 21, 23, 31, 35, 37, 38, 46, 48, 51, 61, 65, 72, 75, 78, 81, 91, 93, 94, 98, 109, 110, 201, 205, 206, 212, 219, 223, 227, 228, 229, 271; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 9, 10, 11, 13, 18, 19, 32, 47, 52, 55, 61, 76, 90, 109, 110, 118; Landsturm-Reg. Nr. 109; Ueberplanmäßige Landwehr-Infanterie-Bataillone Nr. 3 und Nr. 5 des 4. Armeekorps; Landwehr-Ersatz-Bataillon Kulm; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 7, 9, 15, 27, 32, 33; Landwehr-Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 42; Landsturm-Bataillone II Bromsberg. II Breslau, 1. und 3. Coblenz, IV Darmstadt, 3. Freiburg, Gelsenkirchen, 2. Siegburg, Tilsit und Nr. 92; Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 2, 3, 4, 18, 19; Festungs-Maschinengewehr-Komp. Nr. 2; Ref.-Festungs-Maschinengewehr-Abt. Nr. 8; Feld-Maschinengewehr-Zug Nr. 38.

Regiment der Garde du Corps; Garde-Ref.-Dragoner; Kürassiere Nr. 6, Dragoner Nr. 4, 5, 6, 11, 13; Reserve-Dragoner Nr. 5, 8; Husaren Nr. 4, 7, 8, 11; Reserve-Husaren Nr. 9; Ulanen Nr. 5, 13; Jäger zu Pferde Nr. 5, 13.

Stab der 4. Feldart.-Brig.; 2. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 2, 14, 22, 41, 45, 47, 50, 58, 69, 76; Reserve-Feldartillerie-Regimenter Nr. 29, 44, 47, 52.

1. und 2. Garde-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regimenter Nr. 3, 9, 15; Reserve-Fußart.-Regimenter Nr. 2, 14, 17, 18; Landwehr-Fußart.-Reg. Nr. 5.

Pionier-Regimenter Nr. 23, 31; Garde-Pion.-Ers.-Bat.; Pionier-Bataillone: I. und II. Nr. 2. I. Nr. 4. I. und II. Nr. 6. I. und II. Nr. 8. I. Nr. 14. II. Nr. 15. I. Nr 16. III. Nr. 16. Pionier-Ers.-Bat. Nr. 2; Reserve-Pionier-Bat. Nr. 32; 44. und 92. Reserve-Pionier-Komp.; 1. Landwehr-Pionier-Komp. des 6. Armeekorps; 1. Landsturm-Pionier-Komp. des 7. Armeekorps; Minenwerfer-Abteilung des 21. Armeekorps.

Eisenbahn-Reg. Nr. 1; Eisenbahn-Baukomp. Nr. 7.

Inf. Munitionskolonne Nr. 4 des 11. Armeekorps; Landwehr-Inf.-Munitionskolonne Nr. 4.

Arbeiter-Bat. Königsberg i. Pr.

Sanitäts-Komp. Nr. 1 des 1. Armeekorps; Nr. 2 des 15. und Nr. 2 des 16. Armeekorps; Nr. 3 (ohne Angabe des Armeekorps); Reserve-Sanitäts-Komp. Nr. 6 des 6. Reservekorps und Nr. 2 (ohne Angabe des Armeekorps); Feldlazarette Nr. 7 des 16. Armeekorps und Nr. 9 (ohne Angabe des Armeekorps); Hilfs-Lazarettzug Nr. 6.

Proviantkolonne Nr. 4 des 11. Armeekorps; Reserve-Fuhrpark-Kolonne Nr. 17 des 6. Reservekorps; Feldbäckereikolonne Nr. 1 des 9. Armeekorps.

Militär-Bauamt Königsberg i. Pr. III.

* * *

Die Sächsische Verlustliste Nr. 113 bringt Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 100, 104, 105, 106, 107, 108, 134, 139; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 102, 104, 106, 107, 133, 245; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 104; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 45, 46, 64; Jäger-Bat. Nr. 12, 13; Reserve-Jäger-Bat. Nr. 12, 13; Pionier-Bataillone I. Nr. 12, II. Nr. 12; I. Nr. 22, II. Nr. 22; 1. Pionier-Ersatz-Komp. 2. Bat. Nr. 22; Reserve-Pionier-Komp. Nr. 53, 54; Landwehr-Pionier-Komp. des 12. Armeekorps; Train-Ersatz-Bat. Nr. 12; Korps-Schlächterei Nr. 4, 12. Reserve-Armeekorps.

Die Württembergische Verlustliste Nr. 125 bringt Verluste des Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 52; Füsilier-Reg. Nr. 122; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 123, 124; Feldart.-Reg. Nr. 29; I. Ersatz-Abt. Feldart.-Reg. Nr. 65; I. Munitionskolonnen-Abteilung.

Soziales.

Formales Recht.

Um eine Marke. Eine bittere Enttäuschung erlebte auf ihre alten Tage die Botenfrau Emilie Paerschke in Hakenberg bei Fehrbellin, die für ihren Lebensabend durch Invalidenbeiträge ausreichend gesorgt zu haben glaubte.

Die Frau wurde eines zunehmenden Bruchleidens wegen für erwerbsunfähig erklärt und widerspruchslos wurde ihre Invalidität anerkannt. Schon 1908 mußte sie ihren Beruf aufgeben und um ihrer Rechte nicht verlustig zu gehen, klebte sie freiwillig weiter. Als sie nun auch aus ihren Leistungen ihren Anspruch geltend machte, rechnete ihr die Versicherungsträgerin nach, daß sie die Wartezeit nicht erfüllt habe, denn in der Zeit vom 12. Oktober 1910 bis 1912 habe sie statt 20 nur 19 Marken geklebt. Es müsse ihr daher die Rentenzahlung verweigert werden.

Vor dem **Oberversicherungsamt** in Potsdam hoffte sie durch Urteil dennoch zu ihrem Recht zu kommen. Das Kollegium vermochte aber den formalen Einwand nicht außer Acht zu lassen und mußte dem Standpunkt der Landesversicherungsanstalt beitreten und wegen Nichterfüllung der Wartezeit ihren Anspruch als erloschen erklären. Die Frau ist umso schlimmer daran, als sie nicht mehr imstande ist, das Versäumte nachzuzahlen, weil sie bereits für erwerbsunfähig erkannt ist.

Der Fall lehrt wieder recht deutlich, daß es nötig ist, solche formale Härten zu beseitigen, die jede Altershoffnung zertrümmern. Mit vollem Recht wendeten sich seinerzeit nicht nur unsere Genossen, sondern auch später der erste Präsident des Reichsversicherungsamts Dr. Bödiker gegen das Klebesystem, das naturgemäß solche materiellen Unbillgkeiten nach sich ziehen muß.

Gerichtszeitung.

Wieder eine bestrafte Kartoffelhändlerin.

Ein Verstoß gegen die vorgestern aufgehobene Verordnung des Oberbefehlshabers in den Marken betr. die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln führte gestern die Marktverkäuferin Frau Schneider aus Charlottenburg vor die 1. Strafkammer des Landgerichts III.

Da dem Magistrat von Charlottenburg vielfach Klagen von Hausfrauen über Nichtinnehaltung der Höchstpreise seitens der Kartoffelhändler auf den Wochenmärkten zu Ohren gekommen waren, wurde von der Stadtverwaltung eine besondere Beamtin angestellt, welche die Preise auf den Wochenmärkten feststellen, und diejenigen Händler, welche sich nicht an die Höchstpreise hielten, unnachsichtlich zur Anzeige bringen sollte. Die betreffende Kontrollbeamtin stellte u. a. fest, daß die jetzige Angeklagte auf dem Wochenmarkt in der Spreestraße und am nächsten Tage auf dem Friedrich-Karl-Platz für Dabersche Kartoffeln nicht den vorgeschriebenen Höchstpreis von 40 Pfennigen, sondern 45 Pfennige verlangte. Die Folge war die Strafanzeige und die Erhebung der jetzigen Anklage. Das **Gericht** hielt die Angeklagte trotz ihrer Einwendungen für überführt und verurteilte sie dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu **30 Mark Geldstrafe.**

Das Erkenntnis kann leider in der Berufungsinstanz nicht aufrecht erhalten werden. Nach § 2 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs muß Freisprechung erfolgen, da die Verordnung vor der Aburteilung aufgehoben war. Beschlagnahme der Kartoffelvorräte und eine allgemeine Preisfestsetzung auf höchstens 3,50 Mark kann allein der Preistreiberei ein Ende machen.

Unerbetener Besuch beim Oberbürgermeister.

Ein gewerbsmäßiger Paletotdieb, der in der Wohnung des Oberbürgermeisters Wermuth auf frischer Tat abgefaßt worden war, wurde gestern in der Person des schon vielfach vorbestraften Schreibers Artur Rosenberg der Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt.

Der Angeklagte betrieb als Spezialität Paletotdiebstähle, und zwar gestaltete er dieses edle Handwerk dadurch zu einem besonders gemeingefährlichen, daß er nicht wie andere Gauner die Restaurants aufsuchte, sondern den Warteräumen vielbeschäftigter Aerzte und anderen in der Oeffentlichkeit stehenden bekannten Persönlichkeiten, die eine bestimmte Sprechzeit hatten, Besuche abstattete. Auf diese Weise gelang es ihm, in ganz kurzer Zeit aus den Wartezimmern mehrerer Aerzte zehn Paletots zu entwenden. Eines Tages erschien er in der Wohnung des Oberbürgermeisters Wermuth in der Klosterstraße und ließ sich durch das öffnende Dienstmädchen bei diesem anmelden. Kaum hatte das Mädchen das Wartezimmer verlassen, als der Angeklagte den auf dem Korridor hängenden Paletot des Oberbürgermeisters ergriff, sich ihn anzog und damit verschwinden wollte. Durch die Aufmerksamkeit des Hausportiers, der sofort den Paletot wiedererkannte, gelang es endlich, dem gefährlichen Diebe das Handwerk zu legen. — Mit Rücksicht darauf, daß es sich um einen gewerbsmäßigen Verbrecher handelt, erkannte die Strafkammer dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf **4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.**

Selbstmord im Untersuchungsgefängnis.

Mit dem Selbstmord eines wegen **Mordversuchs** angeklagten Täters fand eine Ehetragödie ihren Abschluß, welche am nächsten Montag das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Banzura** beschäftigen sollte. Unter der Anklage des Mordversuchs an seiner Ehefrau sollte sich der **Töpfermeister Hermann Weide** aus Charlottenburg vor den Geschworenen verantworten. — Der mehrere Jahre verheiratet gewesene W. lebte in sehr unglücklicher Ehe. Anläßlich einer häuslichen Szene zog W. plötzlich einen Revolver und gab auf seine Frau einen Schuß ab, der diese in den Unterleib traf; er selbst jagte sich eine Kugel in die Schläfe. Die beiden Verletzten wurden vollständig wieder hergestellt. Weide hat gestern nacht in einem Anfalle geistiger Umnachtung Hand an sich gelegt. Als der Aufseher morgens seine Zelle betrat, entdeckte er, daß sich W. an seinem Halstuche aufgeknüpft hatte und die Totenstarre bereits eingetreten war.

Ueberschreitung der Höchstpreise.

In interessanten Erörterungen über die Höchstpreise und den Geschäftsbetrieb der Konsumvereine kam es am Donnerstag vor dem Reichsgericht.

Vom Landgericht **Göttingen** ist am 28. November neben den Leitern einer Genossenschaftsmolkerei der Lagerhalter der Salzderhelbener Zweigstelle des Konsumvereins **Einbeck**, Heinrich **Behrens** in Salzderhelden, wegen Vergehens gegen das Gesetz betr. die Höchstpreise zu einer Geldstrafe von **20 Mark** verurteilt worden.

Der Landrat des Kreises Einbeck hatte am 3. September den Höchstpreis für ein halbes Pfund Butter auf 60 Pf. festgesetzt. Trotzdem hat die fragliche Molkerei im September und Oktober in Salzderhelden für ein Pfund Butter 1,22 M. und 1,20 M. verlangt und der Angeklagte Behrens hat in der gleichen Zeit die Butter für 1,20 M. verkauft. Behrens will sich nicht schuldig gemacht haben, da er selbst 1,22 M. habe bezahlen müssen. Geschädigt sei durch den Kaufpreis von 1,20 M. niemand, denn die Mitglieder erhielten den Reingewinn später zurück. Das **Landgericht** war der Ansicht, daß es hierauf nicht ankomme, und erklärte den Angeklagten für strafbar, da er die festgesetzten Höchstpreise gekannt hat. In seiner **Revision** rügte der Angeklagte Verkennung des Tatbestandsmerkmals des Höchstpreises. Dieser könne nur in Frage kommen bei wirklichen Verkäufen, nicht aber bei Warenbetrieb durch einen Konsumverein, der die Waren seinen Mitgliedern zum Selbstkostenpreis liefere, allerdings indem er die Einkaufspreise etwas erhöhe und den Ueberschuß am Ende des Jahres an die Mitglieder auszahle. Der **Reichsanwalt** hielt diesen Einwand für unbegründet. Allerdings sei das Gesetz erlassen worden, um übertriebenen Preissteigerungen vorzubeugen, welche lediglich dazu bestimmt sind, in spekulativer Weise die Konjunktur zugunsten einzelner auszunutzen. Aber daraus könne nicht geschlossen werden, daß das Gesetz nicht angewendet werden soll, wenn im einzelnen Falle eine Uebervorteilung ausgeschlossen ist, wie dies bei Konsumvereinen der Fall sein möge. In einem Konsumverein werden ja allerdings die Gewinne den Mitgliedern später zugeführt, aber es könne dies doch nicht von allen Mitgliedern gesagt werden. Denn mancher trete vorher aus und mancher wieder ein. Außerdem sei der Geschäftsverkehr der Konsumvereine nicht unter allen Umständen allein auf die Mitglieder beschränkt. Wenn der Angeklagte noch sage, die Verordnung des Landrates sei ungültig, weil sie keine Strafandrohung enthalte, so sei dieser Einwand hinfällig. Das Gesetz schreibe in keiner Weise vor, in welcher Form die fraglichen Be-

Damen-Mäntel-Fabrik

Paul Linck

Neukölln, Reuterstraße 63 an der Kaiser-Friedrich-Straße

Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Frühling 1915

Legen Sie Wert auf

Reelle Damen-Konfektion?

Kostüme, Paletots, Jacken, Röcke, Moiré- und Seidenrips-Mäntel

Tadelloser Sitz • Saubere Arbeit • Gute Stoffe und Zutaten sind die bekannten Kennzeichen meiner Fabrikate

Da ich selbst fabriziere, sind meine ***Preise auffallend billig.*** *(Keine Aufschlagpreise)*

Kostüm „Straßburg“ blau, grün und mode M. **36⁰⁰**

Kostüm „Metz“ blau, grün und grau . . . . . M. **45⁰⁰**

Strassenbahn-Haltestellen. *Reuterstrasse: Nr. 7, 10, 15, 27, 30, 47, 48, 53, 55, 65, 89, 94, I, II, V, P, R und ferner Görlitzer Bahnhof. Kaiser-Friedrich-Strasse: Nr. 22 und 46. Auto-Omnibus Nr. 11.*

kanntmachungen zu erlassen seien. Eine Strafandrohung sei dabei nicht erforderlich, da sie im Gesetze selbst enthalten ist, welches durch die Verordnungen lediglich ausgefüllt werde. Diesen Ausführungen folgend, verwarf das Reichsgericht die Revision als unbegründend. (3 D 45/15.)

Urteil im Ohmprozeß.

In der Revisionsverhandlung vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts gegen den ehemaligen Direktor der Niederdeutschen Bank Ohm und Genossen wurde, wie uns telegraphisch gemeldet wird, gestern nachmittag das Urteil verkündet. Auf die Revision des Angeklagten Ohm wurde das Urteil gegen diesen Angeklagten aufgehoben, soweit er wegen eines Vergehens gegen § 88, Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verurteilt worden ist, und das Verfahren wegen Verjährung als unzulässig eingestellt. Zum Zwecke der Bildung einer neuen Gesamtstrafe wurde die Sache an das Landgericht Dortmund zurückverwiesen. Im übrigen wurden die Revision dieses Angeklagten und der beiden Angeklagten Hartwig und von dem Esche sowie die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurückgewiesen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. Februar, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15—17; Neukölln, „Idealpassage"; Tegel, Bahnhofstraße 15, und Ober-Schöneweide, Alexstr. 2: Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn Dr. B. Wille: „Das Sprichwort vom Propheten und Berge." — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Stadt-Café
Berliner Straße 53 **Neukölln** gegenüber Rathaus
Von jetzt ab:
Täglich abends 8 Uhr
Konzert.

Aus meinen vielen reichhaltigen Abteilungen empfehle speziell **Zur Einsegnung** in grosser Auswahl zu meinen bekannt niedrigen Preisen!
Prüfungs- und Einsegnungs-Stoffe sowie Kleider

Cheviot-Wollbatist u. Kreppeline	schwarz u. farb. Meter 1.65,	1.10	Paillette Reine Seide, doppeltbreit Meter 3.75,	2.95	Einsegnungskleid geschmackvolle Ausführung, schwarz Popelinstoff	11.50
Satin-Tuch	reine Wolle, schwarz und moderne Farben Meter 2.65,	1.75	Eolienne schwarz und schöne moderne Farben, ca. 130 cm breit Meter 3.75,	3.25	Einsegnungskleid guter Popelinstoff mit langer Tunique, schwarz und weiss	14.75
Popeline-Serge- u. Kaschmir	schwarz u. moderne Farben, Meter 2.75,	1.95	Satin Grenadine Reine Seide ca. 130 cm breit Meter	5.25	Einsegnungskleid reich garniert, guter Popelinstoff in schöner Ausführung	19.75
Voile und Marquisette	ca. 130 cm breit, Meter 2.75,	1.95	Kleider-Köper-Samt florfest Meter 3.25, 2.25,	1.75	Einsegnungskleid mit langer Plissee-Tunique, guter Popelinstoff	24.50
Halbseide	glatt u. gemustert, ca. 130 cm breit, Meter 3.50,	2.25	Kleider-Köper-Samt garantiert florfest, 70 cm breit Meter 4.50,	2.80	Prüfungskleid guter Wollbatist, schöne Farben, geschm. Kragen- u. Manch.-Garn	25.75

Sämtliche Frühjahrs-Neuheiten sind eingetroffen

BERLIN W. Großgörschenstr. 1 **Kaufhaus Wilhelm Joseph** Schöneberg Haupt-Straße 163

von 14 M. **Einsegnungs-Anzüge** bis 30 M.
M. Schulmeister
Berlin SO, Dresdener Straße 4
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Prüfungs-Anzüge von 15 M. bis 40 M.

Kaiser-Brikett
ist für Ofenheizung am besten und am billigsten!

Allgemein., Versch.
R. Schellenberger, Café u. Cedit. Neukölln, Bergstraße 25/26.

Bäcker- u. Konditoreien
Bäckerei Nordstern Inh. Gust. Müller Filialen im Süden, Osten u. Umgebung.
C. Anders Okerstr. 11. Spez. Gutes schmackh. Brot
E. Bröge Leykestr. 18. gutes großes Brot
Erich Benthin, Falkstr. 12.
Arthur Friedrich, Reichenberger Straße 95
Rob. Gallert, Knesebeckst. 33
A. Gemeinhardt, Adalbertstraße 92.
Herm. Hierse, Thüringerstr. 17.
F. Klatki Neukölln Wissmannstraße 46.
Liesebery, Jahnstraße 19.
Fritz Nagel Mariendorfer Strasse 8.
F. Radloff Nklln., Allerstr. 37 Anerkanntgut. Kuchen.
Fritz Richter Cöpenicker-Strasse 117.
Joh. Rücker, Hatiborstr. 17.
Felix Schulze Nk. Sprembergerstr. 6.
Ernst Siegwald Mittenwalder Straße 44.
Otto Weirich Köllnisches Ufer 73
F. Wendt Schulterpromenade 29 Anerkanntgute Kuchen.

Badeanstalten
Lindenbad, Lindenstr. 30a

Drogen und Farben
Alfr. König Weserstraße 32. Parfümerie
W. Ungeraiten Drogen, Farben Waldemarst. 84.
B. Ufsen Adalbertst. 43 Farb., Drog., Seifen

Beerdigungs-Anst.
Jul. Grieneisen Neukölln Berlinerstr. 7—8. Tel. 1296. Holz- und Metallsargfabrik mit eigenem Fuhrpark.
Feuerbestattung
Otto Rengers Wiesenstr. 28.
G. Diesel Melchiorstr 17 Tel. Moritzpl. 176.
Max Fuchs Oppelnerstr. 1. Frankf. Allesnur 170.
P. Moesmann, Leichenbesorgerges. 179 Feuerbestatt. Ges. Schwerpb. 154 Nk.

Bettfedern
Berta Pfeffer Wienerstr. 17 Laden

Cigarren und Tabake
W. Salomon, Berlinerstr. 93, ferner kostenl. Rat in all. Prozeß- u. Strafs.
C. Stürzebecher Grünauer Str. 31
Johann Sauer Hermannst. 124 Bahnhof Hermannst.
H. Schneider Admiralstr. 20 T. Moritzpl. 11494
L. Wilke Sanderstraße 3 Cigarren, Cigaretten

Fleisch- u. Wurstwaren
Rich. Gusinde Oranienstraße 17. Fabrik fein. Wurst- u. Fleischw.
August Fenger Grünauer Str. 8 Fabrikfein. Wurst- u. Fleischw. Gute Bedienung. Billig. Preise
Rich. Grieger Kottbuser Damm 14 Wurst, Speck, Schinken.
Rich. Beckert, Wienerst. 33.
Fr. Fritsch Skalitzerstr. 98 g. Wurstw. f. Wdrk.
H. Kunert Prinzenstr. 13 fl. Fleisch- u. Wurstwar.
Heinr. Matzker Herrmann-Str. 223
Paul Müller, Friesenstr. 22.
W. Oestreich, Bergmannst. 22.
G. Regber Kriegsgarten 16 fl. Fleische. u. Aufschn.
H. Reich, Schönleinstraße 13
H. Sahlis Lessingstr. 18. fl. Aufschnitt.
P. Schmidt Falkstraße 2 Fa. Fleisch- u. Wurstw.
Br. Scholz, Glogauer St. 28.
Wilh. Schulz, Grünauer St. 2.
P. Steinike Kottbus. Damm 12 Spez. Aufschnitt.
Emil Wenger, Böckhstraße 6 Fab. ff. Fleisch- u. Wurstwaren
G. Zickow, Reuterstr. 32, Spez. Fleisch- u. ff. Wurstwaren.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich einmal :: Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Bierhandlung
Biergroßhdlg. Sorosky, Cöpenicker Strasse 25. Tel. Kottbuserpl. 14092.

Cigaretten, Trustfrei
Behel-Cigaretten mit der roten Fahne gesetzlich geschützt überall zu haben.
S. Braun Berlin O. Collnowstraße 4.

Dentist
A. Kutzner Friesenstr. 20 Sprechstunde 9-7.

Eisen-, Stahlw., Waffen
O. Ain Kaiser Friedrichstr. 6 Stahlw.-Haus-, Küchgr.
Otto Jacob Wrangelstr. 19. Werkzeuge.
Albert Kniebase Skalitzerstraße 46b.

Herrenartikel
E. Bellert, Prinzenstr. 31.
Wrangel-Haus, Wrangelst. 42. Ecke Sorauer Strasse.

Herrengarderobe
Ft. Kling Lausitzerstraße 54 Auch Stoffzugabe

Kaffee-Versand
Gerold Kaffee
Bei gemeinsamem Bezug Preisermäßigung
Berlin, Lützowstr. 94
Verlang. Sie Preisliste

Kurz-, Weiß-, Wollwaren
M. Schöneberg Mariendorferstraße 16 an der Zossenerstraße
A. Beseler Chamissoplatz 5 Mariendorferst. 19

Kino-Theater
Kuckuck-Lichtspielhaus Kottbuser Damm 92
Größtes Theater Neuköllns 1000 Plätze
Wöchentl. 2 mal Programmw. Erstkl. Vorführung. Sol. Preise.

Kolonialwaren, Delikat.
Alwin Bogen Kottbuserdamm 7.
Drews & Köller Neukölln, Schillerpromen. 7
A. Lehmann Britz, Chausseest. 75.
Rich. Seela Kopfstr. 44 zum Wasserturm.

Fahrräder, Nähmaschinen
H. Scheller & Co., Berlinerstr. 80 Spez.: Fahrräd., Zubehörteile billigst
O. Strohbu, Fahrr. u. Rep. bill. Neukölln, Hermannstr. 24

Konfituren
A. Deparade, Waldemarst. 61 Schokolade, Kakao, Bonbons.

Möbelhdlg., Kolonialwar.
L. Hintz Adalbertstr. 34, Mehlhandlg. u. Kolonialw.
Joh. Pietsch, Gneisenaust. 97
A. Schleinitz, Mariannenst. 14

Lehranstalten
Zur Selbstanfertigung Ihrer Garderobe erhalten Sie vorzügliche Anleitung ohne Vorkenntnisse im Lehr-Instit. Irmer, Neukölln Kaiser-Friedrich-Straße 201. Vor-, Nachm.- und Abend-Kurse.

Linoleum, Wachstuche
H. Schönwald Nchfl. Kottbuserdamm 7.

Molkereien
H. Poppmann Milch, Butter, Käse Kottbuserdamm 3.
Hermann Handel Neukölln Jägerstr. 9
Kunze, Molkerei Neukölln Kirchhofstr. 49
Emil Moritz, Knesebeckst. 33
A. Pahl Boxhagenstr. 15 Elektr. Butterei
Ernst Schär, Teupitzerstr. 109
Heinr. Spranger S.-W. Nostitzst. 53

Möbel-Fabr. u. Magazine
P. Lackenmacher, Johannisthal Friedrichstr. 1. Tel. 916, Oberschö
A. Pfeiffer Reuterstr. 83, gebr. u. neue Möbel bill.

Obst, Gemüse
Herm. Lingk Schudomastrasse 42-44.
F. Zingler Falkenstolmstr. 33 Spez. Elsässe.

Papier- u. Schreibwaren
K. Wießner Nchf., Blücherst. 8.

Sattler- u. Lederwaren
P. Gallnowsky S.-W. 61 Blücherstr. 19.

Schirme
Albert Wilke Schlesischestr. 9 Schirmmacher

Seifen
Ernst Werner Wrangelstr. 24 Seifen, Drogenartikel.
Grefenius Mariendorf Chausseestr. 279.

Schuhw. u. Besohlanst.
F. Darmer Nostitzstr. 26 Verwärtsleser 5%, B.
J. Czapiewsky Neukölln Berlinerstr. 50
L. Kumlzsch Kottbuserdamm 56-58 Schuhw., Fabrikpreise
G. Walenta Reparat.-Werkst. Hagelbergerst. 14

Stahlwaren
G. Bruckfacher, Oranienst. 43

Uhren, Goldw.
M. Fliegenschmidt Optik, Trauringe u. Reparatur, preiew. Bergmannstr. 9.
H. Arendt Neukölln, Bergstr. 3. Bei Kauf 6%, Rabatt
F. Dörbandt Cöpenickerst. 69 gegründet 1886.
S. Fenske, Kottbus. Damm 96 Streng reell, anerkannt bill.
G. Schönemann Neukölln Berlinerstr. 71
C. Schubert Mittenwalder St. 1 Reparaturwerkst.

Weine, Fruchtsäfte Liköre
E. & M. Leydicke Manteuffelstr. 56

Wäsche-, Kurz-, Wollw.
M. Höhn Neukölln Kais. Friedrichstr. 235
W. Simon, Belle Alliancest. 14a

Zahnpraxis
P. Kurth Neukölln, Bergstr. 59 Spr.-St. 9-7. Tel. N.K. 9481

Alt-Glienike
Rich. Bade Kolonialw., Delik. Straße am Falkenberg 38
Emil Lorenz Kolonialw., Delik. Rudower Str. 33.
G. Schellenberger, Grünauerstr. 1 Fleisch- und Wurstwaren.

Adlershof
P. Krüger, Eisen- u. Schweisswerk. Biesnarckst. 65 Hoffmannst. 17

Baumschulenweg
W. Reineke Molkerei Baumschulenst. 33

Nieder-Schöneweide
Zahnpraxis F. O. Koersten, Brückenstr. 5 a. Wunsch Zahlungserleichtr.
A. Dehmel fl. Fleisch- u. Wurstw. Brückenstr. 6.
R. Westhof Berufskleidung Brückenstr. 11.
H. Zobel Bäcker-, Konditore Berlinerstraße 111.

Neukölln
Milch-Schmidt Neukölln Hermannstr. 43 u. Hermannstr. 95/96 Berlinerstr. 75 Bergstr. 157 Kais. Friedr.-Str. 246, Sebastianstr.
Butter nur eig. Fabrikation in eig. Molereien hergestellt.
Badeanstalt Hohenzollernplatz 9 Liefer. sämtl. Krankenkassen
C. Dittmann Berlinerstr. 43 Wild — Geflügel — Fische.
Möbel-Lager O. Dornbusch Bergstraße 22.
Drogenhaus Richter Inh.: Paul Timm, Kais. Fried.-St. 61.
Max Schüppel Hermannstrasse 212 Seifen, Drogen, Farben.
L. Wolschnick Böhmischestr. 12, Ecke Siemenstr. Obst, Gemüse, Fische, Räucherw., Wild, Geflügel.
G. v. Ahnden, Cigarr.- u. Cigaretten-Handlg., Boddinstr. 59
E. Blankenburg, Schuhwarenh. Prinz Handjery-Strasse 86.
C. Bott, Holzsch., Filzst., Pant. Arb.-Schuhe, Hermannstr. 254
F. Wechst Steinmetzstr. 117 pr. Fleisch- u. Wurstw.
W. Lorenz, Weichselstr. 62, ges. Schankwr. u. Reparatur-Werkst.
Schlender-Linke Zig., Zigaretten Berl. Str. 26
Otto König Castnerstr. 30/31 Milch, Backwaren.
O. Kramer Fleisch- u. Wurstw. Weserstrasse 219.
W. Nebel Kolonialw., Delikat., Mainzer Strasse 22.
R. Schmidt Buch- u. Papierhdl. Kais. Friedrichst. 238
Restaurant Otto Schnötke, Anzeigerhaus 27 E. Berlinerstr.
Th. Sellach Eisen- u. Stahlwar. Hermannstr. 48.

Johannisthal
A. Hochhaus Kolonialwaren Kais. Wilh.-St. 13

Kalkberge-Rüdersdorf
Max Wolf Bäckerei, Konditorei Mittelstr. 16, Kalkberge

Königs-Wusterhausen
Bedmann Inh. Gust. Müller Spiel-, Schreib-, Papw. Schloßstr. 4

Ober-Schöneweide
Edison-Drog. Wilhelminenhofstraße 13.
Spree-Drogerie W. Munke Siemensstr. 7
Trinkt Vehls Champagner-Brause
Gehrhardt Schlächterei Wilhelminenhofst. 81. 41
R. Grafe Bäcker. u. Konditor. Laufener Str. 4.

Cöpenick
Gustav Richter Cöpenick a. Oberschöneweide. Eigene Werkstätten für mod. Wohnungseinrichtungen mit elektrischem Betrieb. Auf Wunsch sende Vertreter
M. Lichtenstein Nachf. R. Cohn Schlichtstraße 25. Herren- u. Damenkonfekt. Manufakturwaren
Fr. Scholz Grünstr. 21 Mehl, Hülsenfrücht., Margarine
Bürstenfabrik Carl Schimitzek Laurens Str. 2.
Kautschukfabrik, Herrenartikel Felix Brittzkow, Grüne Str. 4.
E. Hannig, Schloßstr. 27, Uhren Goldw., Optik, eig. Rep.-Wkst
Fr. Herrmann Nägelschmiedst. 13, 14 ff. Brot- u. Backwar
Kühnemund Mineralwasser Parisiusstr. 24.
A. Magerfleisch, Schloßstr. 24, Lederw., Polster- u. Repwkst.
P. Menzel Schloßst. 17 Herrenwäsche, Krawatt., Wäsche
Franz Neumann Schloßstr. 24 Konditor u. Café
Paul Nicolai Bahnhofstr. 22 Eisenwaren
Optiker Löhbach, Grünstr. 11 Brillen — Kneifer.
Fr. Richter ff. Fleisch-, Wurstw. Grün Str. 12.
Hofschlächterei C. Redslob Rosenst. 16.
E. Sarlvorius Hofl. priv. Stadtapoth. Köpenick
Schloß-Apotheke J. Opitz, Berlin. St. 3.
Hugo Schüssler Grünstr. u. Likörfabrik, Weinhdlg
Beerdigungs-Institut W. Stephan, Kietzerstr. 4
Wilhelm Wille Herren-Moden Grünauer Str. 2

Mariendorf
Hubertus-Drogerie Chaussee Str. 36
R. Loose Eisenw., Wirtschaftsartik. Chausseest. 294

Treptow
Feine Fleisch- und Wurstwar. Willi Kärnbach Grünstr. 19, 20 Tel. Stgpl. 10048
Grallmanns Festsaal und Restaurant Am Treptower Park Ecke Elisenstraße.
Hermann Hundertmark Restaur. u. Gart. Elisenstr. 110
Karl Kotditz Brot- u. Feinbäck. Beermannstr. 6.
M. Pulvers Bankhst. 18, Neukölln Sahnhstr. 12. Zigarr., Zigaret.
R. Rudolph Fleisch-, Wurst- u. Wollwar. Grätzstr. 22
Eug. Schön Kolonialw., Kaffeeschulenstr. 95, Schnhw.
Paul Tetzlaff Fein-Bäck.- u. Konditor. Elisenstr. 108.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.